

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Ausweg Krieg?

Drei Jahre hintereinander stagnierte die deutsche Wirtschaftsleistung, und die Vorhersagen für 2026 sind mäßig. Über das 2022 von Kanzler Olaf Scholz angekündigte „Wirtschaftswunder“ lacht niemand mehr, die Industrieproduktion der Bundesrepublik schrumpft seit 2018. Bei seinem Besuch in China Anfang Dezember fiel selbst Außenminister Johann Wadephul auf, Deutschland habe bei Innovationen ein „Aufholproblem“. Experten sagen, es sei bei Spitzentechnologien abgehängt.

Im Jahr 2025 wurde solches Zurückbleiben in Regionen spürbar, in denen Massenentlassungen und Wohlstandsverlust bisher unvorstellbar waren, zum Beispiel in Baden-Württemberg. So lautete die Überschrift zu einer FAZ-Reportage aus Schwäbisch-Gmünd Mitte November: „Musterlände im freien Fall“. In der 64 000-Einwohner-Stadt gab es 2009 etwa 6000 Arbeitsplätze bei Bosch, jetzt sollen es bis 2030 noch 1700 sein. Die Produktion von Lastwagen-Lenkungen wird nach Ungarn verlagert, Bosch testet sie in China. CDU-Oberbürgermeister Arnold sagt: „Am Beispiel von Bosch in Schwäbisch-Gmünd sieht man, daß wir im freien Fall sind.“ Er kündigte an, jetzt auch mit Chinesen sprechen zu wollen. China ist nicht nur für ihn Rettungsanker deutscher Industriearbeitsplätze.

Am 20. Dezember rechnete die FAZ dann vor, daß Bosch 28 000 Arbeitsplätze streichen wird, allein in der Autosparte 22 000, und schrieb: Die Bosch-Mitarbeiter „bängen, hoffen, fluchen“. Sie hatten auf die angeblich sicheren Arbeitsplätze beim größten Autozulieferer der Welt vertraut. Bei Daimler-Benz und Porsche sieht es ebenfalls dramatisch aus. Die Situation ist nicht vergleichbar mit der Zerstörung der DDR-Industrie Anfang der 90er Jahre. Die war politisch gelenkt und deshalb flächendeckend, aber die Folgen für die Menschen sind ähnlich.

Am 8. März wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Wie es aussieht, wird vor allem die AfD vom Niedergang

profitieren. Die Zahl derjenigen, die der Parole folgen, an ihrer Situation seien Zuwanderer schuld, nimmt leider zu. Wie soll das auch anders sein in einem Staat, in dem ein Gespräch über Kapitalismus an Schulen, Hochschulen oder sonstiger Öffentlichkeit geächtet ist? Oder gleich den Verfassungsschutz auf den Plan ruft. Wegen „Extremismus“ ...

Der wirtschaftlichen und sozialen Krise begegnete die Regierung des deutschen Großkapitals 2025 mit zwei vermeintlichen Auswegen: Verschärfung der Repression und der Gesetze gegen kapitalismuskritischen Protest sowie bisher nicht dagewesener finanzieller Vorbereitung auf einen Krieg gegen Rußland. Der wichtigste Schritt zu letzterem war die Beseitigung der sogenannten Schuldenbremse für Rüstungs- und Kriegsausgaben. Am 21. März verabschiedete der Bundesrat abschließend die Verfassungsänderung und damit die Aufnahme von Kriegskrediten in unbegrenzter Höhe mit Zweidrittelmehrheit. Die wurde erreicht, weil die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Bremen, in denen die Partei Die Linke mitregiert, dafür stimmten. In der Dimension – es geht um Billionen Euro – übertrifft das die Zustimmung der SPD 1914 zur Finanzierung des Weltkriegs und den Verrat an allen eigenen Beschlüssen. Und erneut geht es gegen Rußland.

Inzwischen ist die BRD dabei vorangekommen. Materiell: Die Rüstungskonzerne plündern die Staatskasse. Politisch: Die Regierung schmiedet Pläne für den Kriegsbeginn. Boris Pistorius verkündete Mitte November: „Wir haben immer gesagt, das könnte ab 2029 der Fall sein. Jetzt gibt es allerdings andere, die sagen, dies sei schon ab 2028 denkbar, und manche Militärhistoriker meinen sogar, wir hätten schon den letzten Sommer im Frieden gehabt.“ Moskau nahm den Größenwahnsinnigen Schreihals zur Kenntnis und wußte wieder einmal: Mit diesen Leuten ist nicht zu reden, sie wollen Krieg. 2026 wird die Welt an den 85. Jahrestag

des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion erinnern, die offizielle BRD sicher nicht.

Auf ihren letzten Sitzungen im Dezember 2025 beschlossen vielmehr Bundestag und Bundesrat die Wiedereinführung der Wehrpflicht, verschleiert mit „Freiwilligkeit“ – dagegen sind am 5. Dezember 55 000 Schüler trotz Verbot und Schikanen bundesweit auf die Straßen gegangen. Klären wir unsere Kinder, Enkel und Urenkel bei der Vorbereitung des nächsten Aktionstages am 5. März auf: Für den Profit deutscher Konzerne wurden zweimal Millionen junger Männer als Kanonenfutter verheizt. Das muß ein Ende haben!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Der Kriegsrat des Kaisers 1912	2
Strategien der Friedensbewegung	3
Schulstreiks gegen Wehrpflicht waren Erfolg	4
Austeritätspolitik	7
Geschäftsmodell „Tötungsindustrie“	8
Die NATO und ihre Kriege	9
Koalition der Kriegswilligen	10
Tauziehen um die Beendigung des Ukraine-Konflikts	12
Wasser statt Wässerchen	14
Chinas Weg zur Weltmacht	15
Neuordnung in der Nah- und Mittelostregion	16
Befreiungsbewegungen als Terroristen	17
Afghanistan 2025	18
Wahlfarce in Myanmar	20
Koalition der Mörder	22
Der sowjetische Dokumentarfilm	24
Friedensstaat DDR	26
Vor 150 Jahren wurde Wilhelm Pieck geboren	28
Zur Rolle des MfS	29
Geschichte für Dummys	30
Interview Bank zur DDR-Geschichte	32
Weimar – Stadt von Goethe und Schiller?	34

„England ewig unser Feind“: Kriegsrat am 8. Dezember. Oder: Der Kriegsrat des Kaisers 1912

Große Kriege brechen nicht aus, sie werden gewollt, geplant, vorbereitet. Der erste große Weltkrieg machte da keine Ausnahme. (Ungeachtet der Stimmungsschwankungen der regierenden Häupter, was manchen Historiker vom „Reinschlittern“ sprechen ließ.)

Deutschlands oberster Kriegsherr Wilhelm II. ließ sich von Stimmungen gern einmal hinreißen, wenn Waffengeklirr am Horizont erklang. Das geschah aufsehenerregend bei der Verabschiedung seines Expeditions-Korps nach China im Juli 1900, als er zum Rachefeldzug aufrief. „Gefangene werden nicht gemacht, Pardon wird keinem Chinesen gegeben ...“, notierte einer der zuhörenden Soldaten aus der „zündenden Ansprache“ des Kaisers in sein Tagebuch.

Botschafters aus London, der Äußerungen des brit. Lordkanzlers Richard Haldane referierte. England werde „unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können“. (Randbemerkung Wilhelms: „Sie werden es doch müssen.“) Auch bei einem Angriff Österreichs auf Serbien werde Britannien nicht untätig bleiben, denn das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent, the balance of power, sei ein Axiom. (Randnotiz: „... ein Blödsinn. Und wird England ewig zu unserem Feind machen.“) Das Foreign Office in London nehme eine vermittelnde Haltung ein. (Randnotiz des Monarchen: „Quatsch!“)

Das Fazit des Kaisers lautete: „England wird aus Neid und Haß gegen Deutschland unbedingt Frankreich u[nd] Ruß-

Krieges gegen Rußland ... vorbereiten.“ Seine Majestät stimmte zu.

Ob Seine Majestät schon das auflagenstarke Buch von Heinrich Claß „Wenn ich der Kaiser wär“. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“ gelesen hatte, ist nicht belegt, aber gut möglich. Im Frühjahr 2012 hatte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes dies Buch unter dem Pseudonym Daniel Frymann veröffentlicht; und die Ambitionen des wirklichen Monarchen trafen sich mit Frymanns, des Möchtegern-Kaisers, annexionistischen Vorstellungen: „... daß der Teil der Erdoberfläche, der heute unter deutscher Herrschaft steht, dem Bedürfnis des deutschen Volkes nicht genügt.“ Im Klartext: „Jede Ausdehnung in Europa ist von vornherein nur durch siegreiche Kriege herbeizuführen, da weder Frankreich noch Rußland so menschenfreundlich sein werden, uns Teile ihres Gebietes abzutreten ...“ Rassistische Dünkel ungeschminkt: „Ist der verkommene halbtierische russische Bauer ... oder der unerträgliche Jude Galiziens ein Mensch?“ Claß/Frymanns Vorschlag: „Die Juden unter Fremdenrecht“ stellen (was später Hans Globke besorgte). – Der Alldeutsche Verband, gegründet 1891 zur Förderung der Kolonialpolitik und der Aufrüstung, wurde durch die Metallindustrie bezahlt und in den höchsten Kreisen durchaus gehört. Reichskanzler Bethmann-Hollweg an Admiral von Müller, den Leiter des Marinekabinetts, im selben Jahr: „Hiermit stehen unzweifelhaft die Eingaben der Alldeutschen Ortsgruppen in Zusammenhang, von denen ich Euer Exzellenz gestern eine Probe einsandte.“

Das Ergebnis des Kriegsrates war, so notierte besagter Admiral Georg von Müller, „so ziemlich Null“. Richtig, das steht in seinem Tagebuch, er hatte mehr erwartet. Daraus zu folgern, das deutsche Kaiserreich habe dem Kriege abgeschworen – wie die Apologeten meinen –, zeugt von Blindheit. Die Aufrüstung ging ungebrems weiter. Der Krieg war gewollt und programmiert, nur seine Erklärung, die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich, war verschoben.

Drei Bedingungen für den Krieg: die interessierten Industriellen und Magnaten; das Kanonenfutter, das durch Presse und Alldeutsche noch zu bearbeitende Volk; das ruhsüchtige, teils korrupte Regierungspersonal samt Offizierskorps – all dies war gegeben. Weder das Deutsche Reich noch eine andere beteiligte Kriegspartei schlitterte oder schlafwandelte wider Willen in das große Blutvergießen.

Christian Stappenbeck



Sie beschlossen für 1914 den Krieg: Kaiser Wilhelm II., Admiral Alfred von Tirpitz und General Helmuth von Moltke

Auf seinem Koppelschloß nur drei Worte: GOTT MIT UNS.

Abgesehen von der Verletzung des zweiten Gebots: Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen ... Auch die Haager Landkriegsordnung, die das Deutsche Reich ein Jahr zuvor unterzeichnet hatte, verbot solch brutales Vorgehen. Doch schon damals zeigte sich beim Kriegsherrn ein klarer Rechtsnihilismus – leider kein Einzelfall bei den deutschen Kommißköppen. (Die Untaten deutscher Soldateska in Belgien sind unvergessen.) In erboster Stimmung war Kaiser Wilhelm auch, als er am Sonntag, dem 8. Dezember 1912, sein Geheimes Militärkabinett einberief: die Chefs vom Generalstab und Admiralstab, den Marine-Staatssekretär sowie den Leiter des Marinekabinetts. Der Anlaß war ein Brief des deutschen

land gegen uns beistehen. Der event[uelle] Endkampf, den die Germanen in Europa (Österreich, Deutschland) gegen die von Romanen (Galliern) unterstützten Slaven (Rußland) zu fechten haben werden, findet die Angelsachsen auf Seiten der Slaven.“ Wilhelms Verachtung für die Welschen und für die Völker Osteuropas war bekannt. Der „Endkampf“ nur eine Frage der Zeit.

Der Geheime Kriegsrat war sich im Verlauf der Erörterung nicht einig, ob der „Kriegsausbruch“ eher früher (Generalstabschef Moltke: „je früher je besser“) oder später (Großadmiral Tirpitz: erst in eineinhalb Jahren, der Nord-Ostsee-Kanal muß erst fertig sein) wünschenswert wäre. Es wurde kein Beschluß gefaßt, kein Angriff beschlossen, jedoch Moltkes Anregung aufgenommen: „Wir sollten aber durch die Presse besser die Volkstümmlichkeit eines

Widerstand gegen Kriege und Kriegsvorbereitungen – Strategien der Friedensbewegung

Abschlußerklärung des 32. Kasseler Friedensratschlages

Aktionsreiche Wochen liegen hinter uns. Die Palästina-Demonstrationen im September, die Friedensdemos am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart und Aktivitäten bundesweit gegen Militarisierung, für Abrüstung, Diplomatie und soziale Verbesserungen, haben die Friedensbewegung gestärkt, auch in einigen Teilen der Gewerkschaften. Das stimmt optimistisch, reicht jedoch bei weitem nicht aus, den Kriegskurs der Regierung zu stoppen. Wir wollen eine größere gesellschaftliche Breite für Friedenspolitik erreichen. So trafen sich nun bereits zum 32. Mal um die 500 Aktive der Friedensbewegung beim jährlichen Friedensratschlag am 8. und 9. November 2025 in Kassel. „Deutschland darf nicht kriegstüchtig, sondern muß friedensfähig werden“, war die zentrale Überschrift in den Debatten. Vor diesem Hintergrund wurden Fragen zu künftigen Strategien und inhaltlichen Schwerpunkten der Friedensbewegung in Kassel diskutiert. Die massive Ausweitung von Kriegen und geopolitischen Auseinandersetzungen droht zu einer wachsenden Gefahr eines großen – auch nuklearen – Krieges zu werden. Der Widerstand gegen diese Kriege und koloniale Ausbeutung ist international

notwendig und muß gemeinsam geführt werden.

Die herrschende deutsche Politik ist Treiberin der Hochrüstung. Sie rüstet unbegrenzt auf und geht mit einer Vehemenz auf Kriegskurs, die 1945 kaum vorstellbar war. Die Friedensbewegung steht deshalb vor großen Anforderungen.

Die Proteste der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Sozialabbau stoßen auf den Widerstand derjenigen, die an Aufrüstung verdienen und den Sozialabbau gutheißen, das sind Rüstungskonzerne und Regierung. Die drohende Wehrpflicht und die umfassende Militarisierung der Gesellschaft erfordern starke Protestformen. Aktionen für ein Ende des Krieges in der Ukraine, der Militäraktionen gegen Venezuela und Lateinamerika sowie Proteste gegen Israels Kriege und gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung mit hier lebenden Palästinensern müssen verstärkt werden. Die Friedensbewegung ist gefordert aufzuklären, Fakten gegen Propaganda zu setzen und ihre Arbeit dort zu verstärken, wo die Auswirkungen der Kriegspolitik die Menschen ganz direkt betreffen, wie in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, den migrantischen Organisationen, bei den im

Gesundheitswesen Arbeitenden, an Hochschulen und Schulen. Die Militarisierung wird als ‚Sicherheitspolitik‘ propagiert, dabei untergräbt sie die Sozial-, die Gesundheits- und Bildungspolitik, sowie die Infrastruktur. Sie schädigt den Lebensraum der Menschheit und den Klimaschutz massiv. Die Politik der Kriegsvorbereitung geht einher mit Diffamierung und Repression von staatlicher Seite. Dagegen muß die Friedensbewegung Solidarität und Widerstand organisieren. Friedensfähigkeit ist das Ziel. Wir rufen auf, an regionalen und bundesweiten Aktivitäten teilzunehmen und diese zu initiieren:

- für Abrüstung statt Sozialabbau,
- für starke Ostermärsche,
- für die Intensivierung der Unterschriftensammlung des „Berliner Appells“ gegen die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen,
- für einen massiven Widerstand gegen die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ – die nichts weiter ist als eine Verharmlosung des Kriegsdienstes, auf den sie vorbereiten soll,
- für die Widerlegung der Bedrohungslüge, daß der Russe uns überfallen will, mit Fakten.

Kassel, 9.11.2025

BUCHTIPP

► Weltordnung im Umbruch

Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie

Ein Umbruch von historischer Tragweite: Die 500-jährige Dominanz Europas und der USA über den ‚Rest der Welt‘ geht zu Ende. Eine neue Hegemonialmacht wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Es entsteht eine multipolare Weltordnung. Neue Akteure aus dem Globalen Süden steigen auf und haben ein weltpolitisches Gewicht wie nie zuvor. Keine der heute lebenden Generationen kennt eine solche historische Situation aus eigener Erfahrung. Der Umbruch wirft neue Fragen auf, zu Chancen und Risiken des neuen Systems, zu Krieg und Frieden. Wir haben es mit einer enorm gesteigerten Komplexität zu tun. Der Band analysiert die Umbrüche in der machtpolitischen Struktur und geopolitischen Dynamik des internationalen Systems, die Rolle wichtiger Akteure, darunter

die EU und das Deutschland der ‚Zeitenwende‘. Thema sind auch jene Kontroversen, die in der Friedensbewegung angesichts der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten aufgebrochen sind. Dabei gehen die Autoren dem intellektuellen und affektiven ‚Betriebsystem‘ von Bellizismus und Militarismus in der gesellschaftlichen Linken nach. Schließlich werden Grundzüge einer Friedenspolitik auf der Höhe unserer Zeit umrissen.

Kollektiv verfaßt von:

Peter Wahl, Publizist mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen, Mitbegründer von Attac Deutschland

Erhard Crome, Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik

Frank Deppe, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg

Michael Brie, Sozialphilosoph, bis 2023 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Weltordnung im Umbruch

Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

PapyRossa

PapyRossaVerlag, Neue Kleine Bibliothek 346, 171 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-89438-842-3

Bundesweiter Schulstreik: 55 000 gegen die Wehrpflicht!

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht waren ein voller Erfolg: Mehr als 55 000 Jugendliche waren bei den Streiks am 5.12. in mehr als 100 Städten auf der Straße – trotz Repression und Einschüchterungsversuchen. „Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!“ und „Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht!“ hörte man auf den Straßen in ganz Deutschland. Die Schülerinnen und Schüler haben damit deutlich gezeigt, daß sie von den Plänen der Bundesregierung nichts halten und sich nicht im Krieg verheizen lassen wollen. Nachdem der Bundestag am 5. Dezember das sogenannte Wehrdienst-Modernisierungsgesetz beschlossen hatte, kündigten sie für den 5. März 2026 den nächsten Schulstreik an. Der 5. Dezember ist zum Auftakt einer neuen antimilitaristischen Jugendbewegung geworden.

Ab dem 1. Januar 2026 erhalten alle 18-jährigen Fragebögen zu Motivation und Eignung für den Kriegsdienst. Männer müssen die Fragebögen beantworten. Ab 2027 kommen verpflichtende Musterungen hinzu. Die Bundesregierung hat bereits klargestellt: Wenn sich nicht genug Freiwillige melden, dann kommt die Pflicht. Und das, obwohl die große Mehrheit der Betroffenen die Wehrpflicht ablehnt. Umfragen an Schulen ergaben, daß vielerorts mehr als 80 %, teilweise sogar weit mehr als 90% der Schülerinnen und Schüler gegen die Wehrpflicht sind. Sie fühlen sich nicht gehört von der Politik, die sie in kaputten Schulgebäuden sitzen läßt, ihnen eine zerstörte Umwelt hinterläßt und sie jetzt auch noch zum Kriegsdienst zwingen will. Es wächst die Erkenntnis, daß es im Kapitalismus grundsätzlich nicht um die Interessen von Jugendlichen geht, sondern immer um Profite.

Organisation durch lokale Schulstreikkomitees

Allein in Berlin waren über 10 000 junge Menschen auf der Straße. Selbst in kleineren Städten wie Friedberg oder Marburg waren es Hunderte, darunter sogar Grundschülerinnen und Grundschüler. Organisiert wurden die Proteste von den Jugendlichen selbst, die in den letzten Wochen Schulstreikkomitees in Städten und Schulen aufgebaut hatten und oft das erste Mal selbst politisch aktiv wurden. Allein in Göttingen nahmen an den Vorbereitungstreffen des Schulstreikkomitees bis zu 90 Schülerinnen und Schüler teil. Sie organisierten Verteilungen, Bannerdrops, klebten Plakate und standen am Morgen des 5. Dezember als Streikposten vor den Schulen. In Kiel fuhr das Streikmobil, ein Auto mit

Plakaten und Megafon, von Schulhof zu Schulhof und mobilisierte noch unentschlossene Schülerinnen und Schüler zum Streik. Unterstützt wurde die Bewegung von SchülerInnenvertretungsstrukturen wie der LSV NRW, der LSA Berlin oder der KSV Kiel. Eine besonders aktive Rolle spielten vielerorts die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), aber auch die Falken, die linksjugend solid, der Internationale Jugendverein (IJV) und viele weitere politische Organisationen. Auch wir als Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ riefen zu den Schulstreiks auf.

Repressionen in Rostock und Halberstadt

Während Verteidigungsminister Boris Pistorius am 4.12. zu den Schulstreiks erklärte, daß „jeder in diesem Land für und gegen alles demonstrieren kann“, sah die Realität anders aus. In Rostock drohte die Versammlungsbehörde mit Kontrollen der Freistellungen der Schülerinnen und Schüler und verlegte die Kundgebung dann eigenmächtig. In einer Schule in Halberstadt wurden die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule eingesperrt, um sie davon abzuhalten, streiken zu gehen. Bildungs- und Kultusministerien in ganz Deutschland versandten Briefe an Schulleitungen, in denen sie klarstellten, daß unentschuldigte Fehlstunden, die Note 6 oder sogar Verweise die Folge der Teilnahme an den Schulstreiks seien. Die Schülerinnen und Schüler bewiesen Mut und gingen dennoch auf die Straße. Sie argumentierten: „Was sind schon ein paar Fehlstunden gegen 180 Tage Töten lernen oder im schlimmsten Fall sogar sterben?“ Und auch die GEW und viele Lehrerinnen und Lehrer solidarisierten sich mit den Schulstreiks.

Nächster Streiktag am 5.3.2026

Nach dem 5.12. muß es nun darum gehen, aktiv zu bleiben. Ronja Ruh von „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ erklärte: „Wir bleiben laut, bis die Wehrpflicht vom Tisch ist. Wir werden jedem Schritt zur Einführung der Wehrpflicht etwas entgegensetzen.“ Bis zum nächsten Streiktermin am 5.3. muß es darum gehen, Schulstreikkomitees in weiteren Schulen und Orten zu gründen, gegen Bundeswehrwerbung an Schulen und für bundeswehrfreie Schulen aktiv zu werden und am 5.3. mit noch mehr Schülerinnen und Schülern auf die Straße zu gehen. Als Friedensinitiativen sollten wir sie dabei unterstützen und ihre Stimme auch auf den Ostermärschen zu Wort kommen lassen.

Andrea Hornung

Andrea Hornung engagiert sich in der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“. Sie ist Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Weitere Informationen gibt es unter:
<https://www.instagram.com/schulstreik-gegenwehrpflicht/>
<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com>

Die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht hat sich als bundesweite Vernetzung aktiver Schülerinnen und Schüler im Zuge der Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht gegründet und steht allen Interessierten offen.

Kontakt: presse.schulstreik@skymail.de

Die Entrüstung ganz entschieden Braucht die Sprachpflicht für den Frieden

Ach ja, Wehrpflicht! heißt das nicht
Wahren sollst du dein Gesicht
Vor Betrug, dich zu mißbrauchen
Noch bevor Ruinen rauchen?
Keinen Anlaß Nachbarn geben,
Daß du selbst bangst um dein Leben,
Friedvoll achten sie und ehren
Und auch der Geschichte Lehren
Treu zu bleiben: Krieg fällt aus,
Kriegerisch hat kein Zuhause
Ob Franzose, Pole, Tscheche
Auf des Nachbarn Erdenfläche!

Mehr denn je, in jedem Land
Braucht's nicht Waffen, doch die Hand
Hinzureichen ohne Kain,
Daß kein Abel mehr da sein.
Deutsche, Russen nur in Freundschaft
Finden für den Frieden Kraft.
Peter wie die Katharina,
Putin heute wie auch China
Waren nie, sind kriegsverpflichtet,
Falsch ist andres meist erdichtet.

Nordamerika ist fern
Möchte aber nicht entbehren
So wie Großbritannien auch
Kriegerisch Profit durch Rauch.

Nach den Lehren der Geschichte
Steht in deutsch: Auf Krieg verzichte,
Denn die Sprache doch der Denker
Geht verloren stets beim Henker.
Wehre dich, sie ist in Not,
Sonst bist du bald selber tot!

E.Rasmus

So oder ähnlich sah es am 5. Dezember in rund 100 Städten aus



Nein, meine Söhne geb' ich nicht ...

Zuschriften an den „RotFuchs“ zum beschlossenen „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“

Als ich noch jung war und zur Schule ging, habe ich etwas über den Kapitalismus und sein Wesen gelernt. Ich wählte mich damals sicher, denn ich lebte ja nicht dort. Als ich älter war und eine eigene Familie gründete, lernte ich den Kapitalismus am eigenen Leib kennen. Vorbei war das Sicherheitsgefühl für mich und vor allem für meine Kinder. Doch immer sagte ich mir: Es muß auch mal wieder besser werden, oder wie der Dichter sagt: Die jungen fechten's besser aus.

Diesen Gedanken aufrechtzuerhalten, fällt angesichts der abenteuerlichen Politik dieser Bundesregierung immer schwerer.

Meine Kinder habe ich von Beginn an im Sinne der Völkerverständigung und des Antimilitarismus erzogen. Nun sind sie aus dem Haus, und ich denke, daß ein bißchen von meiner Erziehung hängen geblieben ist.

Beschlossen ist, daß die Geburtenjahrgänge ab 2008 von der Bundeswehr zur Musterung vorgeladen werden sollen. Man lockt sie mit attraktiven Angeboten, die so mancher sicher nicht ausschlagen wird oder kann. Und keiner empört sich?

Doch. Die Schulstreiks in vielen Städten Deutschlands am vergangenen 5. Dezember zeigen: Junge Menschen wehren sich. Ich war dabei und unterstützte das, was sie dort gesagt haben, vollumfänglich. Nicht nur, daß sie einfach so gegen die Wehrpflicht sind, nein, sie haben erkannt, daß der Kapitalismus ihnen auf der ganzen Linie nicht guttut. Und ich traf auch einen meiner Söhne unter ihnen.

Selbstverständlich wurde über das Thema in meiner Familie gesprochen. Da habe ich mit einiger Genugtuung bei mir gedacht: Nein, meine Söhne kriegt Ihr nicht. Und auch nicht meine Töchter!

Sonja Riedel, Seelitz

Mit großer Befriedigung verfolge ich die Nachrichten über all die jungen Menschen, die sich gegen eine Wehrpflicht und gegen ihren geplanten Einsatz in einem Krieg aussprechen und dies lauthals auf der Straße kundtun! Richtig, lieber einen Verweis riskieren, als zum zukünftigen Mörder ausgebildet zu werden – wie recht hatte Kurt Tucholsky mit dieser Bezeichnung. Vor fast dreißig Jahren habe ich meinem Sohn gesagt, daß ich ihn nicht geboren habe, um ihn für dieses uns übergestülpte

Deutschland in einen Krieg ziehen zu lassen. Statt dessen hat er einen Zivildienst in einem Drogen-Entgiftungszentrum geleistet und damit Blicke in Abgründe der Gesellschaft erhalten, die ich in meiner Erziehung nur theoretisch hätte vermitteln können. Bis heute rührt er keine Drogen an, raucht nicht und gönnt sich nur selten ein Bier.

Berichte über schwer traumatisierte heimgekehrte Soldaten oder viele Selbstmorde in der Truppe bekräftigen mich in meiner Meinung, daß jede Mutter ihren Söhnen andere lebenswerte Zukunftschancen vermitteln sollte als ein Leben als Soldat. Sehr lesenswert ist Ole Nymens Buch „Warum ich nie für einen Staat kämpfen würde“. Da sind gute Argumente gegen Wehrpflicht und Zwangsdienst zu lesen!

Gabi Parakeninks, Berlin

Das Proletariat im derzeitigen Zustand, Gewerkschaften in ihrer „Solidargemeinschaft“ mit dem Kapital allein werden nicht verhindern können, wohin deutsche Kriegstreiber das Volk wieder einmal führen wollen. Alle Ansätze zu einem großen Bündnis gegen Krieg und Rüstung, gegen Sozialabbau und vor allem gegen das Ziel, das Volk, die Klasse zu spalten, müssen mit allen Kräften unterstützt werden. Der Friedenskampf muß die Ebene sein, auf der sich der Widerstand gegen die aktuelle Kriegspolitik der deutschen Führung entwickeln kann.

Gegen Wehrpflicht demonstrieren ist gut und richtig. Aber es muß eine noch breitere Bewegung entstehen, gegen die verordnete Pflicht, für Kapital und Kriegsprofite auf den Schlachtfeldern zu verrecken, wieder auf Russen zu schießen, gegen den Marsch an die Ostfront per Befehl und Zwang. Wir brauchen ein tiefes Verständnis für den Zusammenhang zwischen Kapital, Krise und Krieg und zwar massenhaft in den Köpfen. Wir sind auf dem Weg dazu. Die Demagogen des Krieges suchen das mit allen Mitteln zu verhindern, das Bewußtsein dafür nicht entstehen zu lassen, über eine unpolitische Masse verfügen zu können.

Wie wäre es, die Eltern und Großeltern sind beim nächsten Schulstreik dabei und bekunden, ihre Kinder und Enkel nicht den Kriegern anzuvertrauen?

Roland Winkler, Aue

Natürlich geb' ich meine Söhne und Enkel nicht freiwillig. Aber wie kann ich sie halten? Wie kann ich sie erreichen? In der Familie werden bestimmte Fragen nicht mehr diskutiert. Welche Rolle spielen Rußland, China, die NATO? Viele Fragen sind mir selbst unklar, auch wenn mir die Imperialismus-Definition durchaus vertraut ist. Damit kann ich die NATO, die USA und andere Staaten einschätzen. Bei Rußland fällt es mir schwerer. China ist für mich kein imperialistischer Staat, aber das zu vertreten, fehlen mir Argumente. So beunruhigt mich die offensichtliche Kriegsvorbereitung der NATO und ich habe Angst, meinen Kindern und Enkelkindern auf ihre Fragen, wenn sie diese überhaupt stellen, nicht überzeugend antworten zu können. Hinzu kommt, daß dieser Imperialismus, wenn es ihm nicht gelingt, sein Volk genügend zu verdummen, entsprechende Mittel schaffen wird, um sein Kanonenfutter zu erzwingen.

Dieter Voigt, Berlin

Schon Mitte November machte in Kreisen der Friedensaktivisten in Rostock die Nachricht die Runde, daß Rostocker Schüler sich an der bundesweiten Schulstreikaktion am 5. Dezember beteiligen wollen. Leider waren Kontakte der doch meist recht betagten Friedensarbeiter in Schülerkreisen recht rar, aber es stand fest: Wer kann, wird sich am 5.12.25 um 11 Uhr im Rosengarten einfinden und die Streikaktion unterstützen.

Wer dann gegen 13.30 Uhr beim VdN-Denkmal vor dem ehemaligen Haus der NVA, dem jetzigen Oberlandesgericht erschien, traf auf eine beeindruckende Menge junger Leute, die sich zur Kundgebung und der anschließenden Demonstration eingefunden hatten. Eröffnet wurde die Kundgebung mit einem Redebeitrag eines Mitgliedes der SDAJ, andere folgten. Mit guter Stimmung und lebendigen Sprechchören machten sich dann die etwa 500 Teilnehmer auf den Weg. Daß es den doch erkennbar recht jungen Leuten gelungen war, selbst diese Versammlung mit dieser beeindruckenden Teilnehmerzahl auf die Beine zu stellen, stimmt doch optimistisch für die Zukunft der Friedensbewegung. Wenn es uns nun gelänge, viele dieser Freunde auch für den kommenden Ostermarsch zu gewinnen, gäbe dies dem Friedenskampf neuen Schwung.

Gerdt Puchta, Rostock

Was steckt hinter der Austeritätspolitik?

Austerität: Das letzte Mal, als dieses Schlagwort in Europa fiel, ging es den „faulen Griechen“ an den Kragen, wie „Bild“ sie damals nannte. Ein Blick in die Wirklichkeit bei uns zeigt: Das Rezept der rabiaten Sanierung auf Volkes Kosten wird gerade in diesen Wochen und Monaten wieder aus der Schublade geholt. Man braucht nichts von der Austerität zu hören, zu spüren bekommt man sie jeden Tag.

Seit mehr als 100 Jahren geistert sie schon durch die Wirtschaftstheorien und – was viel schlimmer ist – durch die Wirtschaftspraxis der westlichen Welt. Allerdings fällt es erst richtig auf, wenn sie, wie gerade in Argentinien, agiert wie die Axt im Walde (oder wie Milei mit der Kettensäge). Wikipedia verrät uns dazu, daß Austerität etwas mit Herbeheit und Strenge zu tun hat. Das erleben die Menschen in Griechenland oder Argentinien hautnah. Sie wissen aus eigenem Erleben nur zu gut, was passiert, wenn ein Volk bis auf die Knochen ausgeplündert wird, weil angeblich die Wirtschaft saniert werden muß. Bei Wikipedia heißt es beschönigend, daß es bei der Austeritätspolitik um „ein Set an wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit dem Ziel geht, einen ausgeglichenen Staatshaushalt herzustellen und eine Reduktion der Staatsschulden zu erreichen“. Das klingt natürlich außerordentlich löblich. Allerdings nur, weil der eigentliche Kern dieser Politik unerwähnt bleibt. Daß das Ganze ausschließlich einem Ziel dient: die Ergebnisse des Wirtschaftens noch strikter von unten nach oben umzuverteilen.

1920 brachte der englische Lord Chalmers den Inhalt der Austerität auf die einprägsame Kurzformel „Wir alle müssen hart arbeiten, hart leben und hart sparen“. Den Kernsatz dieser Politik sollten wir uns gut einprägen. Heißt er doch, daß „wir alle“ sparen sollen bis es kracht, damit es denen da oben besser geht. Denn mit „wir alle“ meinte der englische Lord natürlich nicht seinesgleichen, sondern ausschließlich nur die, welche von ihrer Hände Arbeit leben müssen – das gemeine Volk also. Dieser Satz bezieht übrigens seine Logik daraus, daß zunächst die Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden. Denn vorausgesetzt wird, daß eine Gesellschaft nicht von der Arbeit der Arbeitenden lebt. Sondern sie lebe ausschließlich von der Aktivität derjenigen, die dem Volk in den Hintern treten müssen, weil es sonst (man kann das bei den Gründervätern dieser Theorie ungeschminkt so nachlesen) „zu faul, zu gefräßig und zu verschwenderisch“ leben würde.

Man merkt schon ganz zu Beginn, welche Rolle „Menschenrecht und Freiheit“ in diesem Konstrukt spielen, nämlich gar keine. Und so herb und streng geht es im Theoriegebäude dieser Politik dann auch weiter. Im Kern geht es um drei Grundannahmen. *Erstens* gibt es eine in sich absolut schlüssige ökonomische Wissenschaft, die nur Spezialisten verstehen können. Von der versteht das Volk sowieso nichts. Alles, was es denkt und fühlt, ist gegenüber den Theoremen dieser reinen Wissenschaft ohne Belang. *Zweitens*: Wenn das Volk sowieso nichts versteht, wieso soll man ihm dann etwas erklären oder sich demokratischen Kontrollen unterwerfen? Zentralbanken wie die Deutsche Bundesbank oder die EZB handeln genau nach diesem Grundsatz. Ihre Entscheidungen sind nicht diskutierbar, nicht beeinflussbar, nicht kontrollierbar. Sie sind als Ausdruck höchster ökonomischer Weisheit quasi gottgegeben und widerspruchsfrei hinzunehmen. Und *drittens*: Ökonomie sei Ökonomie und habe mit Politik überhaupt nichts zu tun. Die Wirtschaft betreffende Forderungen an die politische Instanz seien zwecklos. Nur der Markt allein habe zu regeln, unter welchen Bedingungen gearbeitet und was und wie verbraucht wird. Das kennen wir doch. Genau darum geht es ja in den gegenwärtigen Diskussionen um Arbeitszeiten oder um das Renteneintrittsalter. Denn da gibt es angeblich immer nur unausweichliche „Sachzwänge“ und keinerlei gestalterische Spielräume für die Politik. Sieh da, wie nah uns heute in der BRD Herbeheit und Strenge der Austerität sind!

Der Ehrlichkeit halber muß man sagen, daß die Wirtschaftskonzepte der Austerität bisher überall krachend gescheitert sind. Die Krisenhaftigkeit kapitalistischen Wirtschaftens läßt sich nicht einfach dadurch wegbügeln, daß man ihre Ursachen nicht zur Kenntnis nehmen will. Warum aber liebt das Kapital dieses gescheiterte Konzept weiter so abgöttisch? Ganz einfach: Weil es aus seiner Sicht eben nicht komplett scheitert. Denn es schafft regelrecht Unglaubliches: Immer wieder akzeptieren die Völker, jene Kosten der Krisen zu tragen, die sie nicht verursacht haben. Für diese Akzeptanz ist das Kapital dann auch bereit, in der Krise zwangsläufig eintretende kleinere Verluste in Kauf zu nehmen. Das hinzukriegen ist relativ einfach, denn im Werkzeugkasten der Austeritätspolitik findet sich ein Instrument, mit dem man jedes Volk außerordentlich schnell fügsam machen kann. Wie Lord Chalmers so treffend

formulierte, soll ja das Volk „hart leben und hart sparen“. Tut es das, wird weniger verbraucht, und wenn weniger verbraucht wird, muß auch weniger produziert werden. Im Ergebnis braucht man weniger Arbeit und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Arbeitslosigkeit aber ist ein wunderbar wirksamer Knüppel, wenn man dem Volk seine Aufmüpfigkeit aberziehen will. Wer rebelliert schon freiwillig, wenn zwingend Arbeitslosigkeit droht? Mit diesem so einfachen Rezept konnte Margaret Thatcher in den 80er Jahren die einst so stolze und starke englische Gewerkschaftsbewegung niederringen, übrigens nach US-amerikanischem Vorbild, wo das annähernd dreißig Jahre schon einmal glänzend funktioniert hatte. Die Lehre damals wie heute: Gelingt es, den Arbeitenden die Sicht auf ihre gestaltende Rolle in der Gesellschaft und den Mut zum Handeln zu nehmen, dann kann man dem Volk auch mühelos das abnehmen, was es sich in jahrhundertelangen Kämpfen an Rechten erkämpft hat. Man kann ihm den Achtstundentag wieder nehmen, das Recht auf eine ordentliche Gesundheitsversorgung und die Aussicht auf ein gesichertes Altwerden. Die dabei eingesparten Mittel können dann zusätzlich den Profitraten zugeschlagen werden. Eventuell als Kollateralschaden eingefahrene Krisenkosten kann man so faktisch aus der Portokasse ausgleichen. Aus Sicht des Kapitals gibt es nichts Besseres als Austerität.

Schon die Urväter der Austerität wußten: Rebelliert das Volk trotzdem, muß man es niederhalten. Deshalb trennten sie auch so sorgfältig zwischen Wirtschaft und Demokratie. Nicht nur einer von ihnen kam damals zu dem bahnbrechenden Schluß, daß Wirtschaft ohne Demokratie besser funktioniert. Austeritätsfanatiker wurden zu begeisterten Steigbügelhaltern des Faschismus in Italien und Deutschland. Und heute scheint es nicht anders zu werden. Das US-amerikanische Kapital hat nicht nur in Person von Elon Musk oder Donald Trump sehr aus dieser Geschichte gelernt. Gerade wird die alte Klamotte der angeblich unbedingt erforderlichen Antidemokratie mit ihren diktatorischen Präsidentendekreten wieder aus der Schublade geholt und frisch aufpoliert. Einen gelehrigen BlackRocker wie Friedrich Merz haben sie dabei natürlich fest an ihrer Seite. Austerität ist heute auch in Deutschland wieder unendlich gefährlich.

Geschäftsmodell „Tötungsindustrie“

Die 100 größten Rüstungskonzerne, die der Tötungsindustrie zuzuordnen sind, haben 2024 laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut einen Rekordumsatz von 670 Mrd. US-Dollar erreicht, der sich 2025 weiter erhöhte. Einen maßgeblichen Anteil daran haben die deutschen Rüstungsunternehmen mit Rheinmetall an der Spitze. Doch nicht nur die „Großen“, auch die „Kleinen“ wollen ein Stück vom Rüstungskuchen abhaben. Aus diesem Grund wurde offensichtlich am 22.9.25 in Berlin das Mitteldeutsche Institut für Sicherheitsindustrie gegründet. Es soll u.a. „Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft zusammenführen“. In der Chemnitzer „Freien Presse“ vom 27.11.25 konnte man unter der Überschrift „Sachsens Mittelstand hofft auf Verteidigungs-Milliarden“ lesen, daß dieses Institut auch in Leipzig gegründet wurde. Das Blatt notiert: „Nach Auskunft der Initiatoren (u.a. Generalmajor der Bundeswehr a.D. Kurczyk) haben sich 120 Personen angemeldet, die 2000 Unternehmen vertreten.“ Weiter heißt es, daß es der sächsische Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD) für fahrlässig halte, Ansiedlungen der Rüstungsindustrie abzulehnen. Ziel sei es, mit der Gründung des Instituts vom „Sondervermögen“ des Bundes mit zu profitieren und von der zivilen auf die militärische Produktion umzusteigen. Gewisse Koordinierungsfunktionen der genannten Einrichtung stehen vermutlich im Vordergrund. Bleibt die Frage, wie die Arbeiter in den klein- und mittelständischen Unternehmen reagieren, denn die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland, der Arbeitsplatzabbau und die immer zahlreicher auftretenden Insolvenzen von Betrieben lassen eine zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten erwarten. Auch dafür findet sich in der „Freien Presse“ eine Antwort. Für die Beschäftigten sei es „Priorität, einen Job zu haben“. Bei moralischen Bedenken finde man eine Lösung. Daß sie einen nicht unerheblichen Beitrag dazu leisten, einen Krieg vorzubereiten und damit unter den zu erwartenden Bedingungen ihr eigenes Grab zu schaufeln, spielt offenbar eine untergeordnete Rolle. Überschriften in der Presse, wie „Bundesregierung sieht Chancen für Rüstungsindustrie im

Osten“ oder „Drohnenwall an der Ostflanke: EU ringt um Aufrüstungskurs“ oder „Ostländer wollen mit aufrüsten“ werden in den Beiträgen immer mit der angeblichen Bedrohung durch Rußland verbunden. Schlagzeilen wie „Waffenschmiede erhält ersten Auftrag“, „Rheinmetall mit Milliardenauftrag“, „Großbestellung für Geschützturmsystem“, „Bundeswehr erhält neues Sturmgewehr“ oder auch „Rus-

hierfür eine Grundlage bilden. Im Vordergrund für die jungen Soldaten – der Verdienst von 2600 € brutto. Eine Grundlage hierfür sollen die Jugendoffiziere der Bundeswehr mit ihrem Auftreten vor den Schülern in den Schulen schaffen, die man damit dazu bringen will, ihr Leben als „Kanonenfutter“ für das deutsche Kapital in einem „zu erwartenden Krieg gegen Rußland“ zu opfern.

Die aktuellen Schulstreiks zeugen von einem zunehmenden Widerstand von Teilen der Jugend und der Bevölkerung gegen die Pläne der Bundesregierung. Mit dem Song von Reinhard May „Meine Söhne geb' ich nicht“ oder dessen Umbenennung „Meine Söhne kriegt ihr nicht“ drücken sie ihre unmißverständliche Haltung gegen Wehrdienstpflicht und Kriegsvorbereitung zeigt.

Bei Politikern liegen Unvernunft und Vernunft mitunter dicht beieinander. Wie bekannt wurde, beabsichtigt CDU-Politiker Roderich Kiesewetter, einen so genannten Siegesplan für die Ukraine zu entwickeln und unbremst massenhaft hochwertiges Kriegsgerät an die Ukraine zu liefern, was einem Kriegseintritt Deutschlands nahekommt. Er trat bereits mehrfach mit derart unverantwortlichen Forderungen in Erscheinung. Der sächsische Ministerpräsident Kretschmer, ebenfalls CDU, äußerte sich kritisch zur Sanktionspolitik gegenüber Rußland und erklärte, „Rußland muß wieder Handelspartner werden“. Aber auch er setzt sich weiterhin für die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Sachsen ein, was man einer ganzen Reihe von Presseveröffentlichungen entnehmen kann.

Dieser Kurs der Auf- und Hochrüstung hat unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Lage der Bevölkerung. Auch hier spielen die Medien die ihnen zugedachte Rolle, die darauf abzielt, die Finanzierung der Aufrüstung der Bundesregierung durch Schulden und den damit verbundenen Sozialabbau zu verschleiern. Der Finanzstabilitätsbericht 2025 der Notenbank wird dagegen deutlicher. Unter der Überschrift: „Finanzstabilität Bundesbank: Risiken für Banken wachsen“ wird u.a. eingeschätzt, daß sich das „makrofinanzielle Umfeld im vergangenen Jahr spürbar verschlechtert hat, insbesondere angesichts hoher Unsicherheit und damit einhergehenden Risiken“. Doch das Geschäftsmodell Tötungsindustrie hat Hochkonjunktur.

Dietmar Hänel
Flöha



sische Kampfjets verletzen Luftraum“ lesen sich wie „Siegesmeldungen“. Ihr Ziel ist es, die Bedrohungslüge bei den Menschen zu verinnerlichen und die Stärke der Tötungsindustrie und der Bundeswehr glaubhaft zu machen. Parallelen zur Entwicklung vor dem 2. Weltkrieg in Deutschland sind unverkennbar. Die Bevölkerung soll „kriegstüchtig“ gemacht werden. In erster Linie geht es um die Verinnerlichung des Feindbildes Rußland und nicht zuletzt auch China. Unter Staaten mit den weltweit höchsten Militärausgaben wird sich Deutschland 2026 auf den 4. Platz „vorarbeiten“. Die Bundeswehr wird zur stärksten europäischen Armee aufgebaut, sagt der Bundeskanzler. Der Ausbau der Bundeswehr von derzeit 182 000 auf 260 000 Soldaten macht in nahezu allen Medien Schlagzeilen. Das neue Wehrpflichtgesetz soll

Jung gegen Alt: Union flutet Mainstream mit hypothetischen Fake-Zahlen, um Renten zu drücken

Kann sich Deutschland „seine“ Rentner noch leisten? Darüber debattiert der Mainstream derzeit ernsthaft rauf und runter. Das Niveau dabei ist kaum zu unterbieten. Bei Markus Lanz im ZDF betrieben der Moderator sowie Jung- und Altpolitiker der CDU am 18.11.25 obskure Zahlenspiele zur Rentenfrage, die eines nahelegen: Manch ein bürgerlicher Apologet an der Seite des Kapitals versteht offenbar „sein eigenes“ System nicht.

Hintergrund ist der Kampf, den junge Unionsabgeordnete im Bundestag den Rentnern angesagt haben. Formiert als „Junge Gruppe“ toben sie gegen den Regierungsentwurf für ein Gesetz, welches das klägliche Rentenniveau in Deutschland von nur noch 48 Prozent bis 2031 erhalten soll. Sie kritisieren jedoch nicht etwa, daß der Entwurf nicht festlegt, wie danach der weiter drohende Verfall der Renten zu stoppen wäre.

Vielmehr behauptet der Unionsnachwuchs, mit der Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent durch die Vorgänger-Ampelregierung liege dieses seit 2023 um einen Prozentpunkt höher, als es das unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel verabschiedete Kürzungspaket vorgesehen hätte. Diese Mini-Korrektur, um einen allzu rasanten Anstieg der Altersarmut abzumildern, werde, so rechnet die „Junge Gruppe“ vor, angeblich „120 Milliarden Euro Folgekosten für die jüngere Generation haben“.

Neoliberale Fantasiewelten

So ein Kampf Jung gegen Alt ist den Verbänden des deutschen Großkapitals willkommen. Seit langem trommeln diese für immer niedrigere Renten, ein höheres Eintrittsalter, bis hin zur Privatisierung der Altersvorsorge; dies stets unter dem Vorwand „hoher Kosten für die junge Generation“. Vermutlich baut man dort darauf, daß kaum wer diesen Hoax (Täuschung) durchschaut.

Denn die absurde Vorstellung, ein Staatshaushalt funktioniere wie das eigene private Portemonnaie, ist weit verbreitet. In dieser dem Alltagsbewußtsein und jahrzehntelanger neoliberaler Propaganda entsprungenen Märchenwelt knöpft „Vater Staat“ von seinen Bürgern Steuern ab, steckt sie in seine Kasse und verteilt deren Inhalt dann auf Behörden, Krankenhäuser, Pflegeheime, Renten, Sozialleistungen und so weiter – und wenn die Kasse leer ist, ist sie halt leer. Die Wirtschaftskraft habe nichts mit alledem zu tun.

Nun streben Neoliberale – je nach Strömung mehr oder weniger – stets danach, ihren „Markt“, also die Wirtschaft völlig abzukoppeln von bürgerlich-demokratischen

Entscheidungsprozessen. Jeder politische „Markteingriff“ ist „Planwirtschaft“ und Teufelswerk in ihren Augen. In dieser Phantasiewelt vom reinen Kapitalismus hat der Staat nur eins zu tun: für Ordnung zu sorgen, dies gern auch repressiv und diktatorisch gegen die lohnabhängigen Massen.

Rentenzuschüsse und Sozialleistungen aller Art sind demnach schädlich für den Standort, bedeuteten mehr Steuerlast – und weniger ausbeutungswillige Arbeitskräfte fürs Kapital.

Ohne Kaufkraft kein Binnenmarkt ...

Klar, wer die Ausbeutung auf die Spitze treiben und soziale Zustände wie im „Globalen Süden“ haben will, schafft gesetzliche Renten und Sozialleistungen am besten ab. Doch denke man das für eine Industrialisation wie Deutschland einmal weiter: Was geschähe, wenn Deutschland Renten und Gesundheitsleistungen weiter rabschürzen und Arbeitslosenversicherung, Grundsicherung und Sozialhilfe einstampfen würde?

Nach vielfacher Vorstellung, teils sogar unter normalen Arbeitern, brähe damit eine Art Paradies aus: keine Sozialabgaben mehr, weniger Steuern, also mehr Netto vom Brutto, dafür mehr „Eigenverantwortung“ und so weiter. Die Realität sähe freilich düsterer aus: 26 Millionen Bezieher gesetzlicher Renten, etwa 1,35 Millionen davon mit Sozialhilfe aufstockend, würden auf einen Schlag noch ärmer werden. Weitere 5,5 Millionen Menschen in Haushalten, die vom Bürgergeld leben oder damit aufstocken, rutschten in blanke Existenznot, viele davon in die Obdachlosigkeit.

... und das Aus für den Mittelstand

Im Klartext hieße das: Die Kaufkraft von 30 Millionen Menschen, also mehr als einem Drittel der Bevölkerung, würde rapide sinken, teilweise sogar ganz wegbrechen. Obdachlosigkeit und Kriminalität schossen in die Höhe, die Gesundheit vieler weiterer Millionen Beschäftigter, vor allem im Niedriglohnsektor, verschlechterte sich massiv, weil Arztbesuche teuer würden.

Das international agierende Großkapital, darunter deutsche Rüstungskonzerne, könnte das vermutlich gut verschmerzen. Mehr noch: Es würde sich auf diese Weise sogar noch mehr Marktanteile unter den Nagel reißen. Doch für den deutschen Mittelstand wäre so ein Einbruch des Binnenmarktes eine Katastrophe, perspektivisch sogar das Ende: Kleinere Betriebe gingen pleite, die Arbeitslosigkeit stiege weiter, das Elend mehrte sich, was wiederum

Firmeninsolvenzen zur Folge hätte, und so weiter ... eine Spirale nach unten.

So brähe der deutsche Binnenmarkt früher oder später weitgehend zusammen; der Mittelstand, wie er heute noch existiert, wäre ein für alle Mal Geschichte und an Stadträndern wüchsen Slums zu Ghettos.

Mit Lügen Sozialneid schüren

Der von politischen Parteien auch außerhalb der Union instrumentalisierte und zusätzlich vom härter werdenden Konkurrenzkampf gefütterte Sozialneid fußt ganz grundsätzlich auf der (bewußt kolportierten) Fehlannahme, ein Staatshaushalt funktioniere wie der eigene Geldbeutel. So wiegelt man gezielt Bevölkerungsgruppen gegeneinander auf: Junge gegen Alte, Jobbesitzer gegen Arbeitslose, Männer gegen Frauen, Deutsche gegen Migranten und so weiter. Dabei hat sich der Glaube vieler, selbst mehr vom Staat zu bekommen, wenn andere weniger oder nichts mehr haben, in diesem System noch nie bewahrheitet.

Apropos Migranten: Was wäre eigentlich, wenn Deutschland alle Menschen ohne deutschen Paß aus der Bundesrepublik abschieben würde? Die Kliniken und Pflegeeinrichtungen würden jedenfalls völlig kollabieren. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte 2023 bereits jede fünfte Pflegekraft in Altenheimen und jede siebte in Krankenhäusern keinen deutschen Paß – Tendenz steigend. Fast jeder fünfte Arzt – 76 000 an der Zahl, mehr als ein Viertel davon aus arabischen Ländern – besaß vergangenes Jahr laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Kurzum: Die derart ernsthaft im Mainstream diskutierte Zahlen-Geisterfahrt der Jungen Union entpuppt sich mal wieder als Milchmädchenrechnung, die einfache volkswirtschaftliche Zusammenhänge ignoriert. Zum Beispiel die Tatsache, daß das zum Bestehen im globalen Konkurrenzkampf notwendige Wirtschaftswachstum auch Kaufkraft im Binnenmarkt benötigt. Jedenfalls, sofern man den Staat nicht zu einer von multinational agierenden Oligarchen dominierten, im Inneren jedoch sozial komplett verwahrlosten, imperialistischen Peripherie-Enklave umbauen will, wo Hungerlöhner bestenfalls ein paar Kriegsgüter und andere Exportschlager produzieren dürfen und Alte, Kranke und Arbeitslose in den Straßen dahinsiechen.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt
Quelle: Weltexpress, 21.11.2025

Europäische Friedensordnung gegen die Koalition der Kriegswilligen

Jeder, der vor einem weißen Blatt Papier sitzt und sich anschickt, einen Text zu schreiben, weiß, daß der erste Satz oft der schwierigste ist. Diese Aufgabe hat diesmal Wolfgang Mangel aus Stralsund für mich übernommen. Die ersten fünf Sätze seines Leserbriefs im „RotFuchs“ 12/2025 stelle ich an den Anfang meiner eigenen Betrachtung:

„Schon die Vorgängerin des derzeitigen Außenministers wollte Rußland ‚ruinieren‘. Für normale Diplomatie mit diesem Land hatte sie keinen Draht. Der jetzt amtierende Außenminister Wadepuhl ist noch schlimmer: ‚Rußland war immer und wird immer unser Feind bleiben.‘ Wie kann er das Wort ‚unser‘ in den Mund nehmen? Wie kann er sich anmaßen, hier für alle zu sprechen?“ Gute Frage! Diese Frage richtet sich nämlich auch an die Adresse des Bundespräsidenten Walter Steinmeier und des Kanzlers Friedrich Merz. Das Staatso-

berhaupt bediente das Mantra, daß Rußland mit dem „nicht provozierten Angriff“ auf die Ukraine die europäische Friedensordnung „zertrümmert“ habe, während sein regierender Wasserträger in Endlosschleife behauptet, daß die Ereignisse in der Ukraine „die schwerste Erschütterung der europäischen Friedensordnung seit dem Zweiten Weltkrieg“ darstellen würden. Nehmen wir für einen Moment an, es hätte nach 1945 tatsächlich eine europaweite Friedensordnung (zu der ja auch Rußland hätte gehören müssen) gegeben, dann hätte sich Herr Wadepuhl in seiner Rolle als Chefdiplomat mit seiner „... war-immer-unser-Feind“-These schon längst eine Abmahnung von seinem Chef einhandeln müssen. Hat er aber nicht bekommen. Im Gegenteil: In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) warnte der Bundeskanzler vor einem „imperialen Rußland“, das seine Expansionspläne bis tief in das europäische Kernland außerhalb der westlichen Grenze Rußlands erstrecken will.

Gegensätze ziehen sich an ...

... vor allem, wenn sie nur scheinbar sind. Gegensätzlichkeit kann eine Beziehung „bereichern“, wenn die Unterschiede als Ergänzung verstanden werden. Um diese Bereicherung zu verstehen, müssen wir

an dieser Stelle ein Lesezeichen zur Hand nehmen und in der zeithistorischen Chronik mehrere Jahrzehnte zurückblättern. Der erste NATO-Generalsekretär Lord Hastings Ismay sagte am Tag der Gründung des Militärbündnisses am 4. April 1949 über den Zweck der NATO, auf Europa bezogen: „NATO's goal is to keep the Americans in, the



Die Koalition der Kriegswilligen

Russians out and the Germans down.“ (... die Amerikaner drinnen zu lassen, die Russen draußen – und die Deutschen am Boden). Diese lakonisch formulierte Funktion des westlichen Bündnisses reflektierte mit dem dritten Punkt (to keep ... the Germans down) die damalige zeitliche Nähe zum Nazi-Faschismus. Aber genau dieser Aspekt wurde aus den zeitgenössischen Betrachtungen erst weggedrückt, um schließlich aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt zu werden, während die beiden anderen Aussagen des Lords wegen „zunehmender russischer Bedrohung“ zu neuer Aktualität gelangt seien. Mit Beginn des Kalten Kriegs zeichnete sich ab, daß gänzlich andere Ziele angestrebt wurden. Eine bittere Erkenntnis, wenn man bedenkt, daß die gesamte Nachkriegsordnung nach 1945 darauf ausgerichtet war, den Kontinent daran zu hindern, die Menschheit ein drittes Mal in eine Katastrophe zu stürzen. Noch bitterer ist die Erkenntnis, daß über die Jahre 1989/90 der Kalte Krieg absehbar in eine Permafrost-Periode übergegangen ist. Es gibt seither keinen Vertrag wie die NATO-Rußland-Grundakte, kein auf Vertrauen gegründetes Versprechen, keine neuen Mitglieder östlich der deutschen Staatsgrenze in die NATO einzubeziehen, und keine sonstigen Vereinbarungen, die nicht vom westlichen Werteregime über den

Haufen geworfen worden sind („RotFuchs“ 12/2025, S. 14). Hat die Europäische Union als Friedensnobelpreisträgerin jemals einen friedensvertragstauglichen Einspruch gegenüber dieser Entwicklung erhoben? Mit keiner Silbe! An der europäischen Front stand und steht wieder einmal der deutsche Revanchismus, der, genau wie es

Kurt Schumacher einst prognostiziert hatte, den dann finalen Weltkrieg gewinnen will – diesmal an der Seite der USA, wie er hoffnungsvoll betonte. Im Zuge der bedingungslosen Unterstützung für die Ukraine stellt sich immer offener heraus, daß der Herd der gegen Rußland gerichteten und auf Kriegskurs getrimmten Aggression nicht bzw. nicht mehr nur in den USA liegt, sondern sich in den Staaten des westlichen Europas mit Deutschland in der selbsternannten Führungsrolle befindet. Deshalb ist es geboten, den Blick nicht nur zurück

zu werfen, sondern ihn analytisch auf die sich öffnende Perspektive nach vorn zu richten. Allgemein bekannt ist, daß die USA zum Ende des Zweiten Weltkriegs bereits das „amerikanische Jahrhundert“ ausgerufen hatten. Um dieses zu stemmen, brauchten sie aber schon zu Beginn der fälschlich so genannten Stunde Null eine Koalition der Rollback-Willigen. Statt eine tatsächliche Entnazifizierung der Bundesrepublik durchzuführen, wurde zügig eine politisch-ideologische Aufrüstung in Gang gesetzt. So mußte der Bundesgerichtshof bei den Verfahren gegen DDR-Juristen selbstkritisch eingestehen, daß in der BRD kein einziger Nazirichter verurteilt worden ist. Was die Spitze des künftigen Militärapparats betraf, konnte die Siegermacht USA aus dem Vollen schöpfen. Einer der führenden kriegserfahrenen antikommunistischen Köpfe war der Generaloberst Fritz Halder, dessen Handschrift bereits das „Unternehmen Barbarossa“ wie auch der berühmte „Kommissarbefehl“ trugen. Halder übte nach 1945 entscheidenden Einfluß auf die westdeutsche Geschichtsschreibung aus und kreierte die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ (siehe Frank Schumann in den „Mitteilungen der kommunistischen Plattform“ 10/2025). Kurzum: Der nach Osten ausgerichtete Revanchismus und Rußlandhaß

deutscher Prägung verband sich mit der angestrebten Vormachtstellung der USA auf europäischem Boden zur unheiligen Allianz. In ihr entfaltete das von Adenauers Staatssekretär Walter Hallstein Mitte der fünfziger Jahre ausgearbeitete Dokument – die „Hallstein-Doktrin“ – eine nachhaltige Wirkung. Das Ziel: nicht anerkennen, maximalen Druck ausüben, expandieren und den Feind schlußendlich besiegen oder, wenn es nicht anders zu regeln ist, ihn sich einverleiben. So erklärte Walter Hallstein am 13. März 1952 in Washington auf einer Pressekonferenz, es sei notwendig, daß die Bonner Regierung die Integration Europas bis zum Ural anstrebe. Die „Frankfurter Allgemeine“ sah in dieser Äußerung die Stunde der Wahrheit, die endlich gekommen war – endlich redet jemand Klartext: „Durch den Mund des Staatssekretärs – also auf dieser Pressekonferenz – erfährt die Öffentlichkeit, unseres Wissens zum ersten Mal, das eigentliche Ziel, das sich die Führer der westlichen Diplomatie gestellt haben, seitdem sie ihre Bemühungen begannen, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Völker einzubauen. Der Staatssekretär nennt die Etappen des einzuschlagenden Wegs: Erstens Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen. Zweitens das Ende der deutschen Spaltung. Drittens der Zusammenschluß des freien westlichen mit dem vom Bolschewismus befreiten östlichen Europa. Und schließlich bis zum Ural.“

Sicherheit ist unteilbar

Im Juni 1996, also noch fünf Jahre vor der vom Bundestag gefeierten Rede des russischen Präsidenten vor dem Bundestag im September 2001, hat der damalige BRD-Verteidigungsminister Volker Rühe mit entwaffnender Klarheit offengelegt, welche geostrategischen Ziele Deutschland verfolgt. Ein Blick auf die Landkarte genüge, so Rühe, daß es auf Dauer nicht haltbar sei, wenn Deutschlands Ostgrenze die Grenze zwischen Stabilität und Instabilität in Europa sei. Deutschlands Ostgrenze dürfe nicht auf Dauer die Ostgrenze der Europäischen Union und der NATO bleiben. Rückblickend stellt sich die Frage, warum es damals keinen „Shitstorm“ zu dieser Positionsbestimmung gegeben hat. Immerhin gab und gibt es ja die Charta von Paris, die Charta von Istanbul und die NATO-Rußland-Grundakte. In allen Dokumenten, auf die wir hier nicht en détail eingehen können, wurde ein Doppelprinzip verankert: das Recht jedes Staats auf freie Bündniswahl und das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit, das verhindern soll, daß die Sicherheit des einen auf Kosten der Sicherheit des anderen organisiert wird. Zum Recht eines jeden Staats bzw. eines bereits bestehenden Bündnisses gehört deshalb aber auch die jeweilige Entscheidungshoheit darüber, welcher Beitrittskandidat aufgenommen werden soll bzw. abgelehnt werden muß. Diesem Doppelprinzip kehrten die USA in geübter imperialistischer Manier im November

2021 ein weiteres Mal den Rücken, als sie nur drei Monate vor Beginn der russischen Militäroperation eine Charta mit der Ukraine über eine strategische Partnerschaft unterzeichneten. „Aus russischer Sicht“, schreibt Peter-Alexis Albrecht in der „Berliner Zeitung“ vom 10. Dezember 2025, „bestätigte dieses Abkommen, daß die Ukraine dauerhaft in den militärischen und sicherheitspolitischen Orbit der USA eingebunden werden sollte – inklusive weitreichender Kooperation bei Aufrüstung, Ausbildung und Infrastruktur. In Moskau wurde dies als unmittelbare Bedrohung der eigenen Sicherheit interpretiert, vergleichbar mit der Wahrnehmung der USA während der Kubakrise 1962.“ Damals funktionierte noch der gegenseitige Respekt, in dem beide Seiten sich über den Abbau bzw. die Nichtstationierung nuklearer Mittelstreckensysteme in Norditalien und der Türkei einerseits bzw. auf Kuba andererseits verständigten – ohne Vertrag wohlgemerkt, sondern nur auf Grundlage beiderseitigen Vertrauens. Die von Michail Gorbatschow bis in seine letzten Amtstage propagierte Idee vom „gemeinsamen Haus Europa“ blieb ein frommer Wunsch. Eine Grundsteinlegung fand nicht statt.

Eine Warnung, die nicht ernst genommen wurde – mit fatalen Folgen

Trotz aller Versprechungen und Zusagen, niemals eine NATO-Osterweiterung anzustreben, sind es namentlich deutsche Stimmen, die sich als politische Akteure oder als Experten und Kommentatoren im Medienbetrieb und auf Talkshows austoben und fast schon fanatisch beteuern, daß es zu dieser Frage nie einen Vertrag gegeben habe. Wer so wie die Röttgens, Kiesewetters, Strack-Zimmermanns und Hofreiters redet, sollte das Wort „Vertrauen“ aus seinem Wortschatz eliminieren. Aber solche entlarvenden Äußerungen passen gut zu den Wortmeldungen und Wutausbrüchen aus den Reihen der Transatlantiker zum Washingtoner 28-Punkte-Plan zur Beendigung des Kriegs in der Ukraine, zu den Vorschlägen zur Wiederaufnahme Rußlands in die Weltwirtschaft und schließlich zur neuen Sicherheitsstrategie der USA. Der halluzinierte Glaube um die eigene moralische Überlegenheit ist so tief wie der Schützengraben, in dem sich das Westliche Wertebündnis ein Atelier eingerichtet hat, in dem es unentwegt immer neue Exponate zum Feindbildaufbau ausstellt. Wir wollen nicht ablenken, aber eine Duftmarke unseres „Rußland-war-und-bleibt-immer-unser-Feind“-Außenministers sei hier eingefügt. Wadeputh betonte die Verbundenheit mit der NATO, verbat sich aber Lektionen zur Freiheit und zum Gesellschaftssystem. Wäre zu wünschen, daß der chinesische Präsident Xi Jinping ihn beim nächsten Besuch mit eben diesem Satz beglückt. Zurück zum Feindbild: Wir bringen zum Schluß unserer Betrachtung einen Text, der als „offener Brief“ an Präsident Bill Clinton zur NATO-Osterweiterung unter der Überschrift: „Politisch-strategischer Fehler

von historischem Ausmaß“, verfaßt von namhaften Politikern aus der Clinton/Reagan-Präsidentschaft. wie Robert McNamara, Paul H. Nitze, Sam Nunn und vielen anderen, unterzeichnet und am 26. Juni 1997 veröffentlicht wurde:

„Wir Unterzeichner sind der Auffassung, daß die gegenwärtigen, von den USA und der NATO angeführten Bemühungen, die NATO auszuweiten, wie sie im Brennpunkt der jüngsten Gipfeltreffen von Helsinki und Paris standen, einen politisch-strategischen Fehler von historischem Ausmaß darstellen. Wir glauben, daß die NATO-Erweiterung die Sicherheit der Alliierten verringern und die europäische Stabilität aus folgenden Gründen gefährden wird:

- In Rußland wird die nach wie vor quer durch das gesamte politische Spektrum abgelehnte NATO-Erweiterung die nicht-demokratische Opposition stärken und gleichzeitig die Bemühungen derer unterlaufen, die Reformen und eine Kooperation mit dem Westen anstreben. Ferner hat die NATO-Erweiterung zur Folge, daß die Russen die gesamte nach dem Kalten Krieg gefundene Einigung wieder in Frage stellen könnten, und sie könnte auch zu verstärktem Widerstand gegen die START-II- und Start-III-Verträge in der Duma führen.

- In Europa wird die NATO-Erweiterung eine neue Demarkationslinie zwischen denen, die dabei, und denen, die nicht dabei sind, ziehen. Dies bewirkt wachsende Instabilität und wird das Sicherheitsgefühl jener Länder, die nicht mit eingeschlossen werden, vermindern.

In den Vereinigten Staaten wird die NATO-Erweiterung eine breite Debatte über die zwar noch unbekannten, doch bestimmt sehr hohen Kosten auslösen und das Bekenntnis zur Allianz in Frage stellen, das traditionell und mit Recht als ein Herzstück der amerikanischen Außenpolitik gilt. Aufgrund dieser ernsthaften Einwände und da es keinerlei Grund für eine rasche Entscheidung gibt, schlagen wir mit Nachdruck vor, daß der Prozeß der NATO-Erweiterung suspendiert wird, während man nach Alternativen sucht ... z. B. ein Programm zur Stärkung der „Partnerschaft für den Frieden“.

- Unterstützung eines kooperativen Verhältnisses zwischen NATO und Rußland. Fortschreiten auf dem Weg des Rüstungsabbaus und der Transparenz, vor allem im Hinblick auf nukleare Waffen und Materialien, die hauptsächliche Bedrohung der US-Sicherheit und im Hinblick auf die konventionellen Streitkräfte in Europa. Rußland stellt gegenwärtig keine Bedrohung für seine westlichen Nachbarn dar, die mittel- und osteuropäischen Länder sind nicht in Gefahr. Deshalb und wegen der oben angeführten Gründe glauben wir, daß eine NATO-Erweiterung weder notwendig noch wünschenswert ist, und daß diese politische Fehlentwicklung aufgehalten werden kann und aufgehalten werden sollte.“

Hans Schoenefeldt

Tauziehen um die Beendigung des Ukraine-Konflikts

Die unterschiedlichen Positionen der USA, der Ukraine und der EU zum Ukraine-Konflikt und seiner Beendigung eskalieren immer weiter, wobei das Tauziehen der Seiten mit oder ohne Einbeziehung der RF stattfindet.

- Der mit Rußland abgestimmte 28-Punkte-Friedensplan Trumps, dessen Kürzung vor dem Treffen Witkoffs und Kushners mit Putin Anfang Dezember in Moskau erfolgte, brachte auch bei den Verhandlungen zwischen den USA-Vertretern und denen der Ukraine in Florida sowie zwischen den führenden EU-Ländern und der Ukraine in Paris und London, aber auch bei dem Treffen am 14. und 15.12.25 in Berlin, an denen die USA, führende EU-Länder und die Ukraine teilnahmen, bisher keinen Durchbruch zur Annahme und Umsetzung des durch die Teilnehmer auf 20 Punkte geschrumpften US-Friedensplanes.
- Selenskyj hat unter Bedingungen (Sicherheitsgarantien der USA u. a. gewünschter Staaten, ähnlich denen des § V der NATO), die Möglichkeit auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten, eingeräumt, aber gleichzeitig den Abzug von ukrainischen Streitkräften (ukr. SK) aus dem Donbass vehement abgelehnt. Damit hat die Ukraine die Annahme des vorliegenden Friedensplans verhindert. Die Russische Föderation (Lawrow, Uschakow und Dimitrijew als Nichtteilnehmer in Berlin) machte darauf aufmerksam, daß die Ukraine, die eingebundenen EU-Staaten sowie teilweise auch die USA die derzeitige Situation im Ukraine-Konflikt in mehreren Positionen noch zu unrealistisch spiegelten und deshalb der Friedensplan tiefgründiger überarbeitet werden muß. Trump wertete das Treffen dennoch positiv, da es angeblich zur Lösung von 90 % der Probleme zwischen der Ukraine und Rußland gekommen sei. Diese Aussage fand im Vorschlag der USA zu zeitnahen neuen Treffen am Wochenende nach dem 18.12. in Florida (USA-RF, USA-Ukraine) Berücksichtigung. Und so rechnen die Optimisten unter den Friedensplanvertretern noch vor Weihnachten mit neuen Varianten des Friedensplanes der USA, welche dann eine weitere Zusammenkunft von Vertretern des kollektiven Westens und der Ukraine zur Erreichung eines „einheitlichen Standpunktes“ zur Folge haben könnte.

- Beim NATO-Gipfel am 18.12. in Brüssel kam es zur Demütigung von Merz, der den Finanzbedarf der Ukraine alleine aus dem eingefrorenen Vermögen Rußlands sicherstellen wollte, was eine Mehrheit aber abgelehnte, und zu einer endgültigen Demaskierung Selenskyjs, der Trump lieber tot sehen wollte, damit er auf eine ukrainefreundliche US-Politik hoffen kann. Die EU sprang daraufhin mit einem Kredit von 90 Milliarden Euro ein, dessen Absicherung wegen der schlechten Bonität der EU noch nicht einmal gewährleistet ist, und die Tilgungsmöglichkeiten sind derzeit so unsicher, daß diese höchstwahrscheinlich an den Steuereinzahlern hängen bleiben wird.

Träume und Realitäten der Seiten des Ukraine-Konflikts

Wenn die bisherige Formel des Westens, der den Ukraine-Konflikt völlig unrealistisch sieht, hieß, „Rußland eine strategische Niederlage beizubringen“, will man nun, „Rußland maximalen Schaden zufügen“, was durch eine massenhafte Aufrüstung der Ukraine mit immer moderneren westlichen Waffen sowie durch die Besetzung des Landes mit NATO-Truppen nach einem unrealistischen Sieg über die Atomsupermacht Rußland erreicht werden soll.

Sie überzeugen sich und ihre Hilfe- und Kommandogeber mit ihren angeblichen Kriegserfolgen, die sie mit dem Einsatz gelieferter und selber hergestellter weitreichender Raketenwaffen erzielt haben wollen. Natürlich gab es eine geringe Anzahl von wirkungsvollen Treffern auf militärische Ziele, Großbetriebe, Ölverarbeitungsanlagen, Energiezentren, aber auch auf zivile Einrichtungen in der RF (zum Beispiel im Moskauer Gebiet und Krasnodar), die aber niemals die Offensivmöglichkeiten der RF in der Spezialoperation einschränkten. Dennoch gab und gibt es auch in der RF militärische, zivile u.a. materielle Verluste. Letztere stehen aber in keinem Verhältnis zu den personellen, materiellen und infrastrukturellen Verlusten, die die Ukraine durch den Einsatz von russischen nicht abwehrbaren Hyperschall-, Laser-, Plasma-, elektromagnetischen u. a. Waffen realistisch zu erleiden haben. Obwohl sich nachweislich eine militärtechnische Überlegenheit der RF bei kriegsbestimmenden Waffensystemen auf dem Gefechtsfeld (die sich trotz der über 20 000 westlichen Sanktionen) ergeben hat, wollen die europäischen Verbündeten

und die Ukraine eine nicht vorhandene militärische und ökonomische Schwächung sowie politische Isolation Rußlands festgestellt haben. Sie unterschätzen die Unterstützung des Irans, der DVRK, Kubas und Indiens u. a. Staaten. Chinesische Halbleiter, Komplettierungsteile, Militärtechnologien, Ersatzteile und eine große Palette an doppelnutzbaren Erzeugnissen werden auf Anforderung geliefert; Iran handelt im Bereich von ballistischen Raketen und Drohnen und bezieht im Gegenzug moderne russische LV-Mittel; die Nordkoreaner liefern ballistische Raketen, Artilleriesysteme, Munition und stellen gut ausgebildete Soldaten, aber auch Arbeitskräfte gegen Lebensmittel und neue Technologien; Indien kauft große Mengen an preiswertem russischen Öl, liefert Waren für die Bevölkerung der RF und nimmt an einer intensiven militärischen Zusammenarbeit mit Rußland teil; Kuba schickt gut ausgebildete Soldaten an die Südfront in der Ukraine.

Der kollektive Westen sieht sich selber auf einem aufsteigenden Ast und hat vor, seine militärischen Kräfte (Aufstellung einer multinationalen Truppe für die Ukraine, beschlossen in Berlin am 15.12.25) so aufzuteilen, daß sie die Ukraine in den Richtungen Odessa, Charkow und Belarus vor russischem Zugriff schützen können. Wie unrealistisch die Realisierung dieses Planes ist, kann man daran erkennen, daß die bereits durch Frankreich und GB im Südosten der Ukraine eingesetzten militärischen Kontingente total vernichtet oder festgesetzt wurden (Gefangene NATO-Soldaten, darunter auch ein US-General, wurden im russischen TV besprochen), daß die Hafenanlagen Odessas völlig zerstört und die Ukraine dadurch kaum noch einen funktionierenden Schiffszugang mehr zum Schwarzen Meer hat. Auch die im Charkower Gebiet zur Unterstützung eingesetzten polnischen u. a. NATO-Kräfte, darunter auch deutsche, sowie Söldner, mußten ihre Ziele mit blutigen Nasen aufgeben. Auch für die nahe Zukunft sieht es für die westlichen Truppen nicht besser aus, denn die SK der RF stellen an der Südfront ca. 200 000 Mann aus den gut ausgerüsteten Reserven zur Bekämpfung dieser zukünftig vorgesehenen „Friedenstruppen“, die von Rußland nicht geduldete NATO-Truppen sind, bereit und im eingekreisten Charkower Gebiet sollen es sogar 400 000 Mann sein. Den vorgesehenen 80 000 Mann „NATO-Friedenstruppen“ werden so rund um Odessa 150 000 Soldaten der SK der RF mit 25 000 eingebundenen Kubanern und im Charkower Gebiet kampferfahrene

Reserven der RF-SK mit 30 000 Soldaten der DVRK bei Notwendigkeit gegenüberstehen.

Wieder einmal basiert die Bewertung des militärischen Kräfteverhältnisses und der technischen Überlegenheit im Ukraine-Konflikt auf einer Fehleinschätzung der Ukraine und der handelnden Willigen. Im bisherigen Verlauf des Krieges starben hunderttausende ukrainische Soldaten (Putin: allein 2025 gab es 500 000 Tote in der Ukraine), Tausende versöldnete Polen und Rumänen sowie Hunderte US-Amerikaner, Briten, Franzosen und auch deutsche Führungskräfte. Spezialtruppen sowie Bedienungs- und Wartungspersonal sowie Söldner aus der ganzen Welt wurden in den Kämpfen oder in ihren verbunkerten Unterkünften und Basen vernichtet oder gefangengenommen. Viele ausländische Söldner der Ukraine verließen und verlassen daraufhin fluchtartig das Land und schwächen damit zusätzlich die ukrainische Verteidigung. Natürlich gab es auch hohe, wenn auch wegen einer überlegteren Kampfführung wesentlich geringere personelle Verluste bei den SK der RF.

Was die massenweise Lieferung von westlichen Waffen betrifft, so wurden allein im November und Dezember letzten Jahres in den Karpatentunneln, der Hauptlieferstrecke für US-Hightech-Waffen, 10 neue „Patriot“- und weitere westliche Luftverteidigungskomplexe, viele Flughäfen (auch mit F-16), in- und ausländische Betriebe zur Raketen- und Drohnen-Produktion und Wiederherstellung sowie Energie-Anlagen in der gesamten Ukraine funktionsunfähig gemacht. Über 80 % der bereitgestellten westlichen Waffenlieferungen wurden bereits auf den Transportrassen in Polen oder in den ukrainischen Aufbereitungszentren vor ihrem Fronteinsatz durch modernisierte Geran-Drohnen, Iskander-Raketen und nicht zuletzt durch Hyperschall-Kinshal-Flugkörper (10 Mach) unbrauchbar gemacht. Ein Kessel nach dem anderen wurde und wird durch die SK der RF mittels moderner Sturmtruppen und selbstlenkender Gleitbomben verschiedener Kaliber „aufgelöst“ (*Scott Ritter Anfang Dezember 2025 bei YouTube*).

Solchen Fähigkeiten der SK der RF können die NATO und die Ukraine nichts Wirksames entgegensetzen. Damit sind alle wertvollen und somit zu schützenden Objekte in der Ukraine, aber auch in den NATO-Ländern, ohne sicheren Schutz. Die USA verlieren dazu noch ihr Image für diese Waffensysteme auf dem Waffenmarkt. Die RF gewinnt durch diese und ähnliche Operationen, deren Veröffentlichungen in den westlichen Medien unterdrückt oder verfälscht werden sowie mit ihren effektiven und derzeit nicht abwehrbaren Hightech-Waffensystemen zusätzliche Trümpfe für bevorstehende Friedensverhandlungen.

Ob es den als „Friedenstruppen“ getarnten NATO- und Willigen-Einheiten, wie beim Gegner politisch gewollt, gelingt, mit ihrer durchlässigen Luftverteidigung und ihren begrenzten Truppenkontingenten große Teile der Ukraine zu besetzen und so die NATO-Osterweiterung auf die Ukraine auszudehnen, d. h. eine „militärische Friedenslösung“ bei Ausschaltung der russischen Truppen zu erreichen, scheint mehr als unrealistisch zu sein, denn bei den dort agierenden russischen SK handelt es sich um kriegserfahrene, erfolgreiche und gut ausgerüstete sowie standhafte Truppen.

Was könnte die Diplomatie bei Friedenslösungen für den Ukraine-Konflikt leisten?

Diplomatische Lösungen können effektiver und risikoärmer sein, konnten sich aber bisher nicht durchsetzen. In seinem Brief an den Kanzler der BRD, Friedrich Merz, hat der international bekannte amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs am 17.12. Vorstellungen unterbreitet, wie Diplomatie den Krieg in der Ukraine beenden könnte (*ausschnittsweise, gekürzt*):

Er führte aus, wenn Kanzler Merz europäische Sicherheit will, so müsse er Verantwortung übernehmen und das bereits in der Schlußakte von Helsinki verankerte Grundprinzip der europäischen Sicherheit umzusetzen.

Deutschland ist verpflichtet, diesem Moment mit Ernst und Ehrlichkeit zu begegnen. In dieser Hinsicht bleibt die jüngste Rhetorik von Kanzler Merz gefährlich hinter den Erwartungen zurück. Seit 1990 wurden Rußlands zentrale Sicherheitsbedenken auch durch Deutschland wiederholt ignoriert, verwässert oder direkt verletzt. Diese Geschichte darf aber nicht ausgelöscht werden, wenn der Krieg in der Ukraine beendet werden soll und wenn Europa einen permanenten Konfrontationszustand vermeiden will.

Vor diesem Hintergrund klingen Forderungen nach immer mehr Waffen, immer größerer „Entschlossenheit“ hohl. Kanzler Merz fordert Europa auf, die jüngste Vergangenheit zu vergessen, um eine Zukunft permanenter Konfrontation zu rechtfertigen. Die Europäer sind durchaus in der Lage zu verstehen, daß Sicherheitsdilemmata real sind, daß NATO-Aktionen Konsequenzen haben und daß Frieden nicht dadurch erreicht wird, daß man so tut, als gäbe es Rußlands Sicherheitsbedenken nicht. Die europäische Sicherheit ist unteilbar. Diplomatie ist keine Beschwichtigung und historische Ehrlichkeit kein Verrat. Einst hatte Deutschland dies verstanden, denn die damalige Ostpolitik war keine Schwäche, sondern strategische Reife. Es wurde erkannt, daß Europas Stabilität von Dialog, Rüstungskontrolle, Wirtschaftsbeziehungen und der Achtung der legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands abhängt. Deutschland braucht diese Reife heute

erneut. Das Land darf nicht länger so auftreten, als seien Kriege unvermeidbar. Die BRD muß wieder eine europäische Sicherheitsarchitektur aufbauen, die Rußland einschließt. Letztere erfordert ein unmißverständliches Ende der NATO-Osterweiterung entlang der russischen Grenzen.

Sicherheit in der Ukraine wird nicht durch die Stationierung deutscher, französischer oder anderer europäischer Truppen erreicht, da diese die Spaltung nur vertiefen und den Krieg verlängern würde. Stabilität wird durch Neutralität erreicht, gestützt auf glaubwürdige internationale Garantien. Die Geschichte ist eindeutig: Weder die Sowjetunion noch die Russische Föderation haben in der Nachkriegsordnung die Souveränität neutraler Staaten verletzt – weder Finnlands, Österreichs, Schwedens, die der Schweiz, noch anderer. Neutralität funktionierte, weil sie legitime Sicherheitsbedenken aller Seiten berücksichtigte. Es gibt keinen triftigen Grund, anzunehmen, daß sie nicht erneut funktionieren kann. Weiterhin erfordert Stabilität Entmilitarisierung und Gegenseitigkeit. Russische Streitkräfte müssen von den NATO-Grenzen ferngehalten, und NATO-Streitkräfte – einschließlich Raketenbasen – müssen von den russischen Grenzen ferngehalten werden. Grenzregionen sollten durch überprüfbare Abkommen entmilitarisiert und nicht mit immer mehr Waffen überhäuft werden. Sanktionen sollten im Rahmen einer Verhandlungslösung aufgehoben werden; denn sie haben keinen Frieden gebracht und der europäischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Die Wiederbelebung der deutschen Industrie durch rechtmäßigen, auf Verträgen beruhenden Handel mit Rußland ist keine Kapitulation, sondern wirtschaftlicher Realismus. Europa sollte seine eigene Produktionsbasis nicht im Namen moralischer Rhetorik von wem auch immer zerstören. Schließlich muß Europa zu den institutionellen Grundlagen seiner eigenen Sicherheit zurückkehren.

Europa sollte auf eine Rückkehr zu umfassenden strategischen Verhandlungen und zur nuklearen Rüstungskontrolle unter Beteiligung der Vereinigten Staaten und Rußlands – und später auch Chinas – drängen. Die Analogie zwischen Kosovo und Ukraine muß anerkannt werden: Grenzen wurden in Europa bereits mit westlicher Unterstützung verschoben. Grenzen werden verschoben. Das Streben nach Frieden muß unantastbar sein. Und das Wichtigste: Lernen Sie Geschichte, Herr Bundeskanzler!

Diese realistischen Positionen von Jeffrey Sachs sollten ein Leitfaden für den politischen Kampf aller in der Friedensbewegung vereinten Strömungen und für alle linken und antifaschistischen Kräfte in diesem Land sein.

Wasser statt Wässerchen

Oder wie mir der Staat hilft, gesunder und kriegstüchtiger zu werden

Meine Texte verfasse ich gerne auf dem Bettrand sitzend. Nun ist es so, daß aus dieser Kür eine Pflicht wurde, da mir mein Gesundheitszustand keine andere Wahl ließ. Richtig schlimm aber war, daß mein Hausarzt mir nahelegte, Alkoholika zu meiden. Nicht, daß ich sie brauchte, abhängig wäre, doch erst ein Verbot macht Verzicht richtig klar. Bisher neigte ich zu trockenem Rotwein, Silvester zu einem angemessenen „Sprudelwasser“ aus der Region Champagne sowie an diversen Geburtstagen diverser Freunde zu einem kleinen Trinkspruch, an dessen Ende ein russischer Wodka gekippt wurde. Die Betonung liegt auf „ein“. Nun also Verzicht. Schon zu DDR-Zeiten mochte ich Wodka lieber als die Alternativen und derer gab es einige, der Staat wußte, was die Bürger brauchten. Dabei bevorzugte ich die russischen Originale. Das waren im Wesentlichen zwei in Halbliterflaschen erhältliche Sorten, Stolitschnaja (der Hauptstädtische) und Moskovskaja (der Moskauer). 1979 lernte ich dann, während des Studentensommers in Moskau, noch den Stara Russkaja (den Alten Russen) als gängige Marke kennen. Als dann 1990 der Kapitalismus über uns und auch die Sowjetunion kam, trug er all seine Nachteile und scheinbaren Freiheiten im Gepäck. Doch will ich nicht meckern, es gab auch Vorteile. Unter anderem erreichten uns aus dem ehemaligen Mutterland der Werktätigen viele neue Wodkasorten. Natürlich auch aus anderen Ländern, z. B. Polen, den hatte ich vor 1990 in den vor Mangel ächzenden Regalen der DDR-Kaufhallen nicht entdeckt. Könnte sein, daß er in Polen dringender gebraucht wurde. Oder aus Frankreich, sauteuer und

irgendwie komisch. Frankreich habe ich nicht als Wodkaland in Erinnerung. Ich blieb lieber bei den russischen Wässerchen und entdeckte einige neue Sorten: Parlament (sowas traut sich der Bundestag nicht), Birken-, Tundra- und Fünf-Seen-Wodka usw. Dann kam 2022 der russische Einmarsch in die Ukraine. Gekämpft mit tausenden von Toten wurde ja bereits seit 2014, als die Kiewer Regierung beschlossen hatte, Teilen des eigenen Volkes die Stärke der ukrainischen Armee mit Panzern, großkalibriger Artillerie, Raketen und Bombern zu demonstrieren. Dabei wurde sie schon zu jener Zeit kräftig mit Beratern und Material von der NATO unterstützt. Rußland unterstützte die andere Seite. Nun also noch mehr Krieg. Um die Ukraine – das nach EU-Einschätzung 2018 korrupteste Land in Europa – und die Freiheit zu verteidigen, setzte ein Milliarden Euro verschlingender Nachschub der NATO für die „Freiheitskämpfer“ ein. Gleichzeitig wurde der russische „Aggressor“ mit Sanktionen aller Art belegt. Und in deutschen Landen beschloß man, fürderhin auf preiswertes russisches Öl und Gas zu verzichten, das in den letzten Jahrzehnten ein nicht unwesentlicher Faktor für die Prosperität der hiesigen Wirtschaft war. Rußland sollte in der Seele getroffen werden, und so verbannte man russischen Wodka aus Supermärkten und Einzelhandel. Wie immer bei solchen Aktionen kam es vor allem auf den politischen Schauwert an. Wie anders ist es zu erklären, daß auch schon vor 2022 mehr als 90 Prozent allen russischen Wodkas aus Lettland kam. Entweder holten die das Zeug selbst aus Rußland oder sie ließen es in anderen Ländern und in Lettland

produzieren. Die traurige Wahrheit ist, der „Hauptstädter“ und der „Moskauer“ Wodka entstehen nun in Riga oder gleich in den USA. Auf den noch ins Land kommenden Sorten „Alter Russe“ und „Fünf-Seen“ kann man klein gedruckt lesen: produced and bottled in Italy oder Spain. Mich erinnert das an die Ankündigung unseres Dorfkonzums auf dem Schwarzen Brett in den 60er Jahren: Echter Schweizer Käse aus der Sowjetunion. Das machte es mir leichter, mich trinktechnisch zumindest vorübergehend neu zu orientieren. Ich verlegte mich auf Mineralwässer. Die zählen schon seit Jahren zu den beliebtesten deutschen nichtalkoholischen Getränken. Außerdem scheint es ja eine gewisse deutsche Tradition zu geben. Immerhin investierte die SS auf persönliche Initiative ihres Chefs Heinrich Himmler einige Millionen Reichsmark in deutsche Mineralwässer, Apollinaris ist nur ein abschreckendes Beispiel von mehreren. Die Gänseweine sollten die schwarz gewandeten Totschläger vom übermäßigen Alkoholkonsum abbringen. Hat aber auch nur so halb geklappt. Auch in der SS soll es welche gegeben haben, die das Grauen, das sie selbst anrichteten, nur im Suff ertragen konnten. Also Obacht und Hände weg von solchen Marken. Außerdem sind, wenn ich der Stiftung Waren-test Glauben schenken darf, viele der aktuell beliebten Marken mit Ölresten verschmutzt. Schlägt der Russe zurück und schickt uns das Öl jetzt via Mineralwasser? Vielleicht besorge ich mir doch lieber wieder Wässerchen statt Wasser in den Tiefen des World Wide Web?

Uli Jeschke



KRIEGSHYGIENE

Ammoniak, dazu Salpetersäure.
Die Teile braucht es, wenn es krachen soll.
Den Mund weit auf und Ohren zu fürs teure
„Ritschratschbum mit Endergebnis: Hosen voll!“

Krieg ist Krankheit und kein Säuselvorgang,
Front ist Front und kein Kasernenhof.
Explosion verursacht Splittervorhang:
Beigabe zu Tod und Treudeutschdoof.

Zum Schlusskapitelabsatz Übermut,
Mit ungesundem Lebensende,
Passt besser Helm aus Stahl statt Hut.
Rüstungsproduzenten gehts stets gut:
In Unschuld waschen sie die Hände.

Lutz Jahoda

Armut ist nicht Sozialismus

Zbigniew Wiktor zeichnet den Weg Chinas zur Weltmacht bis 2007 nach

Das umfangreiche Buch Zbigniew Wiktors „China auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung“ erschien auf polnisch 2008 und wurde im „RotFuchs“ vom Mai 2009 bereits von Stefan Waryński rezensiert. Auf dem hinteren Buchdeckel der nun erschienenen deutschen Ausgabe ist ein Auszug daraus abgedruckt. Darin heißt es: „Das Verdienst des Wroclawer Gelehrten besteht vor allem darin, angesichts einer komplizierten und widerspruchsvollen Entwicklung nicht nur die richtigen Fragen aufgeworfen, sondern auch Lösungsansätze für künftige sozialistische Entwicklungen in Europa in die Diskussion eingebracht zu haben. Als polnischer Marxist-Leninist weist er darauf hin, daß man gerade angesichts der chinesischen Erfahrungen so manche liebgewordene Lehrmeinung früherer Jahre noch einmal auf den Prüfstand stellen müßte, um zur Führung künftiger sozialistischer Staaten den Blick für neue Überlegungen zu öffnen.“ Die deutsche Ausgabe wurde um einen Text des Autors zum XX. Parteitag der KP Chinas im Jahr 2022 und einen Auszug aus der Rede Xi Jinpings dort zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus ergänzt. Das Nachwort des Chinaexperten Uwe Behrens, der das Buch allen Interessierten dringend empfiehlt, ist mit August 2025 datiert.

Der Band führt mit seinen meisten Darstellungen zurück in die 2000er Jahre, enthält aber auch historische Texte zur Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert und zur Geschichte der KP. Im Mittelpunkt steht das rasante Wirtschaftswachstum des Landes bis 2007. Der Autor untersucht, welche Faktoren für das enorme Tempo entscheidend waren und welche widersprüchlichen Folgen die wirtschaftliche Umwälzung für die Eigentumsverhältnisse, die Klassenstruktur, die Armuts- und Reichumsverteilung im Land hatte. Ausführlich stellt er in fast lexikalischer Form die Verfassungsänderungen und das politische System Chinas dar. In diesen Abschnitten hat der Band den Charakter eines Handbuchs.

Vieles, was in den 2000er Jahren zu China in kommunistischen Parteien diskutiert wurde, erscheint heute überholt. Ein Beispiel ist die von Wiktor geschilderte Diskussion in der KP Polens, die 2006 zum Charakter Chinas und die Perspektiven einer Weltrevolution geführt wurde. Hier sei nur eine Ziffer genannt: Um das Jahr 2000 herum hatte sich das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP)

im Vergleich zu 1978, als Deng Xiaoping seine Politik der „Reform und Öffnung“ einleitete, auf etwa 1,2 Billionen US-Dollar vervierfacht. 2024 war es mit rund 18,7 Billionen Dollar 60 Mal so hoch wie damals. Anders gesagt: China selbst hat sich in den vergangenen 25 Jahren noch einmal tiefgreifend verändert, seine Stellung in der Welt ist völlig anders. Es zwingt die USA auch auf ökonomischem Gebiet zu Kompromissen, wie das Jahr 2025 gezeigt hat, und nimmt auf vielen technischen Gebieten eine Spitzenstellung ein.

Vor 20 Jahren drehte sich in den Diskussionen noch viel um „Globalisierung“, auch der Autor widmet dem Begriff mehrere Abschnitte, die heute gängige „Multipolarität“, deren Konzept Wladimir Putin 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz vortrug und damit im Westen Wut und Fassungslosigkeit auslöste, war noch nicht weit verbreitet. Wiktor schreibt allerdings an einer Stelle, es gebe eine Alternative zur Hegemonie der USA: „Es ist das Konzept und die Praxis einer multipolaren Welt.“

Der Verfasser behandelt dieses Thema im ersten von drei großen Kapiteln seines Buches. Es trägt die Überschrift „Chinas Widersprüche“, das zweite ist mit „Das politische System der Volksrepublik China“ überschrieben – es enthält vor allem Auszüge aus Dokumenten, das dritte heißt „Chinas Entwicklung und die Welt“. Es wurde zusammen mit dem emeritierten Professor der Polnischen Akademie der Wissenschaften Mieczyslaw Rakowski verfaßt. Es ist der interessanteste Abschnitt, weil er u. a. auf die Geschichte der KP Chinas und die Hintergründe des Bruchs mit der KPdSU – die Schuld weisen die Autoren vor allem Nikita Chruschtschow, dessen Revisionismus und seiner Annäherung an die USA zu – eingeht, aber kenntnisreich auch die Politik Mao Zedongs und Deng Xiaopings darstellt.

Wiktor führt hier auch ein berühmtes Zitat Dengs an, das für dessen von der Realität, nicht von Wünschen geleiteten Politik stehe: „Armut ist nicht Sozialismus und erst recht nicht Kommunismus. Die Überlegenheit des Sozialismus liegt darin, daß er auf die schrittweise Entwicklung der Produktivkräfte und die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes abzielt.“ Für China sei es „wichtig, am Marxismus festzuhalten, ebenso wichtig ist es, am Sozialismus festzuhalten“. Die KP Chinas, so Wiktor, habe aus diesen Annahmen geschlossen, „daß

die sozialistische Umgestaltung Chinas im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit zu weit fortgeschritten war“. Effizienter sei es, neben Großbetrieben, kleine individuelle zuzulassen, den Volkskommunen und Staatsunternehmen mehr Handlungsfreiheit zu geben und ausländisches Kapital, nicht zuletzt von Auslandschinesen, anzuziehen und damit moderne Technik. Wiktor schreibt: „Man kann sagen, daß es der chinesischen Führung gelungen ist, die Leninsche Taktik der NÖP-Zeit in großem Maßstab und mit großem Erfolg auf die staatliche Kontrolle des in- und ausländischen Kapitals, also des Staatskapitalismus, anzuwenden.“

Mehrfach betont der Autor, die Volksrepublik sei „nicht vom Weg des sozialistischen Aufbaus abgewichen“. Kritikern hält er entgegen, sie könne sogar „die Wiederherstellung des Sozialismus“ in den ehemals sowjetischen Republiken und früheren Volksdemokratien in Europa ermöglichen. Seine theoretische Schlußfolgerung aus dem Aufstieg Chinas lautet: Eine klassenlose Gesellschaft könne durch Vergesellschaftung in verschiedenen Formen verwirklicht werden, „daß es sich aber nicht um eine zentralisierte Wirtschaft handeln kann“. Wiktor spricht in diesem Zusammenhang vom jetzigen „Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologien“. Die Zukunftsprognosen von Marx und Engels beruhten weitgehend auf der Antithese zu den „Prinzipien der damaligen kapitalistischen Wirtschaft“, d. h. vor allem der Großindustrie. Deng habe den daraus entstandenen Dogmatismus der sozialistischen Länder, der auch eine Ursache ihrer Niederlage sei, überwunden. Die Weiterentwicklung der Grundsätze einer sozialistischen Gesellschaft verlaufe allerdings nicht ohne Fehler. Die seien in der äußerst komplexen inneren und äußeren Situation Chinas kaum zu vermeiden.

Wiktors kühne Thesen besagen: Sein Buch ist aktuell geblieben.

Arnold Schölzel

Zbigniew Wiktor: China auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung. Verlag Adam Marszalek, Toruń 2025, 488 Seiten, 29 Euro gebunden, 24 Euro Taschenbuch. Direktbezug: tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 2296 Ahrensburg

Neuordnung in der Nah- und Mittelostregion

Wenn es nach dem Willen des israelischen Premiers Netanjahu geht, so sollen die mit aktiver US-amerikanischer Unterstützung jüngst geführten Kriege Israels als Ausgangspunkt für die Neugestaltung der nah- und mittelöstlichen politischen Landkarte dienen. Unter der Führung des US-Präsidenten – so von ihm in dessen Beisein am 7. Juli 2025 im Weißen Haus postuliert –, würde dadurch nun die Chance gegeben sein, einen umfassenden Frieden in der Region zu schaffen. Eine inzwischen in Israel formal als zivilgesellschaftliche Organisation gebildete „Koalition für Regionale Sicherheit“ hat sich dementsprechend zur Aufgabe gemacht, mittels eines eigens dazu unter dem Titel „Abraham Shield“ vorgelegten Planes fleißig die Werbetrommel zu rühren. Erklärtermaßen fußend auf dem Grundsatz, wonach es historische Mission des Staates Israel sei, „die gewaltigen militärischen Errungenschaften in einen politischen Wendepunkt umzuwandeln“. Zentral bei alledem ist das weitere Vorantreiben der von Trump während seiner ersten Amtszeit unter dem Namen „Abraham Accords“ initiierten Kampagne zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Bei der es jedoch vom Kern her darum gehen soll, die bislang ungelöste Palästinafrage endgültig von der politischen Agenda verschwinden zu lassen, sowie gleichzeitig eine Anti-Iran-Koalition zu schmieden; zumindest so lange, wie sich dort das als mißliebig eingestufte Mullah-Regime an der Macht hält. So gesehen, ließe sich diese von Trump und Netanjahu nunmehr angestrebte regionale Neukalibrierung auch als Versuch werten, jene im Ergebnis des Ersten Weltkrieges und des damit einhergehenden Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches entstandene und die Region bis heute nachhaltig prägende Ordnung zu vollenden. Gemeint ist die von der damaligen Kolonialmacht Großbritannien 1917 gegenüber der zionistischen Bewegung gegebene Zustimmung, auf dem Boden des historischen Palästinas eine nationale Heimstatt für in Europa diskriminierte und verfolgte Juden errichten zu können. Diese seither als Balfour Deklaration firmierende und an damaligen britischen Interessen ausgerichtete Festlegung fungiert im Verständnis heutiger israelischer zionistischer Machteliten als erstes wichtigstes Staatsgründungsdokument. Als Beleg dafür, daß auf dem Boden des historischen Palästinas für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eigentlich kein Platz ist. Gar nicht zu reden davon, daß religiöse Zionisten diesen Anspruch noch mit der Bibel zu begründen suchen und darin von Evangelikalen in den

USA besonders vehement unterstützt werden.

Anstatt in der Palästinafrage, wie im Verhältnis zum Iran, nach einem fairen Interessenausgleich auf der Basis der friedlichen Koexistenz zu suchen, sollen unter Nutzung von Erfolgen auf dem Schlachtfeld neue Kräftekonstellationen verankert werden. Oder anders gesagt: Die im Ergebnis dieser Kriege erfolgte Schwächung der mit Iran in der sogenannten Widerstandsachse verbündeten islamistischen Gruppierungen, darunter insbesondere Hamas und Hizbollah, sowie von Iran selbst, soll dazu genutzt werden, die Vormachtstellung von USA und Israel in der Region nachhaltig zu zementieren. Was zugleich auch noch für die Geopolitik von erheblicher Relevanz ist. Offenkundig gilt die Region aus Sicht von Trump auch in der sich multipolarer ausrichtenden Welt für die USA nach wie vor als vitale Interessensphäre. Und dies erklärt sich allein schon im Hinblick auf die künftigen Auseinandersetzungen mit China und BRICS, die beide gerade auch hier wachsenden Einfluß gewinnen und hohes Ansehen genießen. Ebenso scheint es, daß Israel weiterhin wichtigster Verbündeter der USA in der Region bleibt und unter der Trump-Administration Bereitschaft besteht, Israels auch territoriale Erweiterungsinteressen realisieren zu helfen. Manche einschlägigen Analysten sehen dies alles bereits als eine Bestätigung für „die zentrale Rolle der Vereinigten Staaten als dominierender politischer und militärischer Faktor in der Region“.

Allerdings sollten die Begleitumstände dieser Kriege in ihren Wirkungen nicht unterschätzt werden. So muß sich erst noch zeigen, inwieweit es den USA und Israel tatsächlich gelingt, sich mit ihrem Kurs durchzusetzen. Was für sie wohl jedoch in erster Linie hieße, die Normalisierung der Beziehungen Israels zu den arabischen Staaten, darunter an erster Stelle zu Saudi-Arabien sowie überdies zu Syrien und Libanon, voranzutreiben.

Nolens volens werden USA und Israel jedoch nicht umhin kommen zu konstatieren, daß gerade wegen dieser Kriege ihr Ansehen stark gelitten hat. Daß nicht nur in der arabischen Welt, sondern im gesamten Globalen Süden ihre Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht und anderen internationalen Normen als Ausdruck westlicher Vorherrschaft sowie als Mißbrauch des Rechts des Stärkeren angesehen wird. Wie sie sich ebenso damit zu konfrontieren haben, daß sich gegen diese Kriege speziell auch auf Staatenebene in der Region deutlicher Widerstand geregt hat. Noch um so mehr angesichts des brutalen, jegliches humanitäres wie internationales Recht verletzenden, israelischen Vorgehens, einschließlich des Einsatzes von Hunger als

Waffe. Nahezu unisono ist der von Israel im Gaza-Streifen geführte Krieg als Völkermord verurteilt sowie dessen Krieg gegen Iran als völkerrechtswidrig zurückgewiesen worden. Gleichzeitig ist die Palästinafrage als Schlüsselglied für Frieden und Stabilität in der Region einhellig bekräftigt worden. Ägypten und Jordanien wehren sich mit Vehemenz gegen Versuche seitens Israels und den USA, Palästinenser, die in großer Masse vertrieben werden sollen, bei sich anzusiedeln. Dem Plan von Trump, den Gaza-Streifen zu übernehmen und ihn in eine Riviera des Nahen Ostens umzuwandeln, ist die Arabische Liga unter ägyptischer Federführung mit einem Gegenkonzept begegnet. Selbst der von den USA ins Amt gehievte Präsident Libanons wendet sich bislang gegen den Druck auf sein Land, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Aber auch die neuen Machthaber in Syrien, obwohl sich diese in starker Abhängigkeit vom Westen sehen, können kaum akzeptieren wollen, daß Israel im Verlaufe dieser Kriege seine Kontrolle auch über den restlichen Teil der Golan-Höhen sowie über weitere rund 500 km² im Südwesten Syriens widerrechtlich ausgedehnt hat.

Hinzu kommt, daß die arabischen Staaten selbst inzwischen einen Kurs für die Region verfolgen, der im Widerspruch zum US-amerikanisch-israelischen Hegemoniegebaren steht. Vielmehr bekennen sie sich ausdrücklich zu den in der UN-Charta verankerten Grundprinzipien des internationalen Zusammenlebens und sprechen sich für Dialog und Diplomatie zur Lösung der Streitfragen aus. Ein von Saudi-Arabien initiiertes Komitee ist damit beauftragt, einen gangbaren Weg zu einer tragfähigen Lösung der Palästinafrage zu eruieren. Weil ansonsten, wie alle bisherige Erfahrung zeigt, jeglicher Frieden nur eine Ruhephase zwischen zwei Kriegen bedeuten würde. Dieser auf Dialog und Diplomatie orientierte Kurs innerhalb der arabischen Welt zeitigt bislang vor allem im Verhältnis zum Iran seine Früchte. Und zwar basierend auf dem durch China im März 2023 zwischen Saudi-Arabien und Iran vermittelten Ausöhnungsabkommen. Seither stehen nicht nur die Machteliten dieser beiden Länder in einem zusehends engeren Beziehungsverhältnis und Meinungs austausch. Immerhin hat Saudi-Arabien, welches von Netanjahu als Schlüsselland für den angestrebten Frieden in der Region angesehen wird, Israel im Gaza-Krieg des Völkermordes beschuldigt sowie den Iran-Krieg als eklatanten Verstoß gegen die in der UN-Charta fixierten internationalen Normen verurteilt.

Karin Kulow

Redaktionell gekürzt

Quelle: Zeitschrift für marxistische Erneuerung Z 143 (September-Heft 2025)

Befreiungsbewegungen als Terroristen

Im Jahr 2007 erschien in Italien das Buch „Il linguaggio dell' Impero. Lessico dell' ideologia americana“ des marxistischen Historikers und Philosophen Domenico Losurdo, auf Deutsch wurde es 2011 unter dem Titel „Die Sprache des Imperiums“ veröffentlicht.[1] Darin geht Losurdo unter anderem auf die Instrumentalisierung des Begriffs Terrorismus durch die Staaten des Westens und insbesondere der USA ein. Als Beispiele dienen ihm die seit 1967 andauernde israelische Besetzung des Westjordanlandes sowie des Gazastreifens, der Krieg Israels gegen die Hisbollah im Libanon und die Unterwerfung des Irak durch die USA. Seine Aussagen haben angesichts des Angriffs der palästinensischen Hamas auf Israel und des darauf folgenden Genozids Israels an der Bevölkerung Gazas neue Aktualität erhalten. Die Hamas und die anderen am Angriff des 7. Oktober 2023 beteiligten palästinensischen Organisation werden in nahezu allen Medien als „terroristisch“ bzw. „Terrororganisationen“ gebrandmarkt. Das ist alles andere als neu. Der italienische Historiker und Philosoph beschrieb bereits 2007 die Absicht dahinter: „Die beharrliche, obsessive Anprangerung des ‚Terrorismus‘ zielt nur darauf ab, jede Form des Widerstands gegen die militärische Okkupation zu kriminalisieren, nicht den Konflikt einzuschränken oder seine Verhinderung zu verhindern.“

Vor allem die USA haben die Praxis entwickelt, ihnen mißliebige Personen, Organisationen, ja ganze Staaten als terroristisch zu kennzeichnen und sie damit dem Abschluß freizugeben. So wurde Nelson Mandelas Name von der „US terrorist lists“ erst wenige Tage vor seinem 90. Geburtstag 2013, kurz vor seinem Tod, gestrichen. In den achtziger Jahren waren er sowie der African National Congress (ANC) auf diese Liste gekommen. Daß in der Zwischenzeit durch den Kampf des ANC unter Führung Mandelas die Apartheid abgeschafft und er zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt sowie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, spielte keine Rolle. Für Washington blieb er Terrorist! In seiner ersten Präsidentschaft setzte Trump sogar Kuba auf die Terrorliste. Auch der Iran, Nord-Korea und Syrien befinden sich dort. Joe Biden beließ es dabei. Erst wenige Tage vor Ende seiner Präsidentschaft nahm er Kuba von der Liste, in der Gewißheit, daß Trump es wieder draufsetzen würde. Und so kam es auch.

Man kann inzwischen von einer wahren Terrorismusinfektion sprechen: „Der terroristische Gebrauch der Kategorie Terrorismus findet seinen Höhepunkt in Palästina. Wie ein Dozent der jüdischen Universität von Jerusalem anmerkt, schließt

die israelische Regierung in die Aufzählung der ‚feindlichen Terroranschläge‘ auch den ‚Steinwurf‘ mit ein. Aber wenn der palästinensische Junge, der Steine werfend gegen die Okkupation protestiert, ‚Terrorist‘ ist, sollen wir dann den israelischen Soldaten, der ihn erschießt, als Helden des Kampfes gegen den Terrorismus betrachten? (...) Nach Losurdo „ist es kein konkretes Verhalten (die Miteinbeziehung oder die Ausparung der Zivilbevölkerung), das die Grenzlinie zwischen Terrorismus und Gegenterrorismus bestimmt. Sie fällt vielmehr mit der Grenzlinie zwischen Kultur und Barbarei, zwischen Orient und Okzident zusammen. Die Machthaber, die souverän darüber entscheiden, wer die Barbaren sind, entscheiden genauso souverän darüber, wer die Terroristen sind. Anlässlich der Nahostkrise vom Sommer 2006 sind, nach der großen Tagespresse zu schließen, die von der libanesischen Hisbollah in einer militärischen Operation gefangen genommenen israelischen Soldaten ‚Entführte‘, von den ‚Terroristen‘ ‚Verschleppte‘, die zu ihren ‚Geiseln‘ geworden sind. Die demokratisch gewählten palästinensischen Abgeordneten und Minister, die vom israelischen Heer manchmal mitten in der Nacht und noch im Schlafanzug, ohne Widerstand zu leisten, in ihren Wohnungen abgeholt wurden, sind dagegen ‚verhaftet‘ worden. Von Israel und von den Vereinigten Staaten (aber nicht von Rußland und China) wird die Hisbollah als terroristisch abgestempelt (die EU hat 2013 ihren militärischen Arm als terroristisch eingestuft, A.W.): Sie hat sich im Verlauf des Kampfes gegen die israelische Besetzung des Südens des Landes formiert, die sich, zusammen mit der wiederholten Verletzung des Luftraums und der Hoheitsgewässer, von 1982 an über achtzehn Jahre und mehr hingezogen hat; weil sie im Volk verwurzelt ist und wegen ihrer Fähigkeit, militärische und politische Aktion miteinander zu verbinden, ist diese Gruppe oft mit den vietnamesischen Guerillakämpfern verglichen worden. Sollen wir eine der größten Befreiungsbewegungen der Zeitgeschichte als terroristisch und als Protagonistin eines gegenterroristischen Kampfes die Supermacht betrachten, die ein ganzes Volk mit Bomben und Dioxin übersät hat? Diese Argumentationsweise hätte Schmitt (gemeint ist der NS-Jurist Carl Schmitt, A.W.) nicht mißfallen, dem großen Theoretiker des kolonialen ‚Gegenterrors‘, der seinerzeit auf diese Weise auch die Feldzüge Mussolinis in Äthiopien und Hitlers in Osteuropa gerechtfertigt hatte.“

Losurdos schließt daraus: „Zur Erklärung ihres einzigen Berührungspunktes (die ‚Mörder‘ bzw. die ‚Terroristen‘ sind jedenfalls bei den Kolonialvölkern zu suchen, und es ist gerechtfertigt oder zumindest

verständlich, gegen sie zu jeder Art von Waffen zu greifen) kann eine Betrachtung Lenins dienen: für die Großmächte sind ihre Kolonialexpeditionen keine Kriege und das nicht nur wegen des enormen Mißverhältnisses der Kräfte zwischen den beiden Lagern, sondern auch, weil die Opfer ‚nicht einmal als Völker angesehen werden (irgendwelche Asiaten, Afrikaner – sind das etwa Völker?)‘. Die Weigerung also, diejenigen als Frontkämpfer zu betrachten, die dem Westen Widerstand leisten, ist Ausdruck der mehr oder weniger ausgeprägten Tendenz zu ihrer Entmenslichung. In diesem Sinn können wir die Stellungnahme des damaligen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld verstehen, wonach sich im Irak nur ‚Kriminelle, Verbrecherbanden und Terroristen‘ (thugs, gangs and terrorists) gegen die von Washington geschickten Truppen auflehnten. So drückt sich der Hauptverantwortliche für das Inferno von Guantánamo und Abu Ghraib aus: zwischen der hier in die Tat umgesetzten Entmenslichung und den zornigen ‚Gegenterror‘-Erklärungen besteht vollkommene Folgerichtigkeit.“

Andreas Wehr
Redaktionell gekürzt

[1] *Die Sprache des Imperiums. Ein historisch-philosophischer Leitfaden, Köln 2011.*

Quelle: www.andreas-wehr.eu, Newsletter Oktober 2025

Unsere herzlichen Glückwünsche
gehen an

Klaus-Dieter Jäschke,

der am 14. Januar seinen
80. Geburtstag begeht.

Lieber Klaus-Dieter, als Vorsitzender der Regionalgruppe Bernau kannst Du auf ein erfolgreiches Wirken zurückblicken. Wir danken Dir für Dein engagiertes Wirken bei der Organisierung und Gestaltung offener Bildungs- und Gesprächsangebote in Deiner Region, bei der antifaschistischen Traditionspflege und dem Zusammenwirken mit dem „Territorialen Bündnis Bernau“. In fester Verbundenheit grüßen Dich

Redaktion und Vorstand

Afghanistan im Jahre 2025

Am 15. August 2025 haben die Taliban den 4. Jahrestag ihres Sieges über die US-Armee und ihre Verbündeten gefeiert. Wie sieht die Situation am Hindukusch unter ihrer Herrschaft heute aus?

Am markantesten widerspiegelt sie sich in der Lage der Frauen im Land.

Frauen sind nach wie vor aus dem öffentlichen Leben verbannt. Durch das sogenannte Tugendgesetz (Erlaß) ist fast alles verboten, was ihr Leben lebenswert macht. Um die drastischen Maßnahmen gegen Frauen flächendeckend kontrollieren zu können, wurden 3300 Inspektoren (Schläger) eingestellt, berichtete kürzlich die UN-Mission für Afghanistan. Männer hingegen müssen Bärte sowie einen Hut oder Turban, Schüler und Studenten eine islamisch kompatible Uniform tragen. Anzüge und Krawatten gelten als unislamisch. Selbst ein Denksport wie Schach gilt als unislamisch und ist verboten worden.¹ Nach Angaben der Internationalen Organisation für Arbeit (FAO) ist die Beschäftigungsquote für Frauen von 16 % auf aktuell nur noch 5 % gefallen.² Es gibt im Lande Millionen Witwen, die alleinige Ernährerinnen ihrer Familien sind. Im heißen Sommer von Kabul müssen manche Haushalte bis zu 30 % ihres Einkommens für Wasser ausgeben.³ Fast die Hälfte der afghanischen Bevölkerung (22 Millionen) ist nach UN-Angaben auf humanitäre Hilfe angewiesen.⁴ Außerdem sind bis zu 15 Millionen Menschen akut von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen.⁵ Das Talibanregime ist nicht in der Lage, sich um die Millionen Rauschgiftsüchtigen zu kümmern. Es hat lediglich 115 000 Menschen von der Straße geholt und in einem – einer Haftanstalt ähnlichen ehemaligen US-Stützpunkt, als Klinik deklariert, die im Volksmund „Camp Phoenix“ heißt – eingesperrt. Afghanistan hat weltweit die meisten Süchtigen. Nach einer Studie von „The Lancet“ aus dem Jahr 2024 konsumieren in den Städten 7 % der Männer und 3 % der Frauen Drogen.⁶ Pakistan, Iran und die Türkei haben inzwischen mehrere Millionen afghanische Migranten ausgewiesen. Das Talibanregime verspricht diesen Menschen Land

und Unterkunft, aber in der Realität gelten sie, wenn sie keine Angehörigen haben, als vogelfrei und sind somit auf internationale Hilfe angewiesen. Das Regime macht daraus sogar Werbung für sich. Der Leiter des Büros des Ministerpräsidenten, Sakerullah Saker, brüstete sich, daß diese Arbeitsmigranten freiwillig nach Afghanistan zurückgekehrt seien. „Afghanistan ist das gemeinsame Haus aller Afghanen und jeder Afghane hat das Recht, respektvoll und in Sicherheit dort zu leben“, berichteten afghanische Medien Anfang Februar 2025.

Außenpolitisch hat das Talibanregime inzwischen an Akzeptanz gewonnen. Im Juli 2024 hat der russische Präsident Wladimir Putin es als „Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus“⁷ bezeichnet. Nach einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur TASS hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Taliban von der Terrorliste gestrichen. Das verkündete der Richter Oleg Nefjodow am 17. April 2025.⁸ Die arabischen Scheichtümer, die mittelasiatischen Republiken, Pakistan, Iran, Indien, die Türkei, VR China, Rußland und sogar Japan sind in Kabul auf Botschafterebene vertreten. Die diplomatische Isolation seitens der westlichen Staaten hat den Menschen in Afghanistan im Prinzip gar nichts gebracht. Eher sogar das Gegenteil bewirkt und spielt den Hardlinern um den Talibanchef Hibatullah Achundzada und seinem Obersten Richter Abdul Hakim Haqqani in die Hände, die sich auf die westliche Feindseligkeit berufen und immer weitere drastische Maßnahmen vor allem gegen Frauen verkünden. Der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof (ISTGH), Karim Khan, hat am 23. Januar 2025 gegen diese Talibanfunktionäre einen Haftbefehl beantragt, und das Gericht hat am 13. Juli 2025 einen Haftbefehl gegen sie erlassen.⁹ Dies alles bleibt jedoch für die Afghanen folgenlos. Der Führer Hibatullah Achundzada tritt nie öffentlich auf und verläßt auf keinen Fall seine Unterkunft in Kandahār. Seine Reden werden ohne Bild ausgestrahlt. Deswegen munkeln die Afghanen, ob es ihn überhaupt gäbe oder ob er eher ein Phantom sei.

Afghanistan oder Talibanistan?

„Ob die internationale Gemeinschaft unsere Regierung anerkennt oder nicht, hat

für uns keine Bedeutung“¹⁰, bemerkte selbstbewußt der amtierende Innenminister des Taliban-Regimes, Serajuddin Haqqani, im Juli 2023. Wenn jetzt auf internationaler Ebene der Ruf laut wird, den Druck auf das Regime am Hindukusch zu erhöhen, „geht das in die falsche Richtung. Das Gegenteil ist richtig.“¹¹ Die Aussage von Haqqani und der Tugenderlaß zeigen in aller Deutlichkeit, wie wenig Ächtung und Sanktionen bei den Taliban bewirken. „Druck mag dem Ausland das wohlige Gefühl geben, dem Bösen’ mutig entgegenzutreten. Bei den Taliban erzeugt das jedoch allenfalls Trotz. Und den Frauen Afghanistans ist kein bißchen geholfen. Denn sie leiden am meisten unter der wirtschaftlichen Misere und internationaler Isolation.“¹² „Beide Füße in einen Stiefel passen nicht“, besagt ein afghanisches Sprichwort, wie es die westlichen Staaten versucht haben.

Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das Taliban-Regime in absehbarer Zeit eine afghanische Realität bleiben wird. Als der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer darauf angesprochen wurde, warum er so viele Angehörige des ehemaligen faschistischen Staates in seiner Regierung aufgenommen habe, bemerkte er: „Man schüttet kein schmutziges Wasser weg, solange man kein sauberes hat.“ Uns Afghanen geht es genauso. Die einzige militante Organisation, die dem Regime etwas Ärger bereitet, ist der Islamische Staat Khorasan (ISKH), deren Zahl von der UNO auf 2000 bis 3500 geschätzt wird.¹³ Sie terrorisieren die schiitische Minderheit der Hasara und töten ab und zu Taliban-Funktionäre. Aber eine ernstzunehmende Gefahr sind sie nicht. Auch das jährliche Treffen der alten Räuberbanden¹⁴ und von Überresten des Karzei und Ghani-Regimes, die sich auf Einladung einiger österreichischer Träumer in Wien um den selbsternannten Führer des nationalen Widerstands unter der Führung von Ahmad Masud versammeln,

10 Afghanistan International TV, 20.7.2023.

11 Haneke, Alexander: Druck ist zwecklos, a.a.O.

12 Ebenda.

13 Vgl. Böge, Friederike: Taliban gegen „Islamischen Staat“, in: FAZ, 9.9.2024, S. 5.

14 Nach Recherchen des BBC-Journalisten Sir Kakar haben allein zehn Personen aus dem engsten Dunstkreis von Karzei und Ghani hunderte Millionen Dollar geraubt und in den arabischen Scheichtümern u.a. in Dubai in Immobilien investiert. Vgl. Afghanistan International-TV, 22.5.2024 und Facebookseite von Matin Baraki. Karzei plädierte öffentlich für einen solchen Diebstahl, nur sie sollen doch bitte das Geld im Lande investieren. Siehe dazu Facebookseite von Matin Baraki.

1 Schachmatt in Afghanistan, in: FAZ, 13.5.2025, S. 27.

2 Böge, Friederike: Sie trotzen den Verboten der Taliban, in: FAZ, 2.5.2025, S. 3.

3 Stilles Massensterben in Afghanistan, in: FAZ, 23.6.2025, S. 6.

4 Glas, Othmar, In der Abwärtsspirale, in: FAZ, 22.2.2025, S. 8.

5 Schäfer, Luca: Afghanistan vor Kollaps, in: JW, 25.3.2025, S. 9.

6 Böge, Friederike: Süchtig in Kabul, in: FAZ, 10.6.2025, S. 9.

7 Rußland: Taliban von Terrorliste gestrichen, AFP, 18.4.2025.

8 Ebenda.

9 Steinke, Ronen u.a.: Strafgerichtshof geht gegen Taliban-Führer vor, in: SZ, 24.1.2025, S. 6.

ist nichts außer Palaver und endet mit Selbstlob. „Langfristig führt kein Weg an den Taliban vorbei, wenn man nicht zusehen will, wie das Land abermals verelendet und zum Rückzugsort für Terrorgruppen wird.“¹⁵ Auch die USA haben inzwischen den Ernst der Lage erkannt und arbeiten bei der Terrorbekämpfung und bei der Zurückdrängung der Rauschgiftproduktion mit dem Taliban-Regime zusammen.

Die afghanische Diaspora und die internationalen Kritiker des Talibanregimes bleiben immer noch eine seriöse Antwort schuldig, wie sich die Lage von Mädchen und Frauen verbessern könnte, ohne mit den Herrschern am Hindukusch zu sprechen. Die westlichen Länder sollten versuchen „neue Gesprächskanäle aufzubauen, um doch noch irgendwie Einfluß zu nehmen“¹⁶. Der SPD-Politiker und Vorsitzende des Afghanistan-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Ralf Stegner, empfahl gegenüber dem *Tagesspiegel* vom

15 Böge, Friederike: Spricht mit den Taliban, in: FAZ, 15.8.2024, S. 1.

16 Haneke, Alexander: Druck ist zwecklos, a.a.O.

16. August 2024 eine moderate Kurskorrektur der deutschen Afghanistanpolitik. Niemand verlange, „daß wir der Taliban-Regierung einen roten Teppich ausrollen und Diplomaten nach Afghanistan schicken“¹⁷. Ratsam wären jedoch bessere Kontakte nach Kabul, „wenn wir für die Menschen dort etwas erreichen wollen“¹⁸. Irgendwann muß auch die Bundesregierung auf die Taliban zugehen. „Botschafter tauscht man nicht nur mit Freunden aus – und Deutschland hat in Afghanistan klare Interessen: Denn die Taliban konnten dem Land, Repression hin oder her, immerhin Stabilität bringen“¹⁹, wie Alexander Haneke von der *FAZ* betont. Die Russische Föderation hat als erster Staat der Welt am 4. Juli 2025 die Regierung der Taliban offiziell anerkannt und ihre Botschafter in Moskau akkreditiert.²⁰

17 Stemmler, Kristian: Stegner mahnt Hilfe für Afghanen an, in: JW, Berlin, 17./18.8.2024, S. 4.

18 Ebenda.

19 Haneke, Alexander: Mit den Taliban, in: FAZ, 15.2.2025, S. 8.

20 Viele Taliban-Botschafter sind nicht schreibkundig. Statt einer Unterschrift leisten sie einen Fingerabdruck.

Wer sich weigert, mit den Taliban zu sprechen, hat überhaupt keinen Einfluß auf das, was in dem Land passiert. Ich spreche bewußt nicht von den gemäßigten Taliban, die es kaum gibt. Aber es gibt realistische Kräfte auf der Führungsebene, die man u.a. mit einer projektgebundenen Entwicklungshilfe für Gespräche und Zusammenarbeit gewinnen könnte. Deren Einfluß zu stärken ist ein wichtiger Schachzug und könnte die Kräfteverhältnisse innerhalb der Taliban verändern. Dies wäre sowohl national als auch international von großer Bedeutung.

Dr. Matin Baraki

Unser RF-Autor lehrte „Internationale Politik“ an den Universitäten Gießen, Kassel, Fulda, Münster am Institut für Politische Wissenschaften, am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) und am Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg. Er ist auch Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg und Autor des Buches: „Afghanistan: Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg“, Köln 2023.

Al-Dscholanis Rückkehr Ein Jahr nach dem Sturz von Assad

Als der syrische Präsident Baschar Al-Assad vor einem Jahr angesichts einer vom Ausland unterstützten dschihadistischen Blitzoffensive nach Rußland floh, trauerten wohl nur die engsten Begünstigten des alten Regimes der nach sechs Jahrzehnten beendeten Baath-Herrschaft nach.

Den Zusammenbruch der syrischen Armee allein mit Verrat zu erklären, greift zu kurz. Nach fast 14 Jahren des vom Westen, von der Türkei, arabischen Staaten sowie Israel mit Söldnern, Waffen und Luftangriffen befeuerten Bürgerkrieges und einem dem Land auferlegten Embargo war der Rückhalt der Führung in Damaskus an einem Tiefpunkt angelangt. Assad stützte sich zuletzt auf schiitische Milizen und iranische Militärberater – ein sektiererisches Projekt in den Augen der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit, aus der sich die Masse der Soldaten rekrutierte.

Die vor einem Jahr an die Macht gekommenen Dschihadisten haben seitdem Tausende Alawiten und Drusen massakriert. Daß ausgerechnet der von seinen Warlords

zum Übergangspräsidenten ausgerufene frühere Al-Qaida-Führer Abu Mohammed Al-Dscholani, der sich nun im Anzug wieder bürgerlich Ahmed Al-Scharaa nennt, Syrien zur inklusiven Demokratie führen würde, glaubte wohl niemand ernsthaft. Die ihm von seinen ausländischen Förderern zugedachte Aufgabe bestand vielmehr darin, iranischen Einfluß zu beseitigen und zum Landraub Israels in Südsyrien zu schweigen. Mit einem zentralistischen Staatsaufbau, der den Realitäten des levantinischen Bevölkerungsmosaiks widerspricht, erscheint das neue Syrien als islamistische Kopie des gestürzten säkularen Polizeistaates.

Aus einem im März unter US-Vermittlung zwischen dem starken Mann der nord- und ostsyrischen Autonomieregion, General Mazlum Abdi, und Al-Scharaa geschlossenen Abkommen über die Integration der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) in die neue Armee folgten bislang keine praktischen Schritte. Was wie die Quadratur des Kreises erschien – die Vereinigung der linksorientierten kurdischen Verbände einschließlich

Frauenarmee mit dschihadistischen Kopfabschneiderbanden – erweist sich so als beidseitiges Spiel auf Zeit. Während Al-Scharaa danach trachtet, nach Stabilisierung seiner Herrschaft die Autonomieregion mit ihren Ölfeldern militärisch zu unterwerfen, dürfte der SDF-General umgekehrt darauf setzen, bei einem möglichen Zusammenbruch der Islamistenherrschaft in Damaskus seinerseits von Washington den Zuschlag zum Nationbuilding zu erhalten.

Als Al-Scharaa am 8.12.2025 in Damaskus sein Morgengebet verrichtete und anschließend eine Militärparade zur Feier seiner einjährigen Machtergreifung abnahm, trug er erstmals wieder den olivgrünen Kampfanzug. Die Botschaft ist klar: Al-Dscholani ist zurück. Daß Minderheiten wie Drusen und Kurden so geradezu in die Arme Israels und der USA getrieben werden, dürfte dem syrischen Präsidenten dort als Pluspunkt angerechnet werden.

Nick Brauns

junge Welt, 9.12.2025

Wahlfarce in Myanmar (Teil 1)

Der 1. Februar 2021 begann mit Razzien in der Morgendämmerung. Panzer rollten in die Hauptstadt Naypyitaw. Es war der Tag, an dem das Parlament zur Bildung einer zweiten NLD-geführten Regierung zusammentreten sollte. Abgeordnete der NLD, darunter Staatsrätin Aung San Suu Kyi, wurden verhaftet, die Telefon- und Internetverbindungen wurden unterbrochen. Staatspräsident Win Myint wurde seines Amtes enthoben und die Macht von General Min Aung Hlaing übernommen. Der Putsch erfolgte, nachdem das Militär 2020 eine noch größere Wahlniederlage als 2015 eingefahren hatte und die Nationale Liga für Demokratie (NLD) mit Aung Suu Kyi problemlos erneut eine absolute Mehrheit bekam.

Myanmar, unter britischer Kolonialherrschaft als Burma bekannt, wurde von Suu Kyis Vater von der japanischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg befreit und in die Unabhängigkeit geführt. Bis 1962 war Burma das reichste Land der Region und internationales Drehkreuz nach Südostasien. Seit das Militär 1962 die Macht übernommen hat, ist Myanmar das Armenhaus der Region und Zentrum für illegale Geschäfte, die von illegalem Bergbau über Internetbetrug bis zur Herstellung von Drogen wie Methamphetamin und Heroin reichen und den asiatischen Markt überschwemmen. Die Lage in Myanmar hat sich seit dem Putsch 2021 nochmals drastisch verschlechtert. Die Bevölkerung steht vor einer Hungersnot.

Das Militär, Tatmadaw genannt, ist seit 1962 ununterbrochen an der Macht. Als Anfang der 2000er Jahre, auf internationalen Druck hin, die Junta eine „Road Map für den Weg zur Demokratie“ beschloß, erließ es erst eine neue Verfassung, die, egal wie irgendwelche Wahlen auch immer ausgehen sollten, dem Militär 25 % der Parlamentssitze, eine Regierungsbeteiligung und die drei wichtigsten Ministerien (Innen, Außen und Verteidigung) sicherte. Die NLD-Regierung von Aung Suu Kyi war nie eine Zivilregierung, das Militär regierte weiterhin das Land und die Welt bejubelte den „demokratischen Übergang“.

Bereits vor den Wahlen 2020 bereitete sich General Hlaing, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, auf einen Wahlsieg der NLD vor und drohte mit Konsequenzen, sollte die Wahl in seinen Augen „nicht fair ablaufen“. Als Grund für den Putsch führte das Militär Wahlbetrug der NLD an, wofür es keinen Beweis gab, und zwar deshalb nicht, weil die Wahlen frei und fair waren, was auch internationale Beobachter bescheinigten. General Hlaing kündigte Neuwahlen bis spätestens 2023 an.

Sofort nach dem Putsch entstand eine Bewegung des zivilen Ungehorsams, das Militär erschoss Demonstranten, und die Lage eskalierte zum Bürgerkrieg. Immer mehr Menschen gingen in den Untergrund, flohen in Gebiete, die von den bewaffneten ethnischen Organisationen kontrolliert werden und schlossen sich dem bewaffneten Widerstand an. Die Parlamentarier, die nicht in die Hände der Junta gefallen waren, bildeten eine Untergrundregierung, um den Widerstand zu organisieren.

Myanmar heute

Das Militär ist die verhaßteste Organisation im ganzen Land. Seit 2021 wurden mehr als 10 000 Zivilisten getötet, viele sind bei Luftangriffen ums Leben gekommen. Die Luftangriffe haben außerdem 410 Schulen, 139 Krankenhäuser und Kliniken sowie 621 religiöse Gebäude zerstört. Die UNO schätzt, daß der Bürgerkrieg landesweit 3,6 Mio. Menschen vertrieben hat.

Die Junta hat keine effektive Kontrolle mehr über Myanmar. Große Teile des Landes sind für die Tatmadaw unzugänglich. Ende 2023 haben aufständische Rebellengruppen und Bürgerwehren sich zusammengeschlossen und im Zuge der „Operation 1027“ hunderte von Militärstellungen und Polizeiposten der Junta erobert, die militärische Kontrolle über mehr als zwei Drittel des Landes übernommen und, teils zusammen mit der Untergrundregierung NUG, in vielen Städten und Gemeinden ihre eigenen administrativen Verwaltungen eingerichtet und betreiben dort Schulen und Krankenhäuser.

Im März 2025 hat ein Erdbeben mit Epizentrum in Mittelmyanmar große Verwüstung, mit Schäden auch in den Nachbarländern, angerichtet. Die Junta verwehrt internationalen Hilfsorganisationen den Zugang zu den Gebieten ihrer Gegner, nur die Armee und ihre Angehörigen bekamen Hilfe. Schon zwei Stunden nach dem Beben nahm die Luftwaffe ihre Bombardierungen wieder auf.

Täglich bombardiert das Regime Gebiete der Bürgerwehren und Dörfer, die mit ihnen sympathisieren. Im Vorfeld der Wahlen hat das Regime diese Kampagne mit dem Ziel verstärkt, so viel Terrain wie möglich zurückzugewinnen, um dort irgendwie Wahlen abzuhalten. Im Mai bombardierte die Luftwaffe, trotz eines Waffenstillstandes nach dem verheerenden Erdbeben, ein Dorf und tötete 20 Menschen. Bei einem anderen Luftangriff in Zentralmyanmar wurden 18 Menschen getötet. Erst am 5. Dezember wurden zwei Bomben auf eine Gemeinde in Sagaing abgeworfen,

wobei eine davon ein belebtes Teehaus traf, 18 Menschen tötete und ein Dutzend Häuser in der Nähe zerstörte. Wahlpropaganda aus der Luft?

Die Nachbarländer sind besorgt über den Frieden und die Stabilität an ihren Grenzen, das hohe Ausmaß an Flüchtlingen, die Auswirkungen des unregulierten Bergbaus, der die Flüsse verschmutzt, Produktion und Handel mit Heroin und Methamphetamin, der die Bevölkerung süchtig macht und die Verbreitung von Betrugszentren, die Myanmar international diskreditierten. Das ist das Umfeld in dem jetzt, fünf Jahre nach dem Putsch, inmitten eines erbitterten Bürgerkriegs, Parlamentswahlen stattfinden sollen.

Wahlen

Das Experiment „Demokratie“ der Tatmadaw von 2016 bis 2021 ist krachend gescheitert. Das Regime wollte sich ein demokratisches Feigenblatt umlegen und sich international salonfähig machen. Und so ist es auch jetzt wieder: Die neue Junta, die bereits seit vier Jahren an der Macht ist, versucht, mitten im Bürgerkrieg Wahlen abzuhalten. Es geht für die weltweit geächtete Militärdiktatur erneut darum, sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Natürlich ist das ganze eine Farce. Das Militär hat mitnichten vor, die Macht an eine wie auch immer geartete Zivilregierung abzugeben, es ist ein Versuch, den Anschein eines politischen Mehrparteienwettbewerbs zu erwecken. Aber der Sieger steht von Anfang an fest. Das Ergebnis dieser Wahlen wird nicht zu einer glaubwürdigen Regierung führen.

57 politische Parteien wollen an den Wahlen teilnehmen, wobei nur sechs davon landesweit antreten. Die übrigen 51 werden nur in einigen Bundesstaaten und Regionen Kandidaten aufstellen. Die größte Partei, die auch die Wahlen „gewinnen“ wird, ist die 2010 vom Militär gegründete und anschließende Regierungspartei USDP. Die inzwischen 80-jährige Aung Suu Kyi, die Wahlsiegerin von 2015, würde, wären die Wahlen fair, mit links erneut gewinnen. Aber sie sitzt im Gefängnis, niemand weiß genau wo, und hat keinen Kontakt zur Außenwelt. Es ist klar: Unter diesen Umständen sind keine demokratischen Wahlen möglich, was auch weltweit von fast allen Politikern, wie weit rechts auch immer sie stehen mögen, und von der UN klar so gesagt wird.

Für die Organisation der Wahlen wurde eine Wahlkommission gegründet, die erst einmal alle Oppositionsparteien ausschloß, verbot und auflöste. Gleichzeitig wurden die Zulassungsbedingungen für kleine

Parteien so verschärft, daß sie diese weder organisatorisch noch finanziell stemmen können, um dann dutzendweise aufgelöst zu werden, weil sie sich nicht zur Wahl angemeldet hatten.

Um die Wahlfarce durchzuführen, will die Junta sie in drei Phasen durchziehen und zwar im erst einmal in den Städten und Dörfern, die noch unter ihrer Kontrolle stehen (1. Wahlgang im Dezember). Danach soll im Januar weiter gewählt werden. Ende Januar/Anfang Februar soll dann die letzte Phase stattfinden. Kritik an dem Vorgehen ist streng verboten, die Junta hat neue Gesetze mit drakonischen Strafen für jeden, der zum Boycott aufruft, erlassen. Während die Junta eine militärische Offensive startete, um vorher soviel Territorium wie möglich für die Wahlen zurückzuerobern, erklären die Widerstandskräfte, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, sie zu verhindern.

Die Wahl findet in einer Atmosphäre von Drohungen und Gewalt statt. Die UNO befürchtet massive elektronische Überwachung, da die Stimmabgabe ausschließlich über elektronische Wahlmaschinen gehen soll. Da ist Tür und Tor offen für Wahlbetrug, es gibt keine Stimmzettel, die bei Betrugsverdacht manuell nachgezählt werden könnten. Die Überwachungstechnologie kann überwachen, wie die Menschen wählen, und sie riskieren, späterhin verfolgt zu werden, wenn sie „falsch“ wählten.

Das Paradoxe an der ganzen Sache ist, daß die Wahlen stattfinden sollen, obwohl das Militär die Teilnahme unterdrückt. Viele große politische Parteien sowie ganze Minderheitengruppen, darunter Rohingya, Tاملين, Gurkhas und Chinesen, sind ausgeschlossen. Gleichzeitig hat das Militär die Massenüberwachung unter Verwendung KI-biometrischer Daten verstärkt, um Dissidenten zu identifizieren.

Nach Bekanntgabe der Wahlen hat das Regime die Luftangriffe auf zivile Ziele im ganzen Land verstärkt. Gleichzeitig zogen, so wird aus Mandalay berichtet, Wahlbeamte und begleitende Soldaten von Tür zu Tür, um Haushalte zur Stimmabgabe zu drängen und diejenigen zu bedrohen, die sich widersetzen. Einwohner sagten auch, daß Gruppen von pro-Junta-Milizionären, begleitet von Bezirksverwaltern, durch die Bezirke gezogen seien, um Namen mit Wählerlisten abzugleichen und die Menschen vor „schwerwiegenden Konsequenzen“ zu warnen, sollten sie sich weigern, ihre Stimme abzugeben. Militärfahrzeuge patrouillierten derweil zur Absicherung in der Gegend. Im Vorfeld der Wahl hat die Junta die Verhaftungen von Aktivisten, Journalisten und mutmaßlichen Kritikern intensiviert und jeden festgenommen, der als Gegner ihrer Autorität angesehen wird.

Aber ganz so reibungslos wie geplant scheint es nicht abzulaufen. In jedem

Bundesstaat gibt es Gebiete, in denen das Regime keine Wahlen durchführen kann. Die Wahlen finden nur in den zentralen Stadtbezirken statt. Die meisten ausgeschlossenen Gebiete befinden sich in der Region Sagaing, wo Widerstandskräfte unter dem Kommando der NUG weite Teile des Territoriums kontrollieren. Von 2770 Dorfgebieten und 161 Stadtbezirken, in denen keine Wahlen stattfinden werden, liegen 847 in der Region Sagaing. Und dies sind nur Orte, an denen laut Junta keine Wahl möglich ist. Ob sie in den übrigen Gebieten möglich ist, ist eine andere Frage. In Monywa, der Hauptstadt der Region Sagaing, wo sich das Hauptquartier des Nordwestlichen Regionalen Militärkommandos der Junta befindet, wurden 52 von 54 Dorfgebieten als nicht wahlfähig eingestuft. Der weitgehende Ausschluß von Gebieten von den geplanten Wahlen unterstreicht die Grenzen der administrativen Reichweite des Militärs, insbesondere in Hochburgen des Widerstands wie der Provinz Sagaing. In Gebieten außerhalb der Kontrolle der Junta haben Demonstranten an gut sichtbaren öffentlichen Orten Schilder aufgestellt, auf denen sie die Wahl als illegitim bezeichnen, und Anti-Wahl-Demonstrationen organisiert.

Fortsetzung im Februar

KLJ

Nachruf

Wie wir erst vor kurzem erfahren haben, ist unser langjähriger „RotFuchs“-Autor **Wolfgang Herrmann** aus Dreesch (Neubrandenburg) am 18. September 2025 im 86. Lebensjahr nach schwerer Krankheit verstorben.

Im Mai vergangenen Jahres schrieb er an uns: „Wir haben das Privileg, für mehr Klarheit sorgen zu können. Dazu reichen doch noch unser Verstand und unsere Kraft.“

Diese seine Kraft hat Wolfgang über mehr als zwei Jahrzehnte auch dem „RotFuchs“ gewidmet. Er war einer unserer engagiertesten und zuverlässigsten Mitstreiter. Seine informativen, von reichen politischen Erfahrungen zeugenden und Orientierung gebenden Beiträge hatten einen festen Platz in unserem Heft.

Wolfgang haben wir als unbeugsamen Klassenkämpfer und Internationalisten kennengelernt. In verschiedenen Funktionen im FDJ- und Parteiapparat auf Bezirks- und zentraler Ebene widmete er sich aufopferungsvoll der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Von 1985 bis 1988 war er Berater an der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) in Nicaragua, deren solidarische Unterstützung ihm – u.a. als Vorsitzender des Vereins zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Freundschaft und Herausgeber der Zeitung Nueva Nicaragua Informe – bis zum Schluß am Herzen lag.

Wir verlieren mit Wolfgang einen standhaften Kommunisten, der auch nach der konterrevolutionären Wende seine Überzeugung nicht preisgegeben hat.

Seiner Frau, Kindern und Enkeln sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus.

Redaktion und Vorstand

Koalition der Mörder

Vor 60 Jahren töteten Militär und islamische Verbände in Indonesien Hunderttausende Kommunisten. Die westlichen Staaten sahen wohlwollend zu.

Kaum eine Nachricht war es der Weltpresse wert, als mindestens eine halbe Million indonesischer Kommunisten zwischen Oktober 1965 und Februar 1966 ermordet wurden. In der „Australian Financial Times“, die aufgrund der geografischen Nähe immerhin berichtete – wenn auch mit kaum verhohlener Sympathie für die Schlächter –, wunderte sich deren Indonesien-Experte Robert Elegant noch fast ein Jahr später über „das mangelnde Interesse der Außenwelt am größten Massenmord seit dem nationalsozialistischen Völkermord in Europa und den gegenseitigen Morden, die die Teilung Indiens und Pakistans begleiteten“. Die Welt habe wenig gewußt, so seine durchaus triumphale Einschätzung, „und es schien sie sogar noch weniger zu kümmern, vielleicht deshalb, weil die Opfer nur Kommunisten und kommunistische Sympathisanten waren. (...)“

Das Desinteresse war um so erstaunlicher, als Indonesiens charismatischer Präsident Sukarno, dessen Absetzung den Massenmorden folgte, zuvor zu internationalem Ruhm gelangt war. Er hatte 1955 die Konferenz im heimatlichen Bandung einberufen, die 1961 in der Gründung der blockfreien Staaten gemündet war. Als einen „Aufbruch der Underdogs der Menschheit“ beschrieb der dort anwesende afroamerikanische US-Journalist Richard Wright voller Hoffnung das erste Treffen von 29 gerade entkolonialisierten Staaten. Auch Indonesien war erst 1949 nach einem blutigen Krieg mit etwa 300 000 Toten von den Niederlanden unabhängig geworden. Sukarno war neben Jawaharlal Nehru, Kwame Nkrumah und Gamal Abdel Nasser eines der Gesichter dieses antiimperialistischen Aufbruchs. Über kaum ein Land des Globalen Südens war daher in den 50er und frühen 60er Jahren so intensiv berichtet worden wie über Indonesien.

Brüchiger Antiimperialismus

Im „Land der 6000 Inseln“, wie Sukarno seinen neuen Staat gerne bezeichnete, sollte die kooperative und eigenständige Entwicklung durch das von ihm geprägte Akronym „Nasakom“ garantiert werden, das die Herstellung eines – unter präsidentialer Herrschaft stehenden – Konsenses der drei am Kampf gegen die Niederländer beteiligten Gruppen meinte: der Nationalisten und des von ihnen dominierten Militärs, der islamischen Verbände und Parteien sowie

der Kommunistischen Partei (PKI). Nichts aber konnte darüber hinwegtäuschen, daß dieses Bündnis ebenso wie das System der „gelenkten Demokratie“ äußerst fragil war. Dies betraf zunächst die politischen Differenzen. So waren etwa die Spitzen des Militärs, darunter auch der ranghöchste General Abdul Haris Nasution, strikt pro-westlich und antikommunistisch. Noch während des Unabhängigkeitskrieges etwa hatten 1948 Verbände unter dem Befehl Nasutions in der Stadt Madiun eine kommunistische Erhebung mit außergewöhnlicher Brutalität niedergeschlagen – 30 000 Aufständische wurden dabei getötet. Trotzdem hatten die Generäle danach noch, so wohl 1952 als auch 1958, wegen eines zu starken Einflusses der PKI gegen Sukarno zu putschen versucht. Zudem paßte die ausgesprochen traditionalistische und repressive Ideologie der islamischen Gruppen so gar nicht zu den Modernisierungsideen Sukarnos und der PKI.

Den Hintergrund dieser Auseinandersetzungen bildeten naturgemäß soziale Konflikte, die sich aufgrund der weitgehend agrarischen Prägung des Landes – 1965 lebten immer noch 85 Prozent der Bevölkerung auf dem Land – wie so häufig um die Landverteilung drehten. (...) Sukarnos 1960 erlassene Landreform, nach der Landbesitzungen auf fünf Hektar beschränkt werden sollten, war weitgehend verpufft. (...) Zu groß war der Widerstand der ländlichen Eliten, des mit ihnen verbündeten rechten Flügels von Sukarnos nationalistischer Staatspartei PNI und des Militärs, dessen Spitzen sich, nicht selten illegal, selbst Ländereien angeeignet hatten.

Nicht einmal die im Januar 1965 verfügten Verstaatlichungen von ausländischen Besitzungen, etwa den großen Kautschuk-Plantagen von Goodyear oder US-Rubber, konnten schließlich durchgesetzt werden. Vollends eskalierten die Spannungen durch die Dürren, die vom Herbst 1963 bis ins Frühjahr 1964 Java, wo über die Hälfte der Bevölkerung Indonesiens lebte, und Bali heimsuchten. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters drohten über eine Million Menschen zu verhungern. (...) Hinzu kam die auf über 600 Prozent ansteigende Inflation seit Ende 1964. Allein im Sommer 1965 vervierfachten sich die Preise für Reis. All dies verschärfte die Klassenkämpfe auf dem Land in bis dahin ungekanntem Maße. (...)

Auflösung in den Bürgerkrieg

So nahm die endgültige Auflösung des Nasakom-Bündnisses ihren Lauf. Denn die verzweifelten Armen fanden nur in der PKI einen Verbündeten. Immerhin war die

Partei ein nicht zu unterschätzender Faktor im Land: Bei den letzten landesweiten Wahlen hatte sie 1955 bereits 16,4 Prozent der Stimmen erhalten und bei den Regionalwahlen auf Java zwei Jahre später fast ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen können. Über drei Millionen Mitglieder konnte die größte kommunistische Partei, die jenseits Chinas und der Sowjetunion jemals existierte, vorweisen. Zudem banden ihre Massenorganisationen, der Zentralverband der Indonesischen Gewerkschaften (SOBSI), die Volksjugend, die Frauenbewegung Gerwani und die Indonesische Bauernfront (BTI) etwa 15 Millionen weitere Indonesier.

Vor allem die BTI mit ihren neun Millionen Mitgliedern – 60 Prozent der PKI-Mitglieder lebten auf dem Land – führte seit 1963 fast landesweit Kampagnen zur Umsetzung der Landreform durch, die ebenso häufig in Landbesetzungen endeten wie ihre Hungermärsche in Lebensmittelrequisierungen. Und auch in den Städten verfielen die Forderungen der PKI nach Lohnerhöhungen, Mitbestimmung in den verstaatlichten ehemaligen niederländischen Betrieben und der Verfolgung der allgegenwärtigen Korruption seitens des Militärs. (...)

All dies aber änderte nichts daran, daß die PKI in der politischen Arena Indonesiens zunehmend isoliert dastand. Denn während Sukarnos Zentralregierung, auf die die Kommunisten ihre Hoffnung trotz allem weiterhin setzten, weitgehend passiv blieb, setzte sich innerhalb seiner PNI zunehmend der rechte Parteiflügel durch. Gemeinsam mit dem Militär gingen regionale Machthaber immer rigider gegen die Rebellionen vor. Vor allem aber griffen nun auch die islamische Nahdlatul Ulama-Partei (NU) und andere religiöse Gruppen in den Konflikt ein. Schon seit 1964 rekrutierte die NU Schlägertrupps aus ihrem Jugendverband Ansor und der Parteimiliz Banser, um kommunistische Demonstrationen zu attackieren.

Die traditionelle Verbundenheit dieser Gruppierungen mit den Großgrundbesitzern, die häufig auch die Religionslehrer (Ulamas) stellten, sowie vor allem die Infragestellung der traditionellen Rolle von Frauen durch die Gerwani entfachte vielerorts einen Terror, der die kommende Gewalt bereits vorwegnahm. (...) Zunehmend entwickelte sich ein, wenn auch niedrigschwelliger, Bürgerkrieg in vielen Regionen des Landes. Sukarno aber beschränkte sich weiterhin auf einige Aufrufe zum Frieden und wenige polizeiliche Befriedungsaktionen.

Der Konflikt drängte zu einer Auflösung. Im August 1965 etwa prognostizierte der

Auslandssender „Voice of America“, daß eine „echte Konfrontation“ bevorstünde. Auch die Botschaften mehrerer westlicher Staaten schlossen sich dieser Sicht an. Am 1. Oktober war es dann so weit. Den unmittelbaren Anlaß bot ein mehr als dilettantisch durchgeführter Putschversuch einer Gruppe von linksnationalistischen Offizieren unter dem Namen „Bewegung 30. September“, die dem eigenen Bekunden zufolge einem weiteren Putsch gegen Sukarno zuvorzukommen gedachten. Sechs der ranghöchsten Generäle wurden von den Putschisten getötet, der mittlerweile zum Verteidigungsminister aufgestiegene Nasution aber konnte entkommen. Zudem besetzten die Verschwörer zwar unmittelbar wichtige strategische Orte in Jakarta, darunter die Telefonzentrale, den Präsidentenpalast und Rundfunksender. Ausgerechnet das Strategische Oberkommando (KOSTRAD) der sich gerade im Krieg mit Malaysia um West-Neuguinea befindlichen Streitkräfte verschonten sie allerdings. Und genau von hier aus gelang es General Mohamed Suharto, der bis dahin lediglich Insidern bekannt war, die Revolte in weniger als 48 Stunden niederzuschlagen.

Die „Koalition der Gewalt“ schlägt zu

Was nun folgte, war eines der größten Gemetzel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Und wie stets zu Beginn solcher Massenmorde war es eine sofort einsetzende groß angelegte Propagandakampagne, die gezielt die PKI für den Putsch verantwortlich machte. Bar jeder Realität erklärte Suharto in einer überall verbreiteten Rundfunkansprache, die getöteten Generäle seien von Frauen der Gerwani gefoltert und ihre Genitalien verstümmelt worden. Daher habe sich das Militär nun entschlossen, „die Zerschlagung der PKI zu verwirklichen“. Diese Version wurde nicht nur von allen noch existierenden Medien des Landes, sondern auch von westlichen Radio- und Fernsehsendern übernommen. Zum Auftakt der Mordaktionen wurde eine in der Folge des Begräbnisses der Generäle gemeinsam von Militär, PNI und NU organisierte Massendemonstration in Jakarta, in deren Folge die PKI-Zentrale niedergebrannt und Kommunisten durch die Straßen gehetzt wurden. Was nun aber überall im Land geschah, stellte dies weit in den Schatten. Die in alle Provinzen zur Unterstützung der regionalen Kommandos entsandten, insgesamt 50 000 Mann umfassenden Eliteeinheiten der RPKAD begannen unmittelbar mit der Inhaftierung, Folterung und Ermordung aller Kommunisten, derer sie habhaft werden konnten. Von einem „stereotypen Vorgang“ berichtete die Botschaft der Bundesrepublik schon Mitte Oktober, die britische Botschaft schätzte, daß allein auf den Weltmarkt-Plantagen Nordsumatras 27 000 bis 40 000 Landarbeiter getötet worden seien. Die PKI traf all dies weitgehend unvorbereitet. Zwar hatte sich ihr Vorsitzender

Dipa Nusantara Aidit zum Zeitpunkt des Putsches bei den Putschisten befunden, allerdings nur, weil diese ihn am Vortag in ihr Hauptquartier verbracht und unter Quarantäne gestellt hatten. Die Funktionäre und einfachen Mitglieder aber rannten in die sprichwörtlichen offenen Messer. Und diese wurden nicht etwa nur von den RPKAD-Einheiten gewetzt. In einem späteren Interview erläuterte deren Kommandant, Sarwo Edhie, wie man die „Säuberungen“ in den unübersichtlichen Gebieten überhaupt habe organisieren können. „Wir beschlossen“, so der Mann, der sich auch später noch rühmte, man habe dadurch drei Millionen Kommunisten töten können, „die antikommunistischen Zivilisten anzuspornen, uns bei diesem Job zu helfen. Wir trommelten die Jugendlichen, die nationalistischen Gruppen, die religiösen Organisationen zusammen. Wir bildeten sie zwei bis drei Tage aus, dann schickten wir sie los, um Kommunisten zu töten.“ Vor allem bei der NU fand Edhie massenhaft willige Vollstrecker. Schon am 5. Oktober hatte die NU ihre Mitglieder aufgefordert, von nun an „die Kommunisten physisch zu vernichten“. 1998 berichtete der führende Banser-Funktionär in der Rückschau, „Hitlers ‚Mein Kampf‘ hatte uns die Anregung geliefert“, wie mit politischen Gegnern umzugehen sei. Und die fanatischen Anhänger handelten entsprechend: Nur eine Minderheit wurde vom Militär erschossen, wohingegen die meisten Opfer von den islamischen Marodeuren „mit Messern oder Schwertern geköpft, zerhackt, erdrosselt, mit Knüppeln oder Steinbrocken erschlagen, ertränkt, verbrannt oder lebendig begraben wurden“, wie der US-amerikanische Historiker Theodore Friend nach der Sichtung von Augenzeugenberichten später darlegte. (...) Spätestens Ende Februar war die PKI weitgehend zerschlagen, ihre Militanten getötet oder auf der Flucht und auch ihre Führung größtenteils tot. Aidit war bereits im November gefangen genommen und ermordet worden. Zudem waren etwa 1,8 Millionen Menschen inhaftiert worden. Die indonesische Linke sollte sich von diesem Schlag nie wieder erholen. (...) Die verschiedenen Schätzungen gingen von mindestens einer halben Million Opfer aus. Eine Kommission, die Suharto selbst 1966 mit Nachforschungen beauftragt hatte, vermeldete gar eine Million Tote. (...) Zwischen einem halben und einem Prozent der Gesamtbevölkerung auf den „6000 Inseln“ war ermordet worden. (...)

Imperialistische Restauration

Nun aber konnten die Militärs ihr eigentliches Ziel ungehindert verfolgen: die Entmachtung Sukarnos, der während der Morde völlig untätig geblieben war. Schon im November 1965 hatte der neue US-Botschafter Marshall Green nach Unterredungen mit führenden Militärs und

Politikern der NU nach Hause telegraphiert, es sei deren Endziel, nach der Vernichtung der Kommunisten „Sukarno in die Ecke zu drängen“. Seiner Basis beraubt, trat Sukarno schließlich Ende Februar auf den Druck Suhartos zurück, der am 11. März 1966 als neuer Präsident seine „neue Ordnung“ verkünden konnte. Diese bestand neben der autoritären und islamischen Umwandlung des Staates vor allem darin, die Landreform ebenso wie die Verstaatlichungen rückgängig zu machen und Indonesien für internationale Investoren zu öffnen. Allein in den Jahren 1967 und 1968 investierten etwa US-Öl-Multis – Indonesien war zu dieser Zeit der achtgrößte Öl-Produzent der Welt – 160 Millionen US-Dollar in ihre rücktransferierten Standorte und bekamen dafür über 17 Millionen Quadratkilometer an neuen Konzessionsgebieten zugesprochen. Daß dies für Freude bei den alten westlich-imperialistischen Staaten sorgte, versteht sich. Ganz untätig waren sie auch nicht geblieben. Obwohl von der Dynamik überrascht, waren vor allem die USA sofort bereit, auf die indonesische Rechte zu setzen. Und dies nicht nur ideologisch: Im Herbst etwa hatte die US-Botschaft dem Ex-Trotzkisten und späteren Außenminister Suhartos, Adam Malik, die CIA-Listen mit den Namen von 5000 PKI-Funktionären übergeben, auf die sofort zur Jagd geblasen wurde. Andere Staaten, etwa die Bundesrepublik oder Schweden, lieferten trotz der beunruhigenden Nachrichten weiterhin Munition oder Waffen an die indonesischen Militärs; Großbritannien sicherte den Streitkräften Suhartos gar für die Dauer der Säuberungen eine Einfrierung des malaysisch-indonesischen Konflikts zu. (...)

Indonesien wurde zu einem Symbol des Scheiterns der antikolonialen Staatsbildungen im Globalen Süden. Das Nasakombündnis divergierender Interessen erwies sich, wie ähnliche Projekte in vielen anderen dekolonisierten Staaten, als Illusion einer progressiven Entwicklung und die „Jakarta-Methode“ (Vincent Bevins) antikommunistischer Militärputsche machte Schule. Im selben Jahr, in dem Suharto die Macht ergriff, wurde etwa im fernen Ghana Präsident Kwame Nkrumah vom Militär gestürzt und noch 1973 tauchten im Vorfeld des Putsches von Augusto Pinochet in Chile Flugblätter mit der Parole: „Jakarta rückt näher!“ auf. Über dieses Scheitern wurde in der Weltpresse, anders als im Falle der Morde an den indonesischen Kommunisten, durchaus ausgiebig berichtet. Als die „besten Neuigkeiten aus Asien seit Jahren“ bezeichnete etwa das „Time-Magazine“ die Ablösung Sukarnos. Ansonsten blieb bedröhtes Schweigen.

Axel Berger

Redaktionell gekürzt

Quelle: nd, Die Woche, 9.10.2025

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Der Dokumentarfilm in der Sowjetunion

Die Tatsache, daß Rußland in seiner kapitalistischen und darum auch technischen Entwicklung hinter den großen kapitalistischen Ländern zurückgeblieben war, verführt häufig dazu, zu übersehen, daß es auch im zaristischen Rußland bedeutende Techniker und Wissenschaftler gegeben hat. Wir finden oft die Meinung vertreten, daß die Sowjetunion auf einem Nichts hier aufbauen mußte, und daß die Kultur der Sowjetunion auf diesen Gebieten gewissermaßen traditionslos sei. Nichts jedoch wäre so falsch und trüge so sehr zu einem Unverständnis für die technische Kultur der Sowjetunion wie auch Rußlands bei als eine solche Auffassung. Gerade in der letzten Zeit haben zum Beispiel Sowjet-Veröffentlichungen wieder auf die wichtigen frühen Erfindungen hingewiesen, die russische Gelehrte auf dem Gebiete des Telefonwesens oder der drahtlosen Telegrafie gemacht haben. Zahlreich sind die Beispiele großer Begabungen und Einzelleistungen im zaristischen Rußland auf dem Gebiete der technischen Erfindung.

Auf der anderen Seite darf man natürlich nicht in den entgegengesetzten Fehler verfallen und etwa besondere technische Leistungen des russischen Volkes feststellen wollen. Sind solche doch auch gesellschaftlich gar nicht möglich gewesen.

Schon in den ersten Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution haben namhafte sowjetische Kameramänner – Giber, Jermelow, Lewitzkij, Tisse, Nowitzkij u. a. – damit begonnen, die welthistorischen Ereignisse, die sich in dem jungen Sowjetland zutrug, für künftige Generationen im Film festzuhalten. Die am 7. November 1917 in Moskau, Petrograd und anderen Städten Rußlands aufgenommenen Streifen bildeten den Anfang des sowjetischen Dokumentarfilms. In den Jahren von 1922 bis 1925 schuf der bekannte Operateur Dsiga Wertow 23 Nummern der Wochenschau „Kino-Wahrheit“. Diese Film-Chroniken spiegelten die politische Bedeutung der Ereignisse der Sowjet-Wirklichkeit wider. Durch ihren Inhalt – die Propagierung des Sozialismus – errangen sie die Anerkennung und Begeisterung der Zuschauer. „Das war ein wirklicher Kontakt zwischen dem Film und den Volksmassen“ berichtet ein Mitarbeiter des Filmwesens über jene Zeit. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des sowjetischen Dokumentarfilms waren die von der Regisseurin Esfir Schub in den Jahren 1927–28 geschaffenen Filme: „Der

Fall der Dynastie Romanow“, „Der Große Weg“ und „Das Land der Sowjets“. Mit dem Wachsen und der Festigung der Sowjetmacht, mit dem gigantischen Industriebau und der Gründung der ersten Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, ließen die Schöpfer der Wochenschau und des Dokumentarfilms nicht ein einziges wichtiges Ereignis aus dem Leben des Sowjetvolkes vorbeigehen, ohne es auf dem Filmband festzuhalten. Über den im Jahre 1934 gedrehten besten Film Wertows, „Drei Lieder über Lenin“, schrieb der französische Schriftsteller Louis Aragon: „Drei Lieder über Lenin, das ist kein historischer Film, das ist Aktion, das ist ein Lied, das über der Welt aufsteigt. Seit der Zeit des Potemkin hat wohl nichts auf der Leinwand eine solche Größe erreicht.“ Nach dem Erscheinen der ersten Ton-Wochenschau im Jahre 1936 wuchsen neben den alten Meistern des Dokumentarfilms neue Regisseure heran: Beljajew, Warlamow, Stepanowa, Setkina, Kisseljew, Bubrik u. a.

Neue Namen von Operateuren: Carmen, Trojanowskij, Jeschurin, Bjeljakow, Makassejew, Schafran, SCHATLAND tauchten auf. Aus der Fülle von Ereignissen haben diese hervorragenden Chronisten der Leinwand es verstanden, die wichtigsten und hauptsächlichsten Geschehnisse auszuwählen.

Im Jahre 1940 schuf der Regisseur Warlamow den ersten, nach einem vorher ausgearbeiteten Drehbuch aufgenommenen Dokumentarfilm „Der mächtige Strom“. Während des Verteidigungskrieges gegen den Faschismus arbeiteten mehr als 100 Film-Operateure an allen Fronten, in allen Truppengattungen, in den Partisanenabteilungen und auf den Schiffen. Schon in den ersten Monaten des Krieges schuf der Regisseur Slutzkij den Dokumentarfilm „Unser Moskau“, der die heroische Verteidigung der Hauptstadt der UdSSR zeigt. Aus der Fülle der in dieser Zeit entstandenen Dokumentarfilme seien nur die auch in Deutschland bekannt gewordenen „Berlin“ (Regisseur Raisman) und „Die Befreiung der Tschechoslowakei“ (Regisseur Kopalin) genannt. In den Jahren nach dem Kriege, als vor dem Sowjetvolk die große Aufgabe der Wiederherstellung der Volkswirtschaft, die Erfüllung des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplans stand, sind die Film-Chronisten wieder zu dem Thema der friedlichen Aufbauarbeit zurückgekehrt.

Die Sovexportfilm-Vertretung in Deutschland zeigte an fünf Abenden der Osterwoche

im Haus der Kultur der Sowjetunion neue sowjetische Dokumentar- und Kulturfilme. Dies geschah auf Anregung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und entsprach dem großen Interesse in allen Schichten der deutschen Bevölkerung. Es sind Filme, die sich durch ihren Optimismus und ihren Glauben an die Zukunft auszeichnen, die erfüllt sind von Tatendrang und einer neuen Arbeitsethik, wie sie in diesem Maße nur in der sozialistischen Gesellschaft angetroffen werden.

Das vielgestaltige Leben aller Sowjetunionsrepubliken zeigt besonders anschaulich der Farbfilm „Ein Tag in der Sowjetunion“. Am 14. August 1947, einem gewöhnlichen Arbeitstag, hielten 60 Kameramänner in allen Gegenden des Landes die Ereignisse dieses Tages im Filmstreifen fest. Vom Stillen Ozean bis zu den Wasserfällen Kareliens, vom Ural bis zum Schwarzen Meer, überall sehen wir die schöpferische Arbeit der Sowjetmenschen. In Sonnenlicht getaucht erstehen vor uns die Landschaften Georgiens. Wir sehen das tiefe Himmelblau der Gebirgsseen des Kaukasus und den Glanz der geschmolzenen Metalle in den Hüttenwerken, die rauhe Schneekappe des Pik Stalin und den goldenen Weizen des Altai. Hier schmückt die Farbe nicht nur organisch und natürlich das Dargestellte, sondern trägt zur Verstärkung dessen bei, was sich auf der Leinwand abspielt. Dieser Film ist durchdrungen von der Liebe zur Heimat und zu den Menschen der Sowjetunion.

Der Film „Meister der hohen Ernteerträge“ schildert packend und mitreißend die Anstrengungen der Sowjetbauern für die systematische Steigerung der Ernteerträge. Zuckerrübenarbeiterinnen in der Ukraine, Baumwollpflanzerinnen in Tadshikistan, Zitronenpflückerinnen am Schwarzen Meer, Flachspflanzer und Hirsezüchter im Kirow-Gebiet, Teepflanzerinnen in Georgien, Getreideschnitter am Kuban – überall angespannte, schöpferische Arbeit. In den Werkstätten der Traktorenstationen werden Traktoren, Sämaschinen und Pflüge repariert. Neue mächtige Traktoren rollen auf Eisenbahnen heran. Hunderte von Raupenschleppern stehen bereit zur Entsendung auf die Felder. Die Lenkung der Traktoren-Abteilungen erfolgt durch Funk. Die Funkzentren befinden sich in den Kollektivwirtschaften. Von einem Ende des Kolchoslandes bis zum anderen wird die Arbeit weder bei Tage noch bei Nacht unterbrochen. Der Film endet mit der

Einbringung der reichen Ernte. Und schon beginnt der neue Wettstreit für das Jahr 1948. Als das Hohelied auf die begeisterte Arbeit der Sowjetbauern kann dieser Film bezeichnet werden.

Im Vorgebirge des Altai und des West-Sajan, südlich der Stadt Stalinsk in Westsibirien, liegt die Gornaja Schoria. Diese wildromantische, menschenleere Gegend war einst Naturschutzgebiet der Romanows. Hier forschten später sowjetische Geologen unermüdlich nach Eisenerzen. Der Film zeigt, daß heute „Die Schätze der Gornaja Schoria“ erschlossen sind. Modernste Industriestädte sind emporgewachsen. Die Gornaja Schoria ist die Eisenerzbasis Sibiriens, eines der wichtigsten Industriezentren der Sowjetunion geworden.

Der Film „Die Stadt der 4 Tore“ führt uns nach Usbekistan. Schon viele Jahrhunderte stehen die alten Mauern von Chiva, der „Perle Mittelasiens“. Vier Tore weisen nach den vier Himmelsrichtungen. Berühmt sind die Meister von Chiva, die eine eigene Ornamenten-Schule besitzen und die mehr als 200 originelle Ornamentmotive geschaffen haben; berühmt ist auch die Baumwolle Chivas.

An der weitverzweigten Mündung der Wolga ins Kaspische Meer liegt „Das Kaspische

Tor“. Die ungewöhnlich mannigfaltige Vegetation, der Wasserreichtum und der sehr warme Sommer, locken eine Unmenge verschiedenartigster Vögel in das Gebiet des Wolga-Deltas. Ausgezeichnete, sehr reizvolle Unterwasseraufnahmen zeigen uns das vielgestaltige Leben auf dem Grunde der Flußarme. Unerschöpflich ist der Fischreichtum des Wolga-Deltas. Dieser Reichtum wird in Astrachan, einem Zentrum der Fischindustrie, verarbeitet.

Voller Spannung und Erregung verfolgen wir in dem Film „Walfang in der Antarktis“ die Flotte der sowjetischen Walfänger auf ihrer Reise in die Antarktis. Läuft dann die Flotte nach fast sieben Monate langer Fahrt den heimatischen Hafen Odessa an, sind die Schiffsräume dieser mit allen Errungenschaften der Technik ausgestatteten schwimmenden Fabriken bis zum Bersten gefüllt.

Die Dokumentarfilme „Sowjet-Estland“ und „Sowjet-Ukraine“ zeigen das neue Leben in diesen Unionsrepubliken. Hier, die Wiedererstehung und das Wachstum der jungen Republik, eine zukunftsfrohe Jugend, die Blüte der wiedergeborenen Heimat. Dort, die in eine gigantische Aufbaustätte verwandelte fruchtbare Ukraine. Zerstörte Industrien erstehen neu. Arbeiter, Bauern

und Wissenschaftler helfen gemeinsam bei der Erschließung der reichen Bodenschätze ihres Landes. Von einem ausgesprochen hohen filmischen Niveau zeugen auch die Kulturfilme „Das Leben der Pflanzen“, „Architekt Kasakow“ und „Schloß Ostankino“. Die sowjetischen Dokumentarfilme sind ein Spiegelbild der Umwandlung Rußlands nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie zeigen das neue Leben der Sowjetmenschen nach der Verwirklichung des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde. Ihr besonderer Wert liegt darin, daß sie den objektiven deutschen Zuschauer mit dem sozialistischen Inhalt der sowjetischen Filmkunst – die realistisch und wahrheitsgetreu die sowjetische Wirklichkeit zeigt – vertraut machen, daß sie ihn befähigen, die humanistischen Ideen, die der Sowjetkultur innewohnen, als die Sache der ganzen fortschrittlichen Menschheit zu erkennen, daß sie darüber hinaus – und das ist das Wesentliche – an der Gewinnung der Erkenntnis mithelfen, daß in einem veränderten Sein unter neuen Verhältnissen auch ein neues Bewußtsein sich bildet.

Erika Hirsch

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 4-1948 (2. Jahrgang)

Gerhard Scheumann unvergessen

Am 25. Dezember jährte sich der 95. Geburtstag eines der bedeutendsten Dokumentarfilmer der DDR. Geachtet und geehrt – nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Ausland: Studio H&S war weltweit ein Begriff. Es waren Filme, wie der „Lachende Mann“ oder „Kongo-Müller“, die den Mörder von Patrice Lumumba, den ersten Premierminister der Demokratischen Republik Kongo, öffentlich anklagten. Natürlich gehört auch die Dokumentation „Der Krieg der Mumien“ über die revolutionären Veränderungen im Chile der 70er Jahre und den Putsch 1973 dazu.

Einer der großen Dokumentarfilme war „Piloten im Pyjama“, in dem abgeschossene US-amerikanische Piloten in vietnamesischen Gefangenenlagern interviewt wurden. Dessen Wirkung hielt Jahrzehnte an, so daß nach der „Wende“ eine Replik gestartet wurde: „Abgeschossen“ lautete der Titel des Films von Hasso Bräuer, in dem die Piloten noch einmal zu Wort kamen, um ihre Schandtaten zu rechtfertigen. Sie stellten sich erneut bloß in ihrer Armseligkeit und politischen Unbedarftheit. Zwerge gegenüber der großartigen Haltung, Bildung, Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit eines Gerhard Scheumann!

In eben diesem Film verteidigte Scheumann zusammen mit dem Kameramann Peter Hellmich und dem weltberühmten

Fotografen Thomas Billhardt seine Arbeit und die seines Kollektivs und war schließlich derjenige, der erneut als Sieger – geschlagen zwar –, aber nicht besiegt, dastand. Ich hatte diesen Streifen gesehen und entschloß mich spontan, an Gerhard zu schreiben. Dadurch entstand ein kurzer Briefwechsel, der bedauerlicherweise durch seinen frühen Tod beendet wurde. Nach der „Wende“ wurde nicht nur das Studio H&S regelrecht auf dem Müll entsorgt, wo durch einen ansonsten eher furchtsamen Menschen, angetrieben durch Freunde, Teile gerettet und dem Deutschen Filmarchiv übergeben wurden.

Nicht genug dieser Kulturbarbarei, befaßten sich neu geschaffene, von unseren Steuergeldern finanzierte Institutionen damit, das Werk des Studios H&S zu verleumdern. Die Wirkung war der neuen Inquisition offenbar nicht groß genug, so daß sie sich entschloß, die Taktik des Totschweigens anzuwenden. Sie funktioniert, wenn auch eingeschränkt, bis heute.

Zu dem an ihn und Walter Heynowski verliehenen Nationalpreis vermerkte Scheumann in seinem Tagebuch, daß er an der Betriebswandzeitung eine zweiseitige Stellungnahme angeheftet habe: „Früh in das DEFA-Studio gefahren und zwei DIN-A-4-Bögen neben das übervolle schwarze Brett geklebt. Ich gebe meinen Nationalpreis

nicht zurück, sondern verwende das mit ihm verbundene Geld.“ (TB 7.12.1989) (1) Auch in einem Kommentar, der im ND am 11.12.1989 erschien, erklärte der Dokumentarist: Er sehe keinen Grund, „dem Ministerpräsidenten unseres Landes Orden und Ehrenzeichen vor die Füße zu werfen; eine inzwischen modisch gewordene Attitüde. Hans Modrow steht für mich für die Erneuerung. Wenn unter diesen Begriff nicht fallen sollten die internationale Solidarität, der Kampf gegen Neofaschismus und Neokolonialismus, dargestellt auf Schauplätzen wie Vietnam, der BRD, Chile und Kambodscha, so hätte ich umsonst gelebt.“ Das Geld spendeten die Scheumanns schließlich für die Neue Synagoge in Berlin.

Zum Schluß noch eine erfreuliche Nachricht: Der Verlag Frölich & Kaufmann vertreibt eine Edition von sieben DVDs mit Filmen von Heynowski und Scheumann aus den Jahren 1964 bis 1989 unter dem Titel „Piloten im Pyjama“ und „Studio H&S“. Es bleibt also immer noch etwas von H&S.

Erhard Kiehnbäum
Greifswald

1) Frank Hörnigk: „... es ist die Zeit, wo die Erinnerung an die Stelle der Hoffnung tritt.“: Das geteilte Leben des Gerhard Scheumann, S. 201.

Eine historische Anmerkung zum Zusammenhang von Sozialismus und Frieden

Der deutsche Friedensstaat

Kriegsgeburten waren sie alle drei: Die Oktoberrevolution im Jahr 1917 war die Antwort des russischen Volkes auf das Völkergemetzel des Ersten Weltkriegs. Die Volksrepublik China setzte mit ihrer Gründung am 1. Oktober 1949 den Schlußpunkt unter das blutige Kapitel des Kampfes gegen die Unterdrückung des chinesischen Volkes durch europäische und japanische Imperialisten. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) nur sechs Tage später – die DDR wird übrigens deshalb in China bis heute gelegentlich als „unsere kleine Schwester“ bezeichnet – ist wie die der chinesischen Volksrepublik nur verständlich vor dem Hintergrund des bis dahin schlimmsten aller Kriege, des Zweiten Weltkriegs.

Dies ist der erste auf der Hand liegende Grund für die tiefe Verankerung des Friedensgedankens im gesamten Volk der DDR – von den Arbeitern in den volkseigenen Betrieben über die Lehrerinnen und Ärztinnen im staatlichen Schul- und Gesundheitssystem bis hinauf zu den Spitzen dieses Staates. Sofern sie zur Gründungsgeneration gehörten, hatten sie ihr ganzes Leben vorher gegen den Krieg des imperialistischen Deutschland gekämpft. Anders die Gründer des Deutschen Reiches: Sie bekannten sich in den Worten des späteren Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck unverhohlen dazu, die „großen Fragen der Welt“ würden durch „Blut und Eisen“ entschieden. In scharfer Abgrenzung zu einer solchen Neigung zu Tod und Krieg war die Gründung der DDR eine Auferstehung aus Ruinen, wie es in ihrer Staatshymne hieß. Ihre 40-jährige Existenz war und ist bis heute der Gegenentwurf zum deutschen Imperialismus, zu seiner ungebrochenen Tendenz zum Militarismus, zur Feindseligkeit vor allem gegenüber Rußland, zum Krieg. Als einziger deutscher Staat der jüngeren Geschichte hat die DDR niemals einen Krieg gegen einen anderen Staat geführt. Mehr noch: Allein ihre Existenz hat der von 1949 bis 1989 auf Rache für die Niederlage 1945 sinnenden Bundesrepublik Deutschland (BRD), die sich bereits wenige Jahre nach dem Krieg wieder bewaffnete, die Zügel angelegt. Erst nachdem die Konterrevolution 1989 gesiegt und sich die DDR einverleibt hatte, führt Deutschland wieder Kriege. Die neue deutsche Blutspur zieht sich von Jugoslawien 1999 über Afghanistan bis zur Befreiung des NATO-Stellvertreterkriegs der Ukraine gegen die Russische Föderation.

Lenin und das Prinzip der friedlichen Koexistenz

So wie der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen, so bilden Sozialismus und Frieden eine innere Einheit. Das hat tiefe Wurzeln, die der Gründer der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin, auf einer Versammlung am 5. Dezember 1917 so formulierte: „Jetzt hat der Kampf für den Frieden begonnen. Das ist ein schwerer Kampf. Die Kapitalisten sind wegen der Teilung der Beute in einem Kampf auf Leben und Tod anein-



Carl von Ossietzky 1934 als Häftling des faschistischen Konzentrationslagers Esterwegen

andergeraten. Es ist klar: Den Krieg bezwingen heißt das Kapital besiegen, und in diesem Sinne hat die Sowjetmacht den Kampf begonnen.“ Weil schnell klar war, daß dieser Kampf nicht in einem Handstreich siegreich zu beenden ist, haben die Kommunistinnen und Kommunisten immer dann, wenn sie in einem Staat die Macht errungen hatten – ob in Rußland, in China oder eben dem Teil Deutschlands, der 40 Jahre lang von ihnen regiert wurde – das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entwickelt. Lenin selbst hat es in einem Gespräch mit der US-amerikanischen Zeitung „New York Evening Journal“ im Februar 1920,

befragt nach den Plänen der jungen Sowjetregierung in Asien, so ausgedrückt: „Die gleichen wie in Europa: Friedliches Zusammenleben mit den Völkern, mit den Arbeitern und Bauern aller Nationen, die zu einem neuen Leben erwachen, zu einem Leben ohne Ausbeutung, ohne Gutsbesitzer, ohne Kapitalisten, ohne Kaufleute. Der imperialistische Krieg 1914 bis 1918, ein Krieg der Kapitalisten der englisch-französischen (und russischen) Gruppe gegen die Kapitalisten der deutsch-österreichischen Gruppe um die Aufteilung der Welt, hat Asien erweckt und dort, wie überall, das Streben nach Freiheit, nach friedlicher Arbeit, nach der Verhinderung von Kriegen verstärkt.“ Als der Korrespondent nachfragte, welches denn die Grundlagen eines Friedens mit Amerika (gemeint waren die USA) seien, antwortete Lenin: „Sollen die amerikanischen Kapitalisten uns in Ruhe lassen. Wir werden sie in Ruhe lassen. Wir sind sogar bereit, ihnen mit Gold für Maschinen, Werkzeuge und dergleichen zu zahlen, die für Verkehrswesen und Produktion nützlich sind. Ja, nicht nur mit Gold, sondern auch mit Rohstoffen.“

In dieser Traditionslinie der Politik der friedlichen Koexistenz anstelle des imperialistischen Drangs zum Krieg sah sich in der ganzen Zeit ihrer Existenz die DDR. Sie hat diesen Grundsatz in ihrer Staatshymne, die bei jedem Empfang, jeder diplomatischen Zeremonie, jedem Sieg bei sportlichen Wettkämpfen erklang, in die Worte gekleidet: „Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“ Das „Kleine politische Wörterbuch“, das in der DDR in jeder gut geführten Bibliothek zu finden war, bezeichnet dieses Prinzip der friedlichen Koexistenz als „objektiv notwendige, einzig vertretbare Form der Beziehung zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ihres friedlichen Nebeneinanderbestehens, ihrer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unter den Bedingungen des nuklearkosmischen Zeitalters; objektives Erfordernis zur Bewahrung des durch die aggressivsten Kreise des Imperialismus bedrohten Weltfriedens und seiner dauerhaften Sicherung als Existenzbedingung der Menschheit und unabdingbare Voraussetzung ihres Fortbestandes und ihres weiteren gesellschaftlichen Fortschritts; Grundprinzip sozialistischer

Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Ländern“.

Der Frieden muß bewaffnet sein

Bestandteil der Politik der friedlichen Koexistenz war immer der Aufbau einer eigenen bewaffneten Macht. Dahinter steht die bittere Erfahrung des Feldzugs mehrerer imperialistischer Mächte gegen die junge Sowjetmacht ab 1918, der nicht mit Worten, sondern erst mit den Waffen der damals gegründeten Roten Armee beendet werden konnte. Dahinter steht die bittere Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, in dem ebenfalls bewiesen wurde, daß Worte allein keine imperialistische Macht der Erde hindern, eine sozialistische Revolution „in ihrer Wiege zu ersticken“, wie es das Vorbild von Donald Trump, der damalige britische Rüstungsminister Winston Churchill, schon Ende 1917 empfohlen hatte. Also mußte und muß der Frieden bewaffnet sein.

Daraus folgte eine in der DDR über die gesamte Dauer ihrer Existenz durchgehaltene Kombination von unermüdlicher

Friedenspolitik nach außen, Friedenserziehung nach innen und – gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten Mitteleuropas und der Sowjetunion – dem Aufbau einer Militärmacht, gegen die die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten einschließlich der BRD mit ihrer Bundeswehr es niemals wagten, zu Felde zu ziehen. Wer Augen hatte zu sehen, konnte bei der kürzlich abgehaltenen Militärparade der Volksrepublik China zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Asien feststellen, daß diese Entschlossenheit auch zur militärischen Verteidigung der Errungenschaften der Revolution dort weiterlebt.

3. und 7. Oktober

Zu feiern haben die friedliebenden Kräfte in Deutschland am 3. Oktober den Geburtstag des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky. Weil er in der „Weltbühne“ über die Aufrüstungspläne Deutschlands berichtet hatte, wurde er bereits 1931 wegen „Landesverrats“ angeklagt und zu 18 Monaten Haft verurteilt, die er am 10. Mai 1932 antreten mußte. Kurzzeitig

aufgrund einer Weihnachtsamnestie entlassen, wurde er nach der Machtübertragung an den Hitlerfaschismus Anfang 1933 wieder verhaftet und schließlich in den Lagern der Nazis zu Tode gequält. Ossietzky – kein Kommunist – gehört deshalb in die Betrachtung über die Friedenspolitik der DDR, weil eines ihrer Wesensmerkmale die enge Zusammenarbeit mit allen Menschen war, die um des Friedens willen weltanschauliche Differenzen an die zweite Stelle zu rücken bereit und fähig waren. Der Friedensstaat DDR reichte daher weit über marxistische Kräfte hinaus und gab auch bürgerlichen und christlichen Friedenskräften Stimme und Raum.

Und das, was es im Oktober daher nicht nur für Kommunistinnen und Kommunisten, sondern für alle Friedenskräfte zu feiern gibt, ist nicht allein der dritte, sondern vor allem auch der siebte Tag des Monats – die Gründung der DDR als deutscher Friedensstaat im Jahr 1949.

Manfred Sohn

Aus: Unsere Zeit, 3.10.2025

Vor 150 Jahren wurde Wilhelm Pieck, der erste Präsident der DDR, geboren

Wenn wir auf das vergangene Jahrhundert blicken und uns die Frage stellen, welche Persönlichkeiten es waren, die unser Leben maßgeblich beeinflusst haben, dann sollten wir uns auch an Wilhelm Pieck (3.1.1876 bis 7.9.1960) erinnern. Es war ein weiter Weg, den der Tischlergeselle aus der Niederlausitz zurückgelegt hat, bis er 1949 zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik erwählt wurde. Wie die meisten seiner Kampfgefährten, hat auch er in seinem Leben nicht wenige Niederlagen einstecken müssen. Aber er hat sich auch bedeutender Erfolge, wenn nicht gar historischer Siege erfreuen dürfen. Als er sich am Morgen des 21. April 1946 in Begleitung seiner Tochter Elly Winter zum Tagungsort des Vereinigungskongresses ins Metropol-Theater begab, da dürfte dies für ihn der beglückendste Gang seines Lebens gewesen sein. Wenige Wochen zuvor hatte er seinen 70. Geburtstag gefeiert, und nun sollte sich mit der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten das Ziel erfüllen, für das er und seine Genossen schon seit Jahrzehnten gekämpft hatten – die Einheit der Arbeiterklasse sollte Wirklichkeit werden. Schon in seiner Jugend hatte sich Wilhelm Pieck für das gemeinsame Handeln der

Arbeiter im Kampf für ihre Klasseninteressen in Braunschweig engagiert. Mit 18 Jahren trat er in die Holzarbeitergewerkschaft



Wilhelm Pieck

ein, und ein Jahr später wurde er in Marburg Mitglied der Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknechts. Während seiner sozialdemokratischen Lehrjahre in Bremen

widersetzte er sich der Verbreitung revisionistischer Auffassungen in der Partei. In Berlin wurde er zu einem aktiven Mitstreiter der deutschen Linken, die unter der Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings einen entschiedenen Kampf gegen den Revisionismus führten. Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, ihrer Unterstützung des Völkermords im Ersten Weltkrieg, durch ihr Paktieren mit den reaktionären Militärs in der Novemberrevolution hatten rechte Führer der Sozialdemokratie wie zum Beispiel Ebert, Noske und Scheidemann die Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung verraten. Die Gründung der KPD war der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus.

„Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“, hatte Rosa Luxemburg den Delegierten des Parteitages zugerufen. Und unter stürmischem Beifall der Delegierten hatte sie in ihrer historisch bedeutsamen Rede festgestellt: „Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere – als in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen – so stellen

wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren.“ Für Wilhelm Pieck, der auf dem Gründungskongress in die zentrale Leitung der Partei gewählt wurde, waren diese Worte für seine gesamte politische Tätigkeit bestimmend. Ein Blick auf seine Lebensdaten zeigt, in wie vielen unterschiedlichen Funktionen er in diesem Sinne gewirkt hat. Sei es als Mitglied der Parteiführung und später als deren Vorsitzender, sei es in verantwortungsvollen Funktionen in der Kommunistischen Internationale sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, sei es als Abgeordneter in der Weimarer Republik, sei es als Widerstandskämpfer in den Jahren des Faschismus, sei es als Präsident des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates – immer ist er für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Lebensinteressen eingetreten. Das Wohl des Volkes war ihm stets oberstes Gebot. Diejenigen, die Pieck länger kannten, sprachen schlicht und einfach von Wilhelm, die Jüngeren nannten ihn manchmal den Alten, weil er etwas Väterliches an sich hatte. Das treffendste Bild seiner Persönlichkeit dürften wohl seine

Freunde und Kampfgefährten gezeichnet haben, als sie im September 1960 von ihm Abschied nahmen: „Wilhelm Pieck vereinte in seiner Gestalt den klarsichtigen deutschen Arbeiter, den Revolutionär und Patrioten. Er verkörperte den antiimperialistischen Kampf im Deutschland unseres Jahrhunderts. Mit reichem Wissen und revolutionärem Elan, mit besonnenem Rat und wirkungsvoller Tat stand er immer dort, wo um ein neues Deutschland gerungen wurde. Tugend und Ehrenhaftigkeit, die Weisheit eines langen Lebens und das Feuer für die großen Ideen der Menschheit ... gingen einen Bund ein in dem Mann, der aus den Tiefen unseres Volkes aufstieg und im titanischen Kampf zwischen den Kräften des Krieges und des Friedens als Vertrauensmann des Volkes an höchster Stelle des deutschen Friedensstaates stand. Seine markante Gestalt, seine Gedanken und Taten sind unvergänglicher Bestandteil der Geschichte Deutschlands und der Internationalen Arbeiterbewegung.“

Prof. Dr. Erich Kundel †

Aus: Rote Kalenderblätter, DKP Brandenburg, 1/2000

Schülerin an der Wilhelm-Pieck-Oberschule in Pankow

Bereits im Kindergarten lernte ich Wilhelm Pieck kennen, zumindest sein Foto. Es hing im Kindergarten, war auf Plakaten oder in der Zeitung zu sehen. Er wirkte auf mich wie ein netter Großvater, der mit seinen warmen Augen und dem väterlichen Lächeln Vertrauen einflößte.

Er starb wenige Tage, nachdem ich gerade in die Schule gekommen war, damals noch in Treptow. Doch durch einen Umzug wurde ich drei Jahre später in die Wilhelm-Pieck-Oberschule in Pankow umgeschult. Im Foyer der Schule stand eine Büste von Wilhelm Pieck, und an seinem Geburts- und Todestag standen jeweils zwei Schüler oder Schülerinnen dort Ehrenwache. Wir lernten viel über sein Leben, seinen Kampf gegen den 1. Weltkrieg, sein knappes Entkommen, als die Mörder von Karl und Rosa auch ihn umbringen wollten, über seinen Kampf gegen den Faschismus und nach Kriegsende für die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Daß alle Kinder auf ihrem Bildungsweg gleiche Chancen hatten, war ihm ein Herzensbedürfnis. In den beiden R-Klassen lernten wir von der 3. Klasse an Russisch, ab der 7. Klasse kam noch Englisch dazu. Von der 4. Klasse an hatten wir Staatsbürgerkunde – ein Versuch, der später ab der 7. Klasse in allen Schulen der DDR übernommen wurde. In Musik wurden neue Lehrpläne erprobt, wobei mir am besten die vielen Arbeiter- und Kampflieder gefielen, vor allem gesungen von Ernst Busch. Heute bemühe ich mich, sein Erbe in unserer RF-Singegruppe zu bewahren.

Viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer haben uns ein gutes Rüstzeug für das weitere Leben mitgegeben. Meine ehemaligen Mitschüler und ich wurden später Lehrer, Ärzte, Journalisten, Ingenieure ... So wurde das Vermächtnis von Wilhelm Pieck für uns Wirklichkeit!

Gabi Parakeninks

BUCHTIPP

► Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde: Gegen die Kriegstüchtigkeit

Ole Nymoens

Die Verteidigungsfähigkeit wird zur „Kriegstüchtigkeit“ umerklärt, die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro aufgerüstet, die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert: Die Zeichen stehen auf Mobilmachung, auch mental. Die Nation wird dabei zur großen Solidargemeinschaft verklärt, der ein jeder glücklich zu dienen hat. Und das nach Jahrzehnten der Entsolidarisierung, in denen die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten von neoliberalen Politikern für alternativlos erklärt wurde. Ole Nymoens erhebt Einspruch: Die Behauptung, das Sicherheitsinteresse eines Staates falle notwendig mit dem seiner Untertanen zusammen, erscheint geradezu absurd. Immerhin sind es junge Männer wie er, die im Kriegsfall gezwungen sind, im Land zu bleiben und ihr Leben zu riskieren, ob sie wollen oder nicht. Ganz zu schweigen davon, daß der „Dienst an der Waffe“ auch beinhaltet, mit dieser Waffe andere zu töten. Und wer bestimmt eigentlich über den „Waffengang“? Ist es wirklich der demos, das Volk?

Nicht kämpfen zu wollen für einen Staat, das ist vor diesem Hintergrund mehr als nur eine individuelle Verweigerung – nämlich ein Akt der Humanität und des Protests für mehr kollektive Selbstbestimmung.

Rowohlt-Verlag, 16 Euro



Am 20. Januar begeht

Katja Neumann

aus Potsdam ihren 75. Geburtstag. Liebe Katja, Dein Jubiläum ist uns Anlaß, Dir für Deine vielseitige und zuverlässige Mitarbeit im „RotFuchs“-Kollektiv sehr herzlich zu danken. Unsere Gratulation verbinden wir mit dem Wunsch für beste Gesundheit, Kraft und Lebensfreude in den kommenden Jahren.

Redaktion und Vorstand

Über Hintergründe der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und dessen Rolle in der Geschichte beider deutscher Staaten

Keine Institution der DDR wurde vom Tage ihrer Gründung im Februar 1950 bis zum Ende der DDR und darüber hinaus bis in die heutige Zeit so entstellt und veräußert wie das Ministerium für Staatssicherheit. Ich war seit 1950 Angehöriger dieses Ministeriums, gehörte seit 1959 deren Hauptverwaltung-Aufklärung an und schied im Februar 1990 als Oberst aus deren Dienst. Was mich veranlaßt, mich jetzt in meinem 95. Lebensjahr noch einmal zu äußern, ist das hemmungslose Ausmaß der Verketzerung und die jede Sachlichkeit und Objektivität entbehrende Darstellung der Rolle dieses Ministeriums. Ich fühle mich als Zeitzeuge verpflichtet, dieser Dämonisierung entschieden entgegenzutreten.

Um die Rolle und das Wirken des Ministeriums richtig zu beurteilen, ist es unerlässlich, die Hintergründe seiner Bildung zu kennen. Die kapitalistischen Siegermächte haben unmittelbar nach dem Krieg und dem Zerfall der Antihitlerkoalition die „rote Gefahr“, das heißt, die sich herausbildenden sozialistisch orientierten Staaten als Popanz der westlichen Politik beschworen und festgeschrieben. Sie wurde als „offizielle Politik“ der kapitalistischen Staaten gleich nach dem Krieg von dem damaligen Präsidenten der USA, Truman, und dem Ministerpräsidenten Großbritanniens, Churchill, verkündet. Dieser hatte 1946 in seiner Rede in Fulton (USA) erklärt, daß sie mit dem Hitlerstaat „das falsche Schwein geschlachtet“ hätten. Wenn er noch offengelassen hatte, wer denn das „richtige Schwein“ gewesen wäre, so hatte der amerikanische Präsident, Truman, wenig später dies offiziell nachgeholt und die Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Staaten, die später zum Warschauer Vertrag gehörten, zur außenpolitischen Doktrin aller kapitalistischen Staaten erhoben. Damit war die Geburtsstunde der „Systemauseinandersetzung“ eingeleitet. Sie besteht, wenngleich unter veränderten Bedingungen und ohne sie nach „Blöcken“ oder „Lager“ zu gruppieren, faktisch bis in unsere Zeit fort.

Von Bedeutung ist zu wissen, daß sich diese Gegensätze der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssysteme vor allem zwischen den beiden deutschen Staaten widerspiegelt haben. Mehr noch, Deutschland stellte über lange Zeit den eigentlichen Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen diesen Gesellschaftssystemen dar. Hier standen sich beide Seiten unmittelbar gegenüber.

Den führenden Kräften des kapitalistischen Lagers schien es nach dem gerade

erst überstandenen Krieg ratsam, die ökonomische Überlegenheit ihres Systems und den entsprechenden Wohlstand seiner Bürger gegenüber den sozialistisch orientierten östlichen Staaten zur Schau zu stellen. Diese Zur-Schau-Stellung war, in einem juristischen Terminus ausgedrückt, von Anfang an „ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt“. Die Leistungsfähigkeit, die eigentlich objektiv verglichen werden sollte, beruhte auf völlig unvergleichbaren Ausgangsbedingungen. Die Sowjetunion und alle sozialistisch orientierten östlichen



Der erste Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit: Wilhelm Zaisser (1893–1958)

Staaten hatten durch den Krieg auf allen Gebieten unsagbare Schäden und Verluste hinnehmen müssen. Ihre Länder lagen noch in Schutt und Asche, was den Westen von vornherein in eine völlig eindeutige Vorteilssituation gebracht hatte. Sie konnten sich zudem auch sicher sein, daß die Mehrheit der aus der Nazizeit an Verblendungen gewohnten Bürger Deutschlands die wahren gesellschaftlichen Hintergründe gar nicht kannte und daher ihrer Strategie blind folgen würde. Gerade deshalb machten sie es zum Hauptbestandteil ihres Planes, die vermeintliche Überlegenheit ihres kapitalistischen Systems gegenüber sozialistischen Gesellschaftsordnungen „beweisen“ zu wollen.

Die im Juni 1948 erfolgte Einführung der Deutschen Mark (DM) in den westlichen Sektoren als separate Währung war der erste Spaltungsakt Deutschlands und zugleich ein wesentlicher Schachzug der westlichen Strategie gegen die östlichen Staaten. Um sich nicht der westlichen Währung und damit deren Einfluß- und wirtschaftlichen Störungsaktionen auszusetzen, mußte die Herausgabe unserer Mark der DDR erfolgen und hingenommen werden, daß sie mit der westlichen Währung nicht frei konvertierbar sein durfte. Dennoch ergab sich aus der Währungsmanipulation in der Folgezeit für sie bereits ein breites Feld, ihre hochgespielte Freizügigkeit und Reisemöglichkeit als verlockende Vorteile herauszustellen. Westdeutschland sollte zum „Schaufenster des Westens“ werden, Wohlstand und Wohlergehen demonstrieren und diese Meinung in die östlichen Staaten tragen. Zu dem Zweck wurden deren Bürger zunächst förmlich von einem Tag zum anderen mit Konsumgütern überschüttet. Da ein solcher „Segen“ sachlich nicht zu erklären war und die eigentlichen Hintergründe der Politik verschwiegen werden sollten, ließ man sich den Begriff „Wirtschaftswunder“ einfallen. Man ließ den Bürgern den Glauben und täuschte ihnen vor, daß dies wundersame Wohlergehen allein ihren eigenen Leistungen zu danken sei und die Ostdeutschen in ihrer Leistungsfähigkeit zurückbleiben würden. Parallel zu ihrer demagogischen Leistungsdemonstration inszenierten sie einen Propagandafeldzug gegen die DDR widerlichster Art. Nach Wahrheitsgehalt wurde nicht gefragt, was der Verketzerung und Entstellung der DDR und ihres gesellschaftlichen Systems diene, war ihnen recht. Der herkömmliche Propagandaapparat wie Presse, Funk und Fernsehen reichte ihnen bei weitem nicht aus. In allen Parteien und gesellschaftlichen Einrichtungen hatte man eigene sogenannte Ostbüros formiert, von denen ständiger Einfluß auf den Osten ausgeübt wurde. Neben den staatlichen Einrichtungen wie dem Bundesnachrichtendienst (BND), dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), dem „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfJ) oder der „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ (KgU), den Ostbüros aller Konzerne, der Geheimdienststeinrichtungen aller Besatzungsmächte, existierten staatlicherseits gern

gesehene private Schleuser- und sogenannte

Widerstandsorganisationen. Man übersäte uns förmlich mit großen Flugblatt- und Hetzschriftaktionen. Es wurden selbst große Ballonaktionen gestartet, mit denen Hetzschriften über das Gebiet der DDR verbreitet, Spionageaufnahmen gemacht und mit Phosphorbrandsätzen Brände inszeniert wurden. Das vorrangige Bemühen aller westlichen Sender und Redaktionen bestand darin, den Charakter der westdeutschen Gesellschaft in den höchsten Tönen zu preisen und den der DDR nach allen Regeln der Kunst zu schmälern und zu diskreditieren. Wie wichtig den führenden Kräften der BRD die Schwächung der sozialistisch orientierten Staaten und andererseits die Erhaltung und Festigung ihres eigenen kapitalistischen Systems waren, äußerte sich in der Tatsache, daß sie selbst nicht einmal davor zurückschreckten, zu hinterhältigen subversiven Mitteln zu greifen. Die Palette ihres Vorgehens reichte von gezielten Abwerbungen gut ausgebildeter Fachkräfte bis zu Brandstiftungen, Diversionen, Sabotagen oder anderen subversiven Vorgehensweisen gegen die DDR, um deren Leistungsfähigkeit zu stören. Es ist einfach unmöglich, die Vielzahl der einzelnen Aktionen darzulegen. Es war z. B. ein offenes Geheimnis, daß man bei einer „Republikflucht“ in die BRD die sogenannte Anerkennung als politischer Flüchtling erhalten konnte, wenn man in irgendeiner Weise gegen die DDR gehandelt hatte. Das wurde in der BRD mit einem entsprechenden „Startkapital“ honoriert und begünstigt. Bezeichnend ist, daß selbst banal scheinende Umstände genutzt wurden, um Unruhe und Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung zu verbreiten, die Tag für Tag DDR-weit horrenden materiellen und ideellen Schaden anrichteten. So z. B. durch fingierte Weisungen und Falschmeldungen, um Stromabschaltungen in Betrieben auszulösen, Zuweisungen von fertiggestellten Wohnungen dadurch zu verzögern, daß nach Fertigstellung des Neubaus Abflußrohre zubetoniert wurden, die umfangreiche Ausbesserungen erforderten, Verzögerungen von Zulieferungen von Bosch-Einspritzdüsen für Baumaschinen oder Dumper-Karren auf Baustellen, die den Bauablauf behinderten. In ländlichen Bereichen waren Brandstiftungen an Getreidemieten, auch an Ställen, wo Nutzvieh gehalten wurde, immer häufiger. Dabei wählte man gezielt Objekte, durch die negative Folgeerscheinungen ausgelöst wurden. Auch auf dem Gebiet des Außenhandels liefen ähnliche Störaktionen. Man war über alle Außenhandelsbeziehungen bemüht, Betriebe in anderen Staaten auszumachen, die Handelsbeziehungen zur DDR unterhielten, um Verträge zu verhindern oder Lieferungen zu stören. Die Anschläge gegen die DDR hatten immer

den gleichen Ablauf. Zunächst wurden Störungsmöglichkeiten ausspioniert, um sie dann durch Sabotageakte und andere Anschläge gegen die DDR umzusetzen und so zu schädigen. Wenn man in Betracht zieht, welche Schädigungen der DDR-Volkswirtschaft bis August 1961 bei offenen Grenzen ausgelöst wurden, kann man ermesen, wie dringend es für die DDR-Wirtschaft war, die Grenze zu schließen. Das war eine höchst unpopuläre Entscheidung, die viel Unzufriedenheit und Proteste ausgelöst hat, aber unumgänglich war. Immer wieder erfolgten Störaktionen an Eisenbahnverbindungen und Brücken. Dadurch sah sich die DDR-Regierung veranlaßt, wichtige Zentren über Jahrzehnte unter ständigen Polizeischutz zu stellen. Mitte der sechziger Jahre war es den Sicherheitsorganen der DDR immer besser gelungen, die westlichen Anschläge aufzudecken. Die westlichen Diversionseinrichtungen hatten sich daraufhin entschieden, ihre Anschläge nicht mehr in einem Komplex von der Spionage bis zur Diversion zu gestalten, sondern unterschiedliche Personen damit zu beauftragen. Der Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR „Hüttenrauch und Latinsky“ im Jahre 1967 zeigt daher letztmalig die ganze Vielfalt von der Spionage, Sabotage und der Diversion in einem großen Verfahren. Es sei in diesem Zusammenhang betont, daß alle Bürger, die in irgendeiner Form gegen den Bestand der DDR gehandelt haben, von westlicher Seite als „Widerstands- und Freiheitskämpfer“ betrachtet und entsprechend honoriert wurden. Die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, insbesondere die des MfS, die im Interesse ihres Landes die Anschläge aufgedeckt und enttarnt hatten, wurden und werden bis heute verketzert und verleumdet und als „Straftäter“ betrachtet. Es sei daher ausdrücklich betont, daß unsererseits, seitens der DDR, nicht ein einziger Anschlag gegen Einrichtungen und den Bestand der Bundesrepublik erfolgte, wie es umgekehrt seitens der BRD gegen die DDR ständige Praxis war. Die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit und anderer Sicherheitseinrichtungen sowie deren hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter waren immer nur darauf gerichtet, Anschläge gegen unseren Staat, die DDR, abzuwehren. Wir haben immer im Auftrag und zum Schutz unseres Landes und gesellschaftlichen Systems gehandelt. Wenn der Ruf der Angehörigen des MfS in der Öffentlichkeit dennoch derart negativ ist, so ist das ganz entscheidend auch auf folgenden Umstand zurückzuführen: Die Mitglieder der Zentralen Parteileitung des MfS der Bezirksverwaltung Neubrandenburg, deren 1. Sekretär ich war, hatten Anfang 1956 beschlossen, daß jedes eingeleitete Ermittlungs- bzw. Strafverfahren gegen Bürger zusammen mit der zuständigen Abteilung der Staatsanwaltschaft in dem jeweiligen Wohn- bzw. Arbeitsbereich

vorgetragen und ausgewertet wird. Solche Veranstaltungen, die dann auch in vielen anderen Bezirken erfolgten, fanden große Zustimmung und interessierte Aufnahme seitens der Bevölkerung. Mit der Begründung, daß durch die Darlegungen auf solchen Zusammenkünften bekannt würde, auf welchem Wege man entsprechende Verbindungen nach Westberlin knüpfen könne, um sich Westgeld zu verschaffen und der Befürchtung, in die Fänge westlicher Geheimdienste geraten zu können, wurde uns von den übergeordneten SED-Bezirksleitungen untersagt, den Inhalt solcher Vorgänge zu publizieren. Die Folge war, daß die Gegenseite dieses als Freiraum für die eigene Propaganda weidlich ausnutzte. So wurden auf diese Weise die schlimmsten Schauermärchen erfunden. Wir waren die bösen „Straftäter“, die die „Freiheitskämpfer“ mißhandeln würden. Diese Art Schreckensmeldungen setzten sich nach 1990 mit noch größerer Intensität und Dramatik fort. Über uns wurden völlig haltlose unsinnige Darstellungen verbreitet. Da wurden unsere Fotolabore zu Einrichtungen, wo Giftspritzen verabreicht wurden, Schießstände für die militärische Ausbildung wurden zu Orten, wo Erschießungen erfolgten und Haftanstalten wurden zu Foltereinrichtungen. Niemand von den Journalisten hat sich je gefragt, wie es denn möglich sei, daß sich keine Getöteten finden ließen und, daß nach 1990 kein einziger Strafprozeß gegen die Täter solcher geschilderter Verbrechen erfolgt war. Es gab keine Prozesse, weil es solche Verbrechen nicht gab! Gefragt wurde nie nach dem Wahrheitsgehalt der Meldungen. Wichtig war allein, ob die Meldung geeignet war, unser Ministerium und seine Mitarbeiter zu verteufeln und damit das ganze gesellschaftliche System der DDR zu verdammen. Was nach 1990 auf dem Gebiet der Wirtschaft geschah, verschlug einem förmlich den Atem. Um unsere vorwiegend volkseigene Wirtschaft „leistungsfähig“ zu machen, wurde sie „auf Teufel komm raus“ privatisiert. Was sich nicht zum Schleuderpreis verschern ließ, wurde „geschleift“. Abgesehen von den vielen persönlichen Protesten nahm die Mehrheit der Bevölkerung aus Unkenntnis das Geschehen und „Wüten“ der Treuhandanstalt hin und schwieg. Neben eingeleiteten individuellen rechtlichen Verfahren war in dieser Hinsicht von den etablierten Parteien oder Persönlichkeiten nichts zu hören. Angesichts solcher Haltungen darf es nicht verwundern, wenn die führenden Initiatoren des „Vereinigungsprozesses“ ein solches Schweigen als „konkludentes“ (zustimmendes, rechtlich nicht unerhebliches) Verhalten der Bevölkerung registrierten, das sie ermutigte, ungehindert weiterzumachen.

Geschichte für Dummies Oder DDR-Geschichte als Comic

Mein Eindruck ist, daß in diesem Lande Kenntnisse über Politik, Gesellschaft und Geschichte nur über Bildchen und Erklärschnipsel verbreitet werden, die viele Jugendliche über WhatsApp, TikTok, Instagram (und andere unsoziale Medien) oder Youtube beziehen.

Was die Vermittlung von DDR-Geschichte angeht, ist es ganz offensichtlich so. Nun hat die Bundeszentrale für politische Bildung (sic!) in fröhlicher Eintracht mit der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und von denen beschäftigten Geschichtsprofessoren eine Druckschrift mit dem Namen „Kleine illustrierte Geschichte der DDR“ im Verlagshaus Jacoby und Stuart zur Welt gebracht. Ein Comic mit 160 Seiten und für 19 Euro nicht ganz billig. Jede Menge Fakten, die, jeder für sich, nicht falsch sind. Das Verbindende und damit das sich Einprägende sind jene vermittelnden Bilder und der durch sie entstehende Eindruck. Auf der Seite des Verlages kann man dazu folgendes lesen: „So wurde die Geschichte der DDR noch nie erzählt! Kleine illustrierte Geschichte der DDR skizziert 40 Jahre DDR, von ihrer Gründung bis zu ihrem Ende. Thomas Henseler und Susanne Buddenberg haben ein Sachbuch als Grundlage genommen, in kleine Text-Häppchen aufgeteilt und mit vielen Illustrationen, Sketchnotes, Comics und Symbolen aufbereitet.

Die DDR als Spielball der Weltmächte, die Entwicklungsgeschichte der SED, die Machtkämpfe der Mächtigen hinter den Kulissen, die Entwicklung der DDR von ihrer Gründung bis zu ihrem Untergang werden aufschlußreich visualisiert. Namen werden zu Gesichtern, historische Daten zu Kalenderblättern und Metaphern werden wörtlich genommen, so daß sich gerade jüngere Leser ein Bild von der DDR machen können.“¹

Man wendet sich also zuvörderst an die jüngere Generation, jene, von der man annimmt, daß sie „leichte Kost“ bevorzugt. Die Älteren, welche die DDR mehr oder weniger lange aus eigenem Erleben kennenlernten, werden wohl eher von diesem Comic oder Neudeutsch „graphic novel“ genannten Druckwerk Abstand nehmen. Schon die ersten Seiten vermitteln alle eine Lageroptik etwa nach dem Motto: Erst haben die Nazis die Menschen in Lager gesperrt, dann taten es die Russen und die DDR-Kommunisten dann wohl auch. Oder: Auf Seite 9 z. B. sieht man, daß die Sowjetunion ihr „undemokratisches“ System der DDR oktroyieren will und sich bei der Installation einer geplanten

kommunistischen Diktatur in ganz Deutschland überschätzt. Welche Verantwortung die Westalliierten an der Entfaltung des Kalten Krieges haben – kein Wort davon. Daß z. B. die Briten die UdSSR im Kampf gegen die Hitlerarmee nur unterstützt haben, um die Deutschen davon abzuhalten, Großbritannien



nien anzugreifen und außerdem heimlich hofften, Hitler mache die ungeliebte Sowjetunion platt oder schwäche sie soweit, daß sie dann leichte Beute wäre – kein Wort davon. Ergo: Der Russe und die deutschen Kryptokommunisten, die völlig unter sowjetischer Knute standen, sind schuld am Kalten Krieg. In diesem Stil geht es dann weiter. Auf Seite 24 wird dem Leser zwar mitgeteilt, daß die Westmächte eigenmächtig im Westteil Deutschlands eine Währungsreform durchgeführt haben, aber nicht, mit welchem Ziel und daß das zur völligen Abkopplung der Wirtschaft Ost geführt hat. Dargestellt wird: Besonders prekär war die Lage in Berlin. Die Spaltung Berlins war damit zementiert. Die Sowjetunion verhängte eine Blockade über den Westteil mit dem Angebot, sofort über deren Beseitigung mit den Westalliierten zu reden. Doch ein hoher US-General fand es eine gute Idee, doch mal zu erproben, ob man eine solche Stadt aus der Luft versorgen könne. Die Folgen für die Westberliner waren ihm egal. Und im Nachhinein stellte es sich auch als prima Propagandacoup heraus: gute Amis gegen böse Russen. Die Mär hält sich bis heute. Für solche widersprüchlichen Details ist in diesem Geschichtsbildcomic natürlich kein Platz. Auch würde es das Bild, welches man erzeugen will, stören. Und noch ein Beispiel. Auf Seite 129 befassen sich die Autoren mit dem Verhältnis von Kirchen und Staat in der DDR der 70er und 80er Jahren. Unter anderem wird behauptet, daß die

protestantische Kirche unter dem Motto: „In dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie ...“ Kirche im Sozialismus sein wollte. Nach der Wiedereinführung kapitalistischer Machtstrukturen nach dem 3. Oktober 1990 wurde dann ruchbar, so die Autoren, daß das auf die vollständige Durchdringung der protestantischen Kirche durch Stasi-IMS zurückzuführen sei. Na ja, so war es dann wohl doch nicht. Es gab in der protestantischen Kirche einige Würdenträger und theologische Hochschullehrer, die durchaus mit dem sozialistischen Ansatz der DDR, vor allem mit dem Antifaschismus und der Haltung zum Frieden, einverstanden waren, z.B. der Weißenseer Arbeitskreis unter Prof. Hanfried Müller, doch die offizielle Haltung der protestantischen Kirche zur DDR war es nicht. Eher war es so, daß die Kirchen DDR-Oppositionellen aller Couleur Schutz und Heimstatt boten und sich ansonsten heraushielten aus dem vielfältigen gesellschaftlichen Umfeld. Und insofern sie Staatsfeinden Unterschlupf und Hilfe angedeihen ließen, waren sie natürlich Beobachtungsobjekt jener DDR-Behörde, welche die Sicherheit des Landes im Namen führte.

Also wie immer – nicht ganz falsch, was im Comic steht, aber eben auch nicht ganz richtig. Vor allem durch Weglassen von Tatsachen wird die DDR-Realität auf keinen Fall richtig widerspiegelt. Es geht eben um den negativen Gesamteindruck, den man von dem kleinen Teil Deutschlands haben soll, der es gewagt hatte, einen antikapitalistischen, antifaschistischen, friedensorientierten Weg einzuschlagen und deswegen nicht nur in den Redaktionsstuben der Springerpresse von ganzem Herzen gehaßt wurde, sondern auch von den wichtigsten westlichen Industrieländern mit einer Vielzahl von Sanktionen belegt wurde, was für die Entwicklung der DDR-Volkswirtschaft extrem belastend war. Natürlich wurden bei dem Versuch, sich an den Sozialismus heranzutasten, Fehler gemacht, kleine und große. Trotzdem war die DDR eine gute Alternative zu Kapitalismus und Krieg. Leider haben viele das erst bemerkt, als auch ihr Arbeitsplatz „abgewickelt“ wurde. Und Pleite, wie das heute – auch in diesem wundervollen Geschichtenerzähler-Comic – vielfach kolportiert wird, war die DDR bei weitem nicht. Immerhin wurden die Gesamtschulden der DDR schon in den 90er Jahren von Berlin deutlich übertroffen – und Berlin mußte auch nicht abgewickelt werden. Deswegen meine Aufforderung an alle, die sich aus eigenem Erleben erinnern können, gebt euer Wissen weiter an die Jugend, auf daß sie nicht auf solche Propagandaschriften angewiesen ist!

Uli Jeschke

¹ <https://www.jacobystuart.de/buecher-von-jacoby-stuart/neuerscheinungen/kleine-illustrierte-geschichte-der-ddr/>

Ein Teil der Geschichte, der bewahrt werden muß

Ein Interview mit dem Historiker und Politiker Tobias Bank

Sie sind Jahrgang 1985, waren Kommunal- und Bundespolitiker für die Partei Die Linke und sammeln seit vielen Jahren Plakate, Auszeichnungen und andere Objekte zur Geschichte der DDR. Was hat Ihr Interesse an diesen Gegenständen und der DDR-Geschichte geweckt?

Als Grundschüler habe ich nach der „Wende“ erlebt, wie teilweise noch verpackte Produkte aus der DDR durch Fenster in Müllcontainer geworfen wurden. Auch Bücher waren dabei. Als Kind wollte mir nicht einleuchten, wie man so mit Sachen, die ein Mensch erdacht und erschaffen hat, umgehen konnte. Außerdem gab es in meiner Familie plötzlich und bis 1989 unbekannte Arbeitslosigkeit. Daß Straßen umbenannt wurden, konnte ich kaum verstehen. Was ist denn an „Straße des Friedens“ falsch? Diese und andere Erfahrungen haben mein Interesse an Geschichte und Politik geweckt. Heute bin ich Historiker und blicke auf 25 Jahre aktive politische Arbeit zurück.

Wie schätzen Sie die Debatten um die Geschichte der DDR ein?

Die 40jährige DDR-Geschichte wird oft auf Mauer und Mangel reduziert. Erfolge, Errungenschaften und Lebensleistungen finden zu selten Beachtung. Auch wird häufig die politische Weltlage nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Betrachtung der DDR vergessen. Für mich ist die DDR ein Teil deutscher und damit auch europäischer Geschichte, der bewahrt werden muß. Eine Möglichkeit dafür ist das Sammeln von historischen Quellen wie z. B. Plakaten und Auszeichnungen. Originale Quellen lassen sich schlechter verfälschen. Daher stelle ich in meinen Ausstellungen immer Quellen bzw. Exponate in den Vordergrund und lasse den mündigen Betrachter vor allem erst einmal selbst urteilen. Selbstverständlich braucht Geschichte Quellenkritik, Einordnung und Hintergründe. Diese darf aber nicht durch Interpretationen und Pauschalisierungen überlagert werden. Oft wird DDR-Geschichte aus dem inhaltlichen oder zeitlichen Kontext gerissen. Und das in beide Richtungen. Zu meinen Ausstellungen biete ich daher immer auch Vorträge oder Führungen an, um Hintergrundwissen oder Objektgeschichte zu vermitteln.

Das Verzeichnis der Ausstellungen, die Sie vor allem im Land Brandenburg, aber auch bis nach Trier und Dresden mit Exponaten aus Ihrer Sammlung gezeigt haben, ist lang. Mir fiel auf, daß Sie mehrfach Arbeitsschutzplakate aus der DDR seit 2010 gezeigt haben. Was ist das Besondere für Sie gerade an diesem Thema?

Die Künstler in der DDR haben in der Regel eine sehr gute Ausbildung genossen. Dies spiegelt sich auch in der Qualität der Plakatgestaltung wider. Die Arbeitsschutzplakate haben zudem die Besonderheit, daß die meisten noch heute inhaltlich richtig und aktuell sind: „Halte Deinen Arbeitsplatz sauber!“, „Sorge für Wegefreiheit!“ oder „Gefahrenstellen sofort beseitigen!“ Diese Hinweise haben ihre Gültigkeit nicht verloren. Das Interesse an den Plakatausstellungen war immer sehr groß, so daß ich sie viel öfter als ursprünglich geplant gezeigt habe. Außerdem habe ich zu den Eröffnungen immer interessante Gäste eingeladen. Zur Eröffnung meiner größten Plakatausstellung, zu der in überraschender Weise auch das Fernsehen kam, sprach Prof. Heinrich Fink, mit dem mich eine intensive Freundschaft verbunden hat.

Andere Ausstellungen von Ihnen waren zum Beispiel DDR-Plakaten zum 8. Mai gewidmet. Gegenwärtig gilt so etwas beinahe als Propaganda für Rußland. Gab es für Sie einen bestimmten Anlaß, diese Ausstellungen zu veranstalten?

An den Fakten, daß Deutschland vom Faschismus befreit wurde und die Sowjetunion dafür das größte Opfer brachte, ändern auch aktuelle Debatten nichts. Daher halte ich es für geschichtsvergesen, wenn dem russischen Botschafter die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai untersagt wird. Anlaß für die Konzeption zu dieser Ausstellung war tatsächlich der Einzug der AfD in den Brandenburger Landtag 2014.

Ihr historisches Interesse geht über die DDR-Geschichte hinaus. Sie erinnerten zum Beispiel mit einer Broschüre an das Kriegsgefangenenlager Dyrotz, das im Ersten Weltkrieg westlich von Berlin existierte. Auf Ihre Initiative hin wurde dort eine Stele errichtet. Warum war Ihnen die Erinnerung daran wichtig?

Auf dem Gelände des Kriegsgefangenenlagers stehen heute Häuser und dort wohnen junge Familien. Nichts erinnerte mehr an dieses Lager, in dem vor allem Briten, Franzosen und Russen gefangen waren. Es gibt keine bekannten schriftlichen Quellen zu dem Lager, obwohl Straßen, Bahntrassen und die Kanalisation des Ortes von den Gefangenen gebaut wurden. Die Russen wurden am schlechtesten behandelt und galten als Gefangene zweiter Klasse. Mir war wichtig, daß daran erinnert wird, was vor über 100 Jahren in den heute akkurat bepflanzten Vorgärten geschah.

Sie haben auch eine Ausstellung zum 100. Tag der Ermordung von Karl Liebknecht gestaltet. Wie sind sie dazu gekommen?

Zu dem Zeitpunkt habe ich im ehemaligen Wahlkreis von Karl Liebknecht gewohnt und 15 Jahre zuvor die Umbenennung des Karl-Liebknecht-Platzes in Elstal in Marktplatz verhindert. Zum 100. Tag der Ermordung geschah erwartungsgemäß in der Region nichts. Also habe ich eine sechsteilige Ausstellung produziert, die einen Schwerpunkt auf den Wahlkreis Liebknechts legte. Außerdem wurde Liebknecht auf einer von mir angeregten Stele verewigt. Da die Ausstellung vor allem eine Textausstellung war und sein sollte, sagte eine Freundin nach der ersten Eröffnung: Du hast ein Buch für die Wand geschrieben. Obwohl ich in Vitrinen auch historische Originalexponate aus der Zeit ausgestellt hatte, hat sie recht gehabt.

Bemerkenswert finde ich auch die Ausstellung „Ausgeliehen, gelesen, erlebt“ mit Bibliotheksplakaten aus der DDR, die wie die anderen in mehreren Städten zu sehen war. Wie kommen Sie an die dafür benötigten Ausstellungstücke?

Viele der Bibliotheksplakate, die z. B. auch im Gerhart-Hauptmann-Museum in Erkner oder im „Literaturmuseum Theodor Storm“ in Heiligenstadt zu sehen waren, habe ich tatsächlich auf Trödelmärkten zusammengesucht. Die meisten Plakate habe ich aber von einem anderen Sammler und guten Freund, der in der DDR beim FDJ-Zentralrat gearbeitet hat und später Bibliothekar wurde, geschenkt bekommen. Die erste Ausstellung hatte ich ihm gewidmet.

Ihre Sammlung ist so gewachsen, daß Sie damit jetzt in Treuenbrietzen südwestlich von Berlin ein Museum eröffnen wollen. Was wird dort zu sehen sein und ab wann geht es los?

Neben Plakaten sammle ich seit 28 Jahren Orden, Medaillen, Abzeichen, Münzen, Blankwaffen und Ehrengeschenke aus der DDR. Aus diesem Bestand habe ich 2001 das erste Mal eine Ausstellung gestaltet, auf der Orden gezeigt wurden. 2011 und 2014 kuratierte ich für das DDR-Kunstarchiv in Beeskow numismatische Ausstellungen mit jeweils ca. 250 Medaillen. Dieser Bestand muß meiner Meinung nach unbedingt gezeigt werden. Daher wollen wir im Frühjahr 2027 auf ca. 200 Quadratmetern ein ordenskundliches Museum eröffnen. Derzeit läuft die ingenieurtechnische Planung. Wer für das Museum Exponate spenden oder verkaufen möchte, kann sich gerne unter 01746 24 00 53 melden.

Das Interview führte Arnold Schölzel

Internationale Brigaden im Spanien-Krieg

Die Geschichte der Internationalen Brigaden gehört inzwischen zu den am besten erforschten Aspekten des Spanischen Krieges, über die Anzahl der Brigaden, ihre Mannschaftsstärken und ihre Einsätze liegt eine umfangreiche Literatur vor. Erst jüngst (2020) erschien mit „The International Brigades. Fascism, Freedom and the Spanish Civil War“ von Giles Tremlett (gleichzeitig mit der spanischen Übersetzung) ein detailliertes, 696 Seiten starkes Buch, für das der Verfasser in allen Archiven, vor allem in den russischen und spanischen, gearbeitet hatte. Ende 1938/Anfang 1939 war es nach der Niederlage der Republik gelungen, den größten Teil der Dokumente der Internationalen Brigaden und der Kommission für ausländische Kader beim ZK der KP Spaniens nach Moskau zu evakuieren. In den 60er Jahren erhielt die DDR von der Sowjetunion Kopien eines Teils dieser Dokumente. Diese befinden sich heute im SAPMO im Bundesarchiv und sind frei zugänglich. Wer sich allerdings einen schnellen Überblick über die Internationalen Brigaden verschaffen will, der kann auf die vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR im Dezember 1988 herausgegebene Broschüre „Spanienkämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik“ zurückgreifen. In dieser Broschüre sind alle 7 Internationalen Brigaden mit ihren Bataillonen und Kommandostäben aufgeführt, also die XI., die XII., die XIII., die XIV., die XV., die 129. und die 86. Brigada Mixta mit dem 20. Internationalen Bataillon. Außerdem gab es noch die I. und die II. Internationale Artillerieabteilung mit jeweils 3 Batterien, eine Internationale Schwere Batterie und eine Flakbatterie. Alle Artillerieeinheiten hatten aber keinen Brigadestatus.

In seinem Artikel „Schule des Kampfes. Slowenen im spanischen Bürgerkrieg“, „RotFuchs“, Oktober 2025, schreibt Dr. Michael Polster, es

habe 54 Internationale Brigaden mit mehr als 35 000 Freiwilligen gegeben. 54 Internationale Brigaden waren aber weder den Spanienkämpfern bekannt, noch wird sie von Historikern genannt. Über die Anzahl der Interbrigadisten herrscht inzwischen völlige Klarheit. Der Deutsche Wilhelm Zaisser, als „General José Gómez“ letzter Kommandant der Base Albacete, also des Verwaltungszentrums der Internationalen Brigaden, meldete 31. März 1938 an den Generalstab der Spanischen Volksarmee, daß es insgesamt 31 369 Interbrigadisten gegeben habe, von denen 4575 gefallen seien und von 5740 der Aufenthalt unbekannt sei. Mehr als ein Jahr später, im September 1939, erstattete André Marty, in Spanien als Leiter der Militärpolitischen Kommission der höchste politische Funktionär der Interbrigaden, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einen Bericht, in dem er auch über die Gesamtzahl der Interbrigadisten sprach. Er nannte die Zahl 32 165, wobei die Differenz zu der von Zaisser genannten Anzahl wohl dadurch zustande kam, daß zwischen dem März 1938 und dem Abzug der Interbrigaden von den Fronten ab September 1938 noch zahlreiche Freiwillige nach Spanien kamen.

Der Autor schreibt weiter, daß über 1700 jugoslawische Freiwillige an der Seite der Spanischen Republik kämpften. In einer Analyse, die die Kommission für ausländische Kader beim ZK der KP Spaniens im Juli 1941 in Moskau über die jugoslawischen Freiwilligen ausgearbeitet hatte, ist von 1192 jugoslawischen Freiwilligen die Rede, von denen 528 Kroaten, 254 Slowenen, 199 Serben, 35 Montenegriner usw. sind. (s. Anhang aus dem Komintern-Archiv, RGASPI f.545-op.6-d.1522).

Was die Herkunft der meisten Freiwilligen betrifft, ist zunächst Frankreich (incl. Algerien) zu nennen, nämlich 8950, aus Polen waren es 3110, aus Italien 2944, aus den

USA 2336 und aus Deutschland 2318 Personen. Der größte Teil von ihnen war von den jeweiligen kommunistischen Parteien geschickt worden. Fast alle kamen über Frankreich, deshalb muß auch die Rolle der Kommunistischen Partei Frankreichs besonders betont werden, weil diese einen Teil ihres Apparates zur Verfügung stellte, damit die Freiwilligen registriert und über die französisch-spanische Grenze zu ihrem ersten Sammelpunkt auf spanischem Boden in der Stadt Figueras gebracht werden konnten.

Wird über die Jugoslawen und besonders die Slowenen im Spanienkrieg berichtet, so sollten noch zwei Tatsachen genannt werden. 1.) In Spanien hatte die Sowjetunion seitens der Komintern die Tarnbezeichnung „Mexiko“. Aus diesem Grund wurden die Emigranten, die aus der Sowjetunion nach Spanien delegiert wurden, „Mexikaner“ genannt. Unter diesen „Mexikanern“, die dann in Spanien in der Regel militärisch und politisch in besondere Funktionen eingesetzt wurden, war der Anteil der Jugoslawen und besonders der der Slowenen sehr hoch. 2.) Einer der höchsten Funktionäre der Base Albacete war der Slowene Dragotin Gustinčič (1882-1974), der Ende 1936 den Postdienst und die Militärzensur der Internationalen Brigaden aufbaute und beide Institutionen auch noch nach der Auflösung der Base bis Herbst 1938 leitete. Generell mußte alle aus- und eingehende Post die Zensur passieren, dabei ging es nicht nur um den Schutz militärischer Geheimnisse, sondern auch darum, aus den Briefen die Stimmung und die Probleme der Interbrigadisten zu erfahren. Darüber mußte Gustinčič dann monatlich dem Generalkommissar/Generalinspekteur der Interbrigaden und dem Generalstab der Spanischen Volksarmee berichten.

Dr. Werner Abel

Am 5. Januar begeht der Jurist und Philosoph

Prof. Dr. Hermann Klenner seinen 100. Geburtstag.

Wir gratulieren unserem Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins von ganzem Herzen und wünschen beste Gesundheit, verbunden mit großem Dank für die Treue zum Marxismus-Leninismus und der Arbeiterbewegung.

Hermann Klenner war im Zweiten Weltkrieg Soldat und studierte 1946 bis 1949 Rechtswissenschaft in Halle. 1951 wurde er mit der Wahrnehmung einer Dozentur an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität für die Theorie des Staats und Rechts und die Geschichte der politischen Anschauungen beauftragt, 1956 zum Professor berufen. Er war der führende Rechts-theoretiker der DDR und weit über deren Grenzen international anerkannt. Heute ist er Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie.

1958 geriet er in scharfen Konflikt mit der Partei- und Staatsführung, war zeitweilig Bürgermeister im Oderbruch und ab 1960 an der Hochschule für Ökonomie, danach an der Akademie der Wissenschaften tätig. Sein Werk ist enzyklopädisch und umfaßt nicht nur hunderte Titel, sondern auch die Herausgabe wichtiger rechtstheoretischer Schriften. Im Anhang zu seiner Ausgabe der Hegelschen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ schrieb Hermann Klenner 1981 über die „Oberflächenkritik“ von Zeitgenossen daran: „Sie bemerkten den Maulwurf nicht, der am Werke war, sie ahnten nicht, wie tief der Atem geholt sein muß, wenn man auf dem langen Marsch nach vorn ist.“

Dank fürs tiefe Atemholen auf dem langen Marsch nach vorn!

Weimar – Stadt von Goethe und Schiller?

Kleine Impression kulturellen Verfalls

Voller Vorfriede besuchte ich im September 2025 nach über 40 Jahren Weimar und war gespannt auf die Klassiker-Stätten. Im Nachhinein schüttelte ich den Kopf wegen meiner Illusion, wenigstens Goethe und Schiller würde man im Geiste bürgerlicher Halbbildung noch „irgendwie“ würdigen. Jedoch spielt Schillers Werk gar keine Rolle, Goethes Leben wird „modern“ aufgemacht, ganz so, wie Gottfried Keller schon spottete: „Jedes Gespräch wird durch den geweihten Namen beherrscht, jede neue Publikation über Goethe beklatscht, er selber aber nicht mehr gelesen“.¹

Im Schillerhaus hängen ein paar Faksimiles von Handschriften und Zeichnungen von Theateraufführungen; dass Schiller hier seine letzten drei Lebensjahre verbrachte, „Wilhelm Tell“ vollendete und „Die Braut von Messina“ schrieb, wird gerade noch erwähnt. In den sich anschließenden Wohnräumen war ich der einzige Besucher. Die zweckmäßige Einrichtung ist sehr schlicht, gerade im Vergleich zu Goethes Wohnhaus. Ich dachte sofort an Schillers lebenslange Existenznot und seine schweren Krankheiten, als ich die dünnen Hauswände, die spärlichen Öfen, die einfach verglasten Fenster sah, nur (teure) Kerzen als Licht am Schreibtisch ... Als er mit 45 Jahren starb, war ein Lungenflügel zerstört, der Herzmuskel stark geschädigt und die Nieren fast aufgelöst.

Neben am Schillermuseum aus DDR-Zeiten zeigte man eine Faust-Ausstellung, was mich irritierte. Der Eingangsbereich erinnerte an Kindergarten, also machte ich kehrt und hörte statt dessen unter Kopfhörern „Faust I und II“. Dauer: sechs Minuten, für Schüler „entwickelt“. Diese sollen begeistert sein, und die Lehrer vermutlich auch, sie müssen sich nicht damit befassen, können aber mitreden.

In Goethes Wohnhaus am Frauenplan zeigt zunächst ein Film die Umbauten des Hauses im Laufe der Zeit. Wie welche Gebäudeteile genutzt wurden, darauf will sich die Forschung demnächst konzentrieren ... Die 18 zu besichtigenden Räume zeugen von Geschmack, Wohlstand und vermitteln mit Bibliothek, Arbeitszimmer und Raum für die naturwissenschaftlichen Sammlungen etwas von der kreativen Atmosphäre, in der Goethe lebte und arbeitete. Umschiff wird natürlich die Leistung der DDR; so erfährt man nur, dass nach dem Tod des letzten Enkels von Goethe das historische Wohnhaus

und seine Sammlungen dem 1885 gegründeten Goethe-Nationalmuseums übergeben wurden und 1913 und 1935 Erweiterungsbauten entstanden.

Im Goethe-Nationalmuseum „erschließt die Ausstellung ‚Lebensfluten – Tatensturm‘ Goethes Leben und Wirken ... und die Vielschichtigkeit Goethes weit über sein literarisches Schaffen hinaus ... von seiner politischen Funktion als Staatsmann über seine zeichnerische Tätigkeit bis hin zu seinen botanischen Studien“ wirbt die Klassik Stiftung Weimar. „Über die Leitbegriffe Genie – Gewalt – Welt – Liebe – Kunst – Natur – Erinnerung gestattet die Ausstellung einen Zugang zu den sozio-kulturellen Diskursen um 1800 und bietet gleichzeitig einen Brückenschlag zu Themen der heutigen Zeit“. Wie sollte sie?

Goethe war durch und durch Humanist und bezog klar Stellung zum Krieg. Als ihm ein englischer Kirchenmann wegen des „Werther“ Verführung zum Selbstmord vorwarf, herrschte ihn Goethe an: „... sprechen Sie so etwa auch zu den Großen dieser Welt, die mit einem Federstrich ... Hunderttausende ins Feld schicken, achtzigtausend todschlagen lassen ...?“² Neben dem fehlenden Zusammenhang zwischen den Exponaten ermüdete das „moderne Ambiente“: bis auf die erleuchteten Vitrinen ist alles in tiefem Schwarz gehalten, Wände, Decken, Fußböden, sargförmige Sitzmöbel – man könnte auch assoziieren, hier ist Goethe begraben. 1949 erschien in der DDR als eins der ersten Volkslesebücher das Goethe-Buch von Walther Victor. Welch Unterschied zur äußerlichen Würdigung Goethes im heutigen Weimar! Welch lebendige Schilderung! Victor schrieb sein Buch mit Herzblut aus dem Bedürfnis heraus, „denjenigen, die alle Kraft für den Neuaufbau des Landes einsetzten und daher der Kraft beraubt wurden, sich gründlich mit Goethes Werk zu befassen“, dennoch einen Zugang zu ermöglichen. Welch ein Glück auch für uns, die wir wieder mit existentiellen Sorgen um's Selbst und die Menschheit geplagt sind, statt uns der Humanisierung der Gesellschaft widmen zu können. Proben der wichtigsten Werke, Lyrik, Briefe und eine spannende Zeittafel von 1748 (Heirat der Eltern Goethes) bis 1832 führen uns die umwälzenden Ereignisse der Lebenszeit von Goethe und Schiller vor Augen. Victor ordnet die Misere der deutschen Kleinstaaterei, den Übergang des feudalistischen Absolutismus in den von den Klassikern bereits erahnten Kapitalismus, in Weltgeschichte und Weltkultur ein; erwähnt u.a.

den siebenjährigen Krieg, die Kolonisierung Indiens durch England, die großartigen technischen Erfindungen, welche die industrielle Revolution in England ermöglichten, die französische Revolution, erste Arbeiterstreiks in Deutschland und Gesetze zu deren Niederwerfung, den niederländischen Befreiungskampf gegen Spanien, den Unabhängigkeitskrieg in den USA, den Kampf gegen Napoleon, Werke von Dichtern und Komponisten. Goethe äußerte sich am Ende seines Lebens dankbar, dass er „zu einer Zeit geboren wurde, wo die größten Weltbegebenheiten an die Tagesordnung kamen ... Hierdurch bin ich zu ganz anderen Einsichten und Resultaten gekommen“.²

Hier erschließt sich das Fortschrittliche der Werke von Goethe und Schiller – die 10 Jahre lang (bis zum Tode Schillers) symbiotisch in ihrer Arbeit verbunden waren – im Denken und Handeln, die auf ein erfülltes Leben für alle Menschen hinlenken. Beide prangerten die feudalistische Inhumanität und Unmoral an, begrüßten die Ideen der französischen Revolution, lehnten jedoch Gewalt generell und speziell die der Jacobiner ab, weil sie deren Ursache nicht verstehen konnten; beide begriffen die große Kraft der Völker bei der Befreiung von jeglicher Fremdherrschaft, traten – damals schon – für Bildung für alle ein. Goethe wünschte, die Kinder frühzeitig auf die Verdienste anderer Nationen aufmerksam zu machen. Der Deutsche solle die Welt in sich aufnehmen, um auf die Welt wirken zu können.

Wesentliches leisteten sie für eine realistische Form der Dramatik: Das Theater sollte das Volk ästhetisch und moralisch-humanistisch erziehen.

Solche Gedanken passen nicht in eine Zeit, in der wir kriegstüchtig werden sollen.

Dabei konnten die beiden Großen nicht ausschließlich fortschrittlich sein.

Friedrich Engels charakterisiert Goethe als jemanden, der sich in seinen Werken auf zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit verhält. Mal sei er ihr feindselig und versucht, ihr zu entfliehen wie in der „Iphigenie“ und auf seiner Reise nach Italien, mal verteidige er sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt.

Engels wirft ihm vor, dass er philisterhaft in einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Geschichtsbewegung die winzigsten Angelegenheiten eines

1 Walther Victor: „Goethe. Ein Lesebuch für unsere Zeit“, Thüringer Volksverlag Erfurt 1952 S. 11

2 Walther Victor, ebenda S. 46

der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Er nennt ihn den größten Deutschen und schreibt: „Auch Goethe war nicht imstande, die deutsche Misere zu besiegen, im Gegenteil, sie besiegte ihn ...“³ Und Victor schlußfolgert: „... gerade Goethe war lebender Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung, daß man nur für die innere Wandlung des Menschen sorgen müsse, um dadurch die Verhältnisse zu ändern“.⁴ Die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich seit ihrer Herausbildung bemüht, das Werk der Klassiker schöpferisch aufzuheben, nicht frei von Fehleinschätzungen, stets gegen bürgerliche und imperialistische Verfälschungen kämpfend. Die Faschisten setzten dem die Krone auf, indem sie verkündeten: „Wir sind nicht und wir wollen nicht sein das Land von Goethe und Einstein. Eben gerade das nicht!“ Walther Victor las es mit Entsetzen in einer Berliner Tageszeitung von 1933 im Exil. Im neuen Lesebuch der Nazis des Deutschen Reiches kam Goethe nicht mehr vor. Wo die Unmenschlichkeit herrschte, war Goethe fehl am Ort.

Im Vorwort seines Goethe-Buches fragt Victor 1949: „Mußten wir wirklich ... durch die Hölle selbst hindurch, um erst in der Prüfung der höchsten Not unseres Vaterlandes zu Verstande zu kommen? ... Und wenn es so war, – liegt der Grund dafür nicht auch darin, daß das deutsche Volk kein lebendiges Verhältnis zu seinem größten Dichter hatte?“ Kann man die Frage so stellen? Ja, wenn man Goethe als Synonym für Kultur nimmt. 1952 verschärft Victor: „Während diese Zeilen dem Druck übergeben werden, steht das deutsche Volk in Ost und West ... im entscheidenden Kampf um seine nationale Selbstbehauptung gegenüber dem Versuch der von den USA geführten imperialistischen Mächte, es in einen dritten Weltkrieg hineinzuziehen und dem völligen Untergang auszuliefern ... nicht nur der Friede, die ganze Zukunft der Menschheit hängt davon ab, ob es gelingt, diese wahrhaft patriotische Gesinnung, dieses echte deutsche Nationalgefühl zu vertiefen und zum Gemeingut des ganzen deutschen Volkes zu machen. Ein solches Nationalbewußtsein kann aber nur Menschen erfüllen, die eine lebendige Tradition haben. Darum ist die Frage der Aneignung des klassischen Erbes zu einer nationalen Existenzfrage geworden. Entweder wir können aus erlebter Überzeugung machtvoll sagen: Hier ist Deutschland! oder wir erliegen dem vom Imperialismus propagierten Kosmopolitismus und marschieren

als Kolonialtruppe des westlichen Monopolkapitals in den Tod.“⁵

Wie aktuell! Während dieser Reise sah ich zwischen Kahla und Rudolstadt erstmals mit eigenen Augen einen Militärtransport Richtung Osten rollen. Dazu passt eine winzige Episode: Als ich in einem Dorf in meinem Skizzenbuch zeichnete, guckte ein kleiner Junge zu und äußerte: „Ich bin ja mehr für abstrakt!“ So fängt die Barbarei an! Kein Kind sagt so etwas von allein, Kinder lieben blühende Wiesen, Vögel, Bäche, sie lieben ihre Heimat und drücken das in Zeichnungen aus, wenn man sie lässt. So aber verhindert man, dass Kunstsinn und Identifikation mit ihrer Region überhaupt aufkommen.

Die Befreiung vom Faschismus, vorwiegend durch die Völker der Sowjetunion (statt durch das deutsche Volk

der US-Regierung, kriegsgeil, immer auf der falschen Seite im Klassenkampf stehend. Erstaunt las ich im ästhetisch bestechenden Lexikon „Die Großen“ des Schweizer Kindel Verlages von 1995 über Goethe: „Das Wort vom nationalen Kulturerbe hilft nicht und niemand. Eine Formel mit lauter Unbekannten: National, Kultur, Erbe.“ Da ist Robert „Ich finde Heimat zum Kotzen“ Habeck vorweggenommen. „Die Vision des blinden Faust vom freien Volk auf freiem Grund ist nicht Wirklichkeit geworden ... Goethes sehr konkrete Utopien sind es geblieben ... ebenso wie die Möglichkeit menschlich-solidarischen Verhaltens“. Das schrieb der Literaturwissenschaftler Hans Mayer, der an der Universität in Leipzig lehrte, bevor er 1963 die DDR verließ. Wie eng ist doch der Horizont, wenn er am „eisernen Vorhang“

und an der spanisch-portugiesischen Grenze endet. Und auch diesen wunderlichen Gedanken äußerte Mayer: „Goethe ist jener Großklassiker der Weltliteratur, dessen Ruhm ein Leser außerhalb deutscher Sprachgrenzen am wenigsten einzusehen vermag“. So? Goethe empfing zu Lebzeiten Gäste aus Frankreich, England, Amerika, die ihn ehrten. Russische bürgerlich-demokratischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, darunter Puschkin, schätzten Friedrich Schiller hoch ein; Lenin führte eine deutsche Ausgabe des „Faust“ in der Verbannung mit sich; Alexander Dymshitz sagte sinngemäß, „als wir Deutschland befreiten, dachten wir auch an Goethe“. Alexander

Abusch fragt: „Wie erklärt sich das Geheimnis der aufrührenden Wirkung vieler Werke Schillers auf die Gegenwart? Weshalb ergreifen sie nicht nur uns Deutsche, sondern auch die Menschen anderer Völker, so daß zwei sowjetische Schriftsteller die lebendige Wirkung von Schillers Werken auf Rotarmisten während des Bürgerkrieges 1918/20 – Alexej Tolstoi eine „Räuber“-Aufführung in seinem Roman „Der Leidensweg“ und Konstantin Fedin eine „Kabale und Liebe“-Aufführung in seinem Roman „Ein ungewöhnlicher Sommer“ – beschreiben konnten? ...“ Kunstwerke, die mit künstlerischer Meisterhand den Kampf im Menschen als ‚die Spiegelung der im höchsten Grade komplizierten, widerspruchsgeladenen Verhältnisse, sozialen Einwirkungen und historischen Traditionen‘ (Lenin) darstellen, die tief menschliche Wahrheit des Lebens objektiv gestalten, das humanistische Prinzip konsequent ausdrücken – solche Werke haben Bestand.“⁶

Martina Dost



Goethes Gartenhaus, gezeichnet von ihm 1779/80

selber), ermöglichte nur in unserem Teil Deutschlands eine breite Aneignung des kulturellen Erbes. Nach Bodenreform, Vergesellschaftung der Industrie und Brechen des Bildungsprivilegs entfalteten wir Literatur, Film, Theater, Musik, Volkskunst in voller Breite. Welch großen Einfluss hatte die uns vermittelte Allgemeinbildung auf die Herausbildung meines Nationalgefühls als DDR-Bürgerin! Es fiel mir nie ein, zu sagen, „Ich bin Deutsche“. Deutschland war die BRD. Ich kam und komme aus der Deutschen Demokratischen Republik und versäume niemals, es zu betonen. Das ist Nationalgefühl. Es entstand auch aus dem Gefühl sozialer Geborgenheit. Es prägte meine Auffassung von Kunst und Kultur auf der Grundlage marxistischen Wissens über das Funktionieren von Gesellschaft. Als das „ND“ titelte: „Der erste Deutsche im All“, zuckte ich unangenehm berührt zusammen. Heute schämt man sich für deutsche Politiker, wie sie in der Welt auftreten, belehrend, ungebildet, überheblich, mehr denn je Marionetten

3 Walther Victor, ebenda S. 70 f.

4 Friedrich Engels: „Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa“, MEW Dietz Verlag 1971 Bd. 4 S. 232

5 Walther Victor, ebenda S. 17

6 Walther Victor, ebenda S. 2

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat Januar 2026

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 10. Januar, um 10 Uhr spricht der Astrophysiker Dr. Frank Jansen (Greifswald) zum Thema: **International, nuklear – mit Menschen zum Mars – Chinas Weg ins All**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersagen

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 10. Januar, um 10.30 Uhr: Teilnahme (simultan) an der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 20. Januar, um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel **zur aktuellen politischen Lage und den daraus abgeleiteten Bildungsaufgaben**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Dienstag, dem 20. Januar (geänderter Wochentag), um 17 Uhr spricht Prof. Dr. sc. Nina Hager (Physikerin, Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Der Weltraum als Gebiet der Kriegsführung. Raumfahrt und Militär – Geschichte und Gegenwart**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

Am Donnerstag, dem 29. Januar, um 19 Uhr führen die Freunde der „Friedenskoordination Cottbus“ gemeinsam mit der RotFuchs-Regionalgruppe Cottbus eine Veranstaltung zum Thema **„Friedenslyrik-Friedenslogik“** durch.

Ort: Gaststätte „Zelig“, Friedrich-Ebert-Straße 22, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 20. Januar, um 17 Uhr spricht der Militärhistoriker und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg: Wurzeln, Akteure und die Rolle der NATO**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 20. Januar, um 18 Uhr spricht Dr. Joachim Seider (Berlin) zum Thema: **Der Faschismus – zurück in Europa?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 22. Januar, um 15 Uhr spricht Albrecht Maurer (Strausberg), langjähriger innenpolitischer Referent der Linksfraktion im Bundestag, zum Thema: **Wehrpflicht und andere Zwangsdienste – Was steckt dahinter?**

Im Anschluß erfolgt mit den Mitgliedern des „RotFuchs“-Fördervereins eine Auswertung der Beratung des Vorstandes mit den Regionalvorsitzenden vom 21.11.2025.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 22. Januar, um 16 Uhr spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) in Rostock, zum Thema: **Die USA im Kampf um ihren „Hinterhof“. Ein aktueller Tatsachenbericht aus Venezuela.**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 24. Januar, um 10 Uhr: Podiumsgespräch zum Thema: **Die Hauptstadt der Russischen Föderation Moskau, ihre Ausstrahlungskraft – Erkenntnisse eines Besuchs durch Mitglieder der „RotFuchs“-Regionalgruppe Königs Wusterhausen**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 27. Januar, um 16.30 Uhr: Information und Diskussion über die **31. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar in Berlin**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 30. Januar, um 15 Uhr, spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

Veranstaltungen Februar 2026

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 4. Februar, um 18 Uhr spricht Julian Lämmrich (Leipzig), Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung, zum Thema: **500 Jahre Bauernkrieg – Bedeutung für künftige Klassenkämpfe**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 96. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar
Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar

Zum 95. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekenhagen) am 14. Januar

Zum 94. Geburtstag

Gerhard Tressel (Halle) am 11. Januar

Zum 93. Geburtstag

Hans-Peter Wokittel (Berlin) am 16. Januar
Hans Ludwig (Wildau) am 23. Januar

Zum 92. Geburtstag

Herbert Fischer (Güstrow) am 25. Januar

Zum 91. Geburtstag

Prof. Dr. Harry Conrad (Dresden) am 23. Januar
Hans Remmel (Neuzelle) am 25. Januar

Zum 90. Geburtstag

Ferdinand Goldscheid (Dresden) am 19. Januar
Erwin Schallenberger (Bergen/Rügen) am 26. Januar

Zum 85. Geburtstag

Jürgen Kählig (Teutschenthal) am 9. Januar
Gerd Pesek (Potsdam) am 9. Januar
Christine Schmidt (Halle) am 20. Januar
Karl-Heinz Kämmer (Panketal) am 23. Januar
Horst Neumann (Bad Kleinen) am 23. Januar

Zum 80. Geburtstag

Werner Eichler (Cottbus) am 13. Januar
Hannelore Müller (Dalkendorf) am 31. Januar

Zum 75. Geburtstag

Gerdt Puchta (Rostock) am 9. Januar
Rita Müller (Billigheim) am 23. Januar

Zum 70. Geburtstag

Ronald Siegel (Rostock) am 6. Januar

Zum 65. Geburtstag

René Wittenberg (Leipzig) am 15. Januar
Peter Bär (Berlin) am 21. Januar
Margit Glasow (Rostock) am 22. Januar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Irrsinn ohne Grenzen

Die Ausgabenplanung nach der Vorgabe von 2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die jährlichen Rüstungsausgaben stellt einen offenen Rechtsbruch dar und müßte unter Strafe stehen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen steht der Maßstab BIP in keinem Zusammenhang mit der Verteidigung des Landes. Auch wenn das BIP zu einem großen Umfang heranwächst, heißt das doch nicht, daß es auch höher gefährdet ist. Es gibt kein Indiz dafür, daß der diesjährige, vielleicht höherer Umsatz an Gütern und Leistungen zu einer höheren Gefahr für das Land führt. Als Zweites ist alles zusammen als offene Vorteilsnahme gegenüber der Rüstungsindustrie zu sehen, die für die Wahl und Wiederwahl aktueller Vertreter in Parlament und Regierung gesorgt hat und weiter sorgen wird. Das Dritte ist, daß gesetzlich verankert ist (§ 6 Bundeshaushaltsordnung – BHO), daß Ausgaben nach dem Grundsatz der Notwendigkeit zu tätigen sind. Wörtlich: „Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sind nur die Ausgaben und ... Ausgaben in künftigen Jahren ... zu berücksichtigen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Bundes notwendig sind.“ Demnach können die Verteidigungsausgaben unmöglich von der Höhe des BIP abgeleitet werden. Denn am BIP kann ich nicht messen, wieviel Aufwendungen, sprich Ausgaben, für die Landesverteidigung als Aufgabe des Bundes nötig sind. Und der buchstäbliche Unsinn wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß der häufigere Besuch beim Friseur, Hausarzt oder des Theaters dazu führt, daß das BIP steigt, also auch die Rüstungsausgaben steigen werden. Wer also im Regierungsamt erklärt, das BIP zum Maßstab für die Höhe der Rüstungsausgaben zu machen und dies noch dazu mit einem Prozentsatz, der ein spontanes verhältnismäßiges Steigen der Rüstungsausgaben bei höherem BIP festlegt, muß vom Parlament abgesetzt werden, wegen offenem Rechtsbruch. Wenn der Prozentsatz auf ganze 5 % vom BIP gesteigert

werden soll, wird es noch krasser. Man übersieht hier schnell, daß dies nicht etwa nur 5% der gesamten Ausgaben des Bundeshaushalts bedeutet, sondern auch schnell mal die Hälfte des gesamten Haushalts und mehr werden kann. Dann kommt noch der selbsterhöhende Effekt zustande, denn die Rüstungsausgaben erhöhen das BIP und somit die nächsten Rüstungsausgaben, eine Schraube ohne Ende, ein Irrsinn ohne Grenze! Dies als essentielle Kritik an der Rüstungspolitik in der BRD neben den auch sonst als Täuschung zu monierenden Behauptungen einer Gefahr durch „den Russen“, der, man erinnere sich, vor historisch kurzer Zeit mit vielen 100 000 Soldaten und der dazugehörigen Technik aus ganz Osteuropa friedlich und ohne Gram als Freund abgezogen ist. Wie lange will sich das deutsche Volk heute wieder, zum mindestens dritten Mal, in Richtung Osten am Nasenring in den Krieg ziehen lassen?

Renato Lorenz, Berlin

Zum Leserbrief von Ingrid Gröbel im Dezember-RF „Nein, meine Söhne geb' ich nicht ...“!

Liebe Ingrid Gröbel, es tut so gut, Ihre Stimme zu hören in diesen Zeiten des politischen Irrsinns. Ich stimme Ihnen vollständig zu. Und ich glaube ganz sicher, daß wir nicht alleine sind. Auch ich frage mich, woher diese politische Führungsriege die Ermächtigung nimmt, ein 80-Millionen-Volk in einen 3. Weltkrieg zu stürzen. Von einem Kreuzchen auf dem Wahlzettel? Diese Demokratie-Simulation muß dringend überarbeitet werden! Und zwar so, daß der Souverän bitteschön gefragt wird, ob er einen Krieg will. Denn es sind unsere Kinder und Enkel, die sie planen zu verheizen!

Dr. Stefan Meyer, Gailingen

Deutschlands Kurs in den Abgrund

Das Geplänkel mit der Jungen Union ist nur ein Ablenken von den eigentlichen Problemen der Politik in Deutschland und in Europa. Selbst mit noch höheren Schuldenpaketen wird man die deutsche Wirtschaft nicht retten können. Das Hauptproblem liegt in einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Außenpolitik. Eine desolante Energiepolitik, eine Sanktionspolitik, die die wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner zu Feinden macht, jagt Unternehmen und Konzerne aus dem Land und verursacht Arbeitslosigkeit in Größenordnung. Hinzu kommt die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, die die illegale Migration antreibt, was das deutsche Sozialsystem überfordert. Für den Krieg in der Ukraine werden Sonderschulden in ungeahnten Höhen generiert. Würde man einem Frieden

zustimmen, wäre dieses ganze Konstrukt schon längst zusammengebrochen. Die Ukraine würde kein Geld mehr für den Kauf deutscher Waffen erhalten, die Soldaten keinen Sold und die korrupten Politiker und Militärs keine Milliarden für die eigene Tasche. Auch in Deutschland würde der Grund für das gewaltige Rüstungsprogramm wegfallen. Doch die Rüstungsindustrie und ihre Lobby sind dagegen. Gerade dieser Bereich soll jetzt den „Aufschwung“ bringen. Da kann Putin tausendmal beteuern, keinen Krieg mit NATO und Europa führen zu wollen, man glaubt ihm einfach nicht. Da Deutschland mit seinen Willigen den Krieg unter keinen Bedingungen beenden will, wird man Putin immer der Unglaubwürdigkeit bezichtigen. Dabei hätte gerade Rußland allen Grund, an der Ehrlichkeit des Westens zu zweifeln.

Zweifeln muß man allerdings nach vier Jahren Krieg, Millionen Toten und einem zerstörten Land an dem realistischen Urteilsvermögen europäischer Politiker. Nach Unmengen an Kriegsgeräten, NATO-„Beratern“ vor Ort, in dunklen Kanälen versickerten Milliarden Dollar und Euro steht das Land vor dem Kollaps. Wer jetzt noch der Fortsetzung des Krieges das Wort redet, will keinen Frieden.

Rußland ist im Ernstfall in der Lage, Kräfte zu mobilisieren, an denen kein Gegner vorbeikommt. Man hat in der jüngsten Vergangenheit nicht richtig hingehört, was Putin gesagt hat und hat mehrfach seine angebotene Hand ausgeschlagen. Jetzt wäre der Westen gut beraten, seine eindringlichen Worte im Falle eines Angriffs der NATO ernst zu nehmen!

Ralf Kaestner, Bützow

Zum „Friedensplan“

Die Realität von vier Jahren Ukraine-Krieg zwingt gerade zum Abschluß eines Friedensabkommens mit Rußland. Selenskyj, im Korruptionsfall verwickelt, kämpft ums „Überleben“ als Staatschef. Brüssel, EU und Kriegstreiber haben mit viel Geld und Waffenlieferungen, mit Rußland auferlegten Sanktionen diesen Krieg aus Eigeninteresse unterstützt. Wer jetzt noch daran glaubt, Rußland auf dem Schlachtfeld besiegen zu können, verlängert nur einen erbärmlichen Krieg, will einen „Stellvertretenden“ gegen des Volkes Interessen am Leben halten. Putin ist zu Verhandlungen bereit und Trumps 28-Punkte-Plan kann zu einer Friedenslösung beitragen, wenn sie gewollt ist und die Vernunft siegt!

Ernst Jäger, Panketal

Deutschland liefert wieder Waffen, gegen alle Vernunft

Vertreibung – Kriegsverbrechen – Genozid: Eine jahrzehntelange unheilvolle Entwicklung im Nahen Osten, auf deren

Weg Hunderttausende von Vertriebenen, Verletzten und Toten liegen, führt geradezu in eine große menschliche Katastrophe. Das Erbe der britischen Kolonialmacht führte notgedrungen und bewußt auch dadurch organisiert zu einer Konfrontation zwischen dem israelischen Staat und den entrechteten Palästinensern. Flüchtlingslager, Landraub und die Verweigerung des Rechtes auf einen eigenen Staat war Provokation genug, um Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang auf beiden Seiten zu befördern. Jetzt scheint ein neuer Höhepunkt erreicht zu sein, indem über 70 000 Palästinenser tot und Gaza in Schutt und Asche gelegt worden ist. Erst wurde endlos gebombt, dann ein heuchlerischer Frieden abgeschlossen und das Grauen findet mit den gewalttätigen Überfällen israelischer Siedler kein Ende. Die israelische Führung kommt mit politischer, finanzieller und militärischer Unterstützung amerikanischer und europäischer Partner ihrem Ziel eines den Nahen Osten beherrschenden Israel immer näher. Die Tragödie nimmt ihren Lauf und deutsche Politiker und die Qualitätsmedien stehen Gewehr bei Fuß, Deutschland liefert wieder Waffen an Israel – Menschenrechte, Frieden und Freiheit sind nur noch Worthülsen.

Raimon Brete, Chemnitz

Gleich und gleich

Gleich und gleich ist eben doch nicht dasselbe. Momentan äußerst brisant: Das Verhältnis USA – Venezuela. Unter dem Vorwand, den Drogenhandel zum Schutz des Heimatlandes bekämpfen zu müssen, wird in der Karibik US-Militär konzentriert. Erstens ist Venezuela rund 4800 km entfernt und zweitens steht der Einsatz des größten Kriegsschiffes der USA (Flugzeugträger 337 m lang, mit 90 Kampffjets und Hubschraubern bestückt und damit der Welt größter Flugzeugträger) zwecks Drogenbekämpfung in absolut keinem Verhältnis zum vorgegebenen Anliegen, zu dem außerdem jegliche Beweise fehlen. Bisher wurden 20 illegale Angriffe auf mutmaßliche Drogenschiffe geflogen und einfach weggebombt, was 79 Menschen mit ihrem Leben bezahlen mußten. Pentagon-Chef Pete Hegseth, von seiner eigenen Regierung als Kriegsminister betitelt, beruft sich (bei ca. 4800 km Entfernung!) auf das Selbstverteidigungsrecht seines Landes, was man Rußland an seiner unmittelbaren Grenze (NATO-Umzingelung) abspricht. Die USA verteidigen ihre „nationale Sicherheit“ global, egal, in welcher Entfernung von ihrer Küste, dem anderen wird das nicht einmal vor seiner Haustür gestattet. Deutschland wollte auch „Demokratie und Freiheit“ (plus ökonomische Interessen) am 5000 km entfernten Hindukusch verteidigen, was den seinerzeitigen Bundespräsidenten Horst Köhler vor allem wegen des Klammerinhalts das Amt

kostete (er wurde zu deutlich!). Vorsichtige Kritik der EU betreffs der USA-Handlungen in der Karibik werden vom Außenminister Rubio vom Tisch gewischt: „Die EU bestimmt nicht, was internationales Recht ist. Sie bestimmt schon gar nicht, wie die USA ihre nationale Sicherheit verteidigen.“ Aber die USA bestimmen internationales Recht und schreiben vor, wie jedes Land zu leben und was die EU zu tun und zu lassen hat? Der Blaupausen für das derzeitige US-Handeln gibt es genügend: Den angegebenen Grund für den Vietnam-Krieg (sog. Tonking-Affäre) hat es nie gegeben. Beim Irak-Krieg gaben die USA vor, unwiderlegbare Beweise für Gaddafis Atomwaffen zu haben. Der damalige US-Außenminister Colin Powell hat später zugeben müssen, daß das ein Fake war. Jetzt ist Venezuelas Präsident Maduro an der Reihe, der, obwohl vom Volk gewählt, aus Sicht der USA weg muß, weil er angeblich im Drogenhandel verstrickt ist und deshalb ein Machtwechsel notwendig sei. Der wahre Grund: Trump bzw. die USA wollen den Ölreichtum Venezuelas für sich haben.

Und wenn sich Putin auf sein Selbstverteidigungsrecht an seinen unmittelbaren Grenzen beruft, hat er nach Ansicht des Westens kein Recht dazu.

Was für eine verkehrte Welt!

Nochmals: Es gilt lt. UNO der Grundsatz, daß die Sicherheit des einen Staates nicht auf Kosten der Sicherheit des anderen Staates hergestellt werden kann. Man sollte sich die Zeit nehmen, auch mal etwas hinter die Kulissen zu schauen, auch wenn die Informationen daraus für den einen oder anderen Zeitgenossen vielleicht etwas unbequem sind.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Zur Palästina-Frage

Vielen Dank für die sehr qualifizierte kurze Darstellung der jüngeren Geschichte Palästinas, die im Dezember-RF, S. 18/19 zu lesen ist. Alle politischen Formationen im israelischen Parlament, der Knesseth, vielleicht mit Ausnahme der kleinen Chardash – Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung mit der KP Israels als Kern – wollen keinen palästinensischen Staat.

Übrigens wurde unter der Regierung des von einem israelischen Faschisten ermordeten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rabin der bis dahin größte Ausbau der israelischen Siedler-Kolonien im besetzten palästinensischen Westjordanland genehmigt. Daß es neben den zionistischen Faschisten Ben Gvir und Smotrich auch noch einen rechtsextremen „Kulturminister“ Eliyahu in der Regierung Netanjahu gibt, der die bisherigen israelischen Völkermord-Methoden noch um vorherige Folter erweitern möchte, war mir bisher nicht bekannt. Dazu paßt, daß die deutsche Bundesregierung

(CDU-SPD) den vorübergehenden Stopp von Waffenlieferungen an Israel, die auch in Gaza eingesetzt werden können, aufgehoben hat und mit deutschen Waffen nun wieder gemordet werden kann.

Rüdiger Deißler, Berlin

Der verdamnte Krieg

Ich war ein kleiner Junge, 1940 geboren, als der große Krieg begann. Wohlbehütet wuchs ich auf einem kleinen Bauernhof bei meinen Großeltern in einem Dorf im Süden Thüringens auf. Dort war kein Krieg. Nur das unheilvolle Brummen ist mir in Erinnerung geblieben, wenn die großen alliierten Bomberverbände am Himmel entlang zogen, um ihre Bombenlast auf eine deutsche Stadt im Süden abzuwerfen. Es regnete Stanniolstreifen vom Himmel, die die Bomber abwarfen, um die deutsche Radarabwehr zu stören. Wir Kinder sammelten sie, die Boten des Unheils, um mit ihnen zu spielen.

Erst als ich Ende der 40 Jahre in das Jugendalter hineinwuchs wurden mir immer deutlicher die Schrecken, das unvergleichbar Schlimme, was der Krieg hervorgebracht hatte. Alle Gespräche, die die Erwachsenen führten, wenn es um den Verlust der Väter, Brüder, Ehegatten, dem Verlust der Heimat im Osten, des Verlustes des gesamten Eigentums nach einer Bombardierung ging, endeten mit dem Ausspruch ... „der verdamnte Krieg“...

Dieser Begriff und die nicht enden wollenden Tränen meiner Mutter, die den Verlust meines Vaters, ihres geliebten Mannes, der sinnlos einem verbrecherischen Krieg zum Opfer gefallen war, nie überwinden konnte, haben sich tief in mein Bewußtsein geprägt. Nein, einen solchen „verdamnten Krieg“ sollte es niemals wieder geben. Und so begannen wir unsere zerstörte Heimat wieder aufzubauen. „Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend bau auf, für eine bessere Zukunft bauen wir die Heimat auf“, sangen wir.

Und wir luden die Welt zu uns ein. Seht her, wir haben aus unseren Fehlern gelernt, wir wollen Frieden, Völkerfreundschaft, habt wieder Vertrauen zu uns. Wir sind das bessere Deutschland, einen „verdamnten Krieg“ werden wir niemals wieder zulassen, wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen mit allen Menschen dieser Erde in Frieden und Eintracht zu leben, egal wo sie wohnen, welche Hautfarbe sie haben, welcher Religion sie angehören.

Ja, und nun bin ich 85 Jahre alt geworden. Habe eine wunderbare große Familie, Enkel, Urenkel.

Und muß erleben, wie der Begriff vom „verdamnten Krieg“ wieder aufflammt, wie deutsche Verantwortungsträger wieder einen Krieg anzetteln wollen, wie sie uns „kriegsertüchtigen“ wollen, wie sie drauf und dran sind, unser Volk wiederum in den

Abgrund zu stürzen. Ob nach einem solchen Krieg, dem Dritten, einem Atomkrieg, es noch Menschen geben wird, die „vom verdamnten Krieg“ reden können?

Mich plagen Selbstvorwürfe. Habe ich wirklich alles getan, um dies zu verhindern? War ich zu blauäugig und habe die Gefahr des aufkommenden Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland verkannt? Und die Warnungen von Brecht „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...“ mißachtet? Ich gebe zu, die Beantwortung dieser Fragen fällt mir nicht leicht. Ich war Mitglied einer großen friedliebenden Gemeinschaft, wenn ein Versagen vorliegt, haben wir alle versagt. Und so bleibt uns nur noch der Appell an Euch, die Jüngeren, unsere Geschichte vor Augen. Kämpft mit allen Mitteln gegen diese Kriegstreiber. Einen „verdamnten Krieg“ der vom deutschen Boden ausgeht, darf es niemals wieder geben. Denkt an Eure Geschwister, Kinder, Enkel, denkt daran, was wir in mühevoller Arbeit geschaffen, aufgebaut haben, für Euch, für folgende Generationen. Löscht die Flammen der Kriegsfackeln bevor sie einen großen Weltenbrand entzünden!

Peter Truppel, Cottbus

Es wird Zeit für Gerechtigkeit

Es ist immer das gleiche. Die Parteien, die sich nach der Wahl eine Regierung bilden, haben immer wieder die gleichen Probleme. Das eingenommene Steuergeld reicht hinten und vorne nicht. Die Welt hat so viele Probleme, die von der Regierung finanziell unterstützt werden. Da bleibt für das eigene Land nicht ausreichend übrig. Sonder-Schulden-Vermögen werden gebildet, aber an die Rückzahlung der Schulden und Zinsen scheint man nicht zu denken. Jetzt streitet man über das Rentenpaket. Den Rentnern, die im Arbeitsleben das Land aufgebaut und die Grundlagen für den Wohlstand geschaffen haben, muß man 2026 aus dem Steuertopf 115 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen, um das Rentenniveau von 48 % zu halten. Dabei haben Rentner zeitlebens Steuern gezahlt. Anders ist das bei den Beamten. Der alte Zopf, daß ein Staat treue Staatsdiener braucht, die auch entsprechend hoch bezahlt werden müssen, hat seine Bedeutung lange verloren. Doch hier beginnt die Ungerechtigkeit. Beamte werden zumeist höher entlohnt, und damit erhalten sie auch eine Pension – zumal das Pensionsalter nach 40 Arbeitsjahren beginnt und die Bezüge stabil bei 71,75 % des letzten Gehalts liegen. Und Beamte haben noch weitere Vergünstigungen. Ungerecht dabei ist aber, daß die Beamten auch mit Steuermitteln bezahlt werden, aber keinerlei Einzahlungen in die Pensionskasse leisten! Das ist eine Größenordnung von 80 Milliarden Euro, über die niemand spricht, da Beamte und z.T. Abgeordnete selbst betroffen wären.

Vergleicht man jetzt noch das Renteneintrittsalter anderer EU-Staaten mit Deutschland, dann frage ich mich, wie das möglich ist. Die Griechen und die meisten Italiener gehen mit 62 Jahren in Rente. Die Franzosen gehen mit 64 Jahren und die Österreicher mit 65 Jahren, Frauen mit 61 Jahren in Rente. Und das natürlich mit entsprechend weniger Arbeitsjahren. Und diese Länder sind nicht unbedingt dafür bekannt, daß sie hohe Geldmittel anderen Ländern der Welt als Entwicklungshilfe oder zur Finanzierung von Militärgerät zur Verfügung stellen. Die sehr großzügige finanzielle Unterstützung Deutschlands für andere Länder zieht leider auch entsprechende Einsparungen am Bildungswesen, an der Infrastruktur, im Sozial- und Gesundheitswesen im eigenen Land nach sich. Altersarmut und Kinderarmut nehmen mehr und mehr zu.

Axel Klatt, Bernau bei Berlin

Zum Dezember-RF: „Der Vertrag und das geheime Zusatzprotokoll ...“, S. 26/27

Mit großem Interesse habe ich diesen Beitrag gelesen. Hatte ich mich doch ebenso mit diesem Thema befaßt. In den einschlägigen Lehrbüchern, wie beispielsweise „Die Geschichte der UdSSR“ oder „Die Geschichte der KPdSU“ findet man eben keinerlei Hinweise zu einem solchen geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Auch die Erinnerungen von Maiski, der ja maßgeblich in den Verhandlungen zu dem Dreierpakt zwischen England, Frankreich und der UdSSR zur Eindämmung faschistischer Aggressionsgelüste involviert war, enthalten keinerlei Hinweise auf einen solchen geheimen Anhang.

Er gibt in seinen Memoiren an, daß nach der Erklärung Polens keine sowjetischen Truppen auf seinem Territorium zu dulden, die Verhandlungen zum antifaschistischen Dreierpakt praktisch in eine Sackgasse geraten waren. Die Verhandlungen wurden doch durch England immer wieder hintertrieben. Am 16. April 1938 unterzeichneten Chamberlain und Mussolini einen Freundschaftsvertrag.

Maiski vermutet, nicht ganz unbegründet, daß hinter der polnischen Erklärung England stecken könnte. Er sagt ebenso, die Dreierverhandlungen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion, nach der polnischen Erklärung, sind nie wirklich abgebrochen wurden. Wie immer, hatten die Deutschen die Verhandlungen mit Sorge beobachtet. Maiski gibt an, daß es die Deutschen waren, die die Initiative ergriffen, um die Regierung der Sowjetunion zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zu bewegen. Er erinnert sich ebenso an das deutsche Angebot einer Abgrenzung von Interessens- und Einflusssphären. Jedenfalls war die Sowjetregierung außerordentlich zögerlich. Doch ließ sie sich schließlich auf die deutsch-sowjetischen

Verhandlungen ein. Schließlich war die Sowjetunion von ihr gegenüber feindlich gesinnten Staaten umgeben (siehe Finnland). Die Sowjetunion war faktisch isoliert. Sie hatte, im Falle eines faschistischen Überfalls, keine Verbündeten, die ihr hätten zu Hilfe eilen können. Das waren die Gründe. Natürlich versuchte und versucht man, die Schuld für das Scheitern der Sowjetunion in die Schuhe zu schieben. Ja mehr noch, ihr wird Verrat vorgeworfen. Sie habe eine heimliche Kooperation mit dem faschistischen Deutschen Reich gehabt. Hierfür versucht man in verschiedenen Publikationen den Beweis zu führen. Zum Beispiel die Veröffentlichung des Bandes „Über die sowjetisch-deutschen Beziehungen“ durch die amerikanische Regierung von 1948 mit einem Briefwechsel zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und seiner Botschaft in Moskau, und so weiter. Nach Maiski würde eine gründliche Nachprüfung genau das Gegenteil westlicher Behauptungen ergeben.

Nach meinem Wissensstand, aber ich bin ja kein diplomierter oder promovierter Historiker, hatte die Sowjetunion auf das entschiedenste den Überfall Deutschlands auf Polen verurteilt. Die Rote Armee nahm nur die Gebiete wieder in Besitz, die ihr nach dem Versailler Vertrag ohnehin zustanden (die Curzon-Linie). Man vergißt gern in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß Polen seit dem Jahre 1920 immer wieder weitere Gebiet in den baltischen, belarussischen und ukrainischen Gebieten okkupierte, und daß es die Sowjetunion war, die zum Beispiel Litauen seine damals von Polen besetzte Hauptstadt Vilnius zurückgab.

Rainer Hesse, Dresden

Zum 100. Geburtstag von Walter Womacka – RF Dezember

In den Jahren nach 1990 begann eine Orgie des Abrisses sozialistischer Kunstwerke auf DDR-Gebiet.

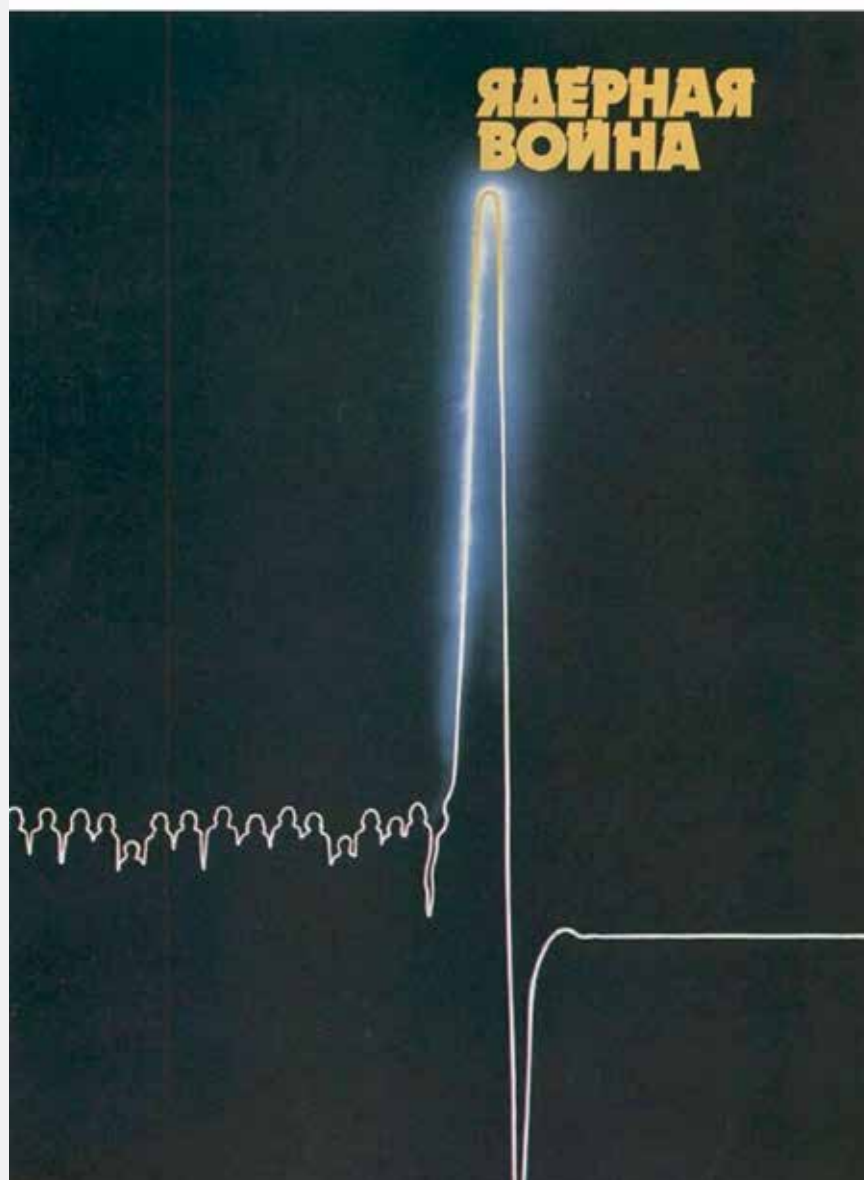
2001/2002 erwischte es auch Oberhof, ein Wahrzeichen der Stadt, das Ferienhaus Rennsteig.

Der kleine Wolkenkratzer besaß nicht nur eine gediegene künstlerische Innengestaltung, sondern an der Außenfassade befand sich als Kunst am Bau ein Wandbild, geschaffen in der Tradition des Muralismo von Professor Walter Womacka. Während sich das Gebäude in einen Schutthaufen verwandelte, verschwanden die über 400 farbigen Metalltafeln, 20 mal 5 m, in einem Container im Thüringer Wald. Oberhof hatte sein wertvolles Kunstwerk von unschätzbbarer Bedeutung verloren. Alle Initiativen und Versuche, es in die bauliche Gestaltung Oberhofs wieder einzubringen, scheiterten.

Das Wandbild zeigt mit den vier Jahreszeiten eine Welt des Friedens und der Harmonie.

Jan Knapp, Jena

КРУТОЙ ПЛАКАТ СО ВРЕМЕН СССР, 1980 ГОД



Atomkrieg, sowjetisches Plakat 1980

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für das Februar-Heft
ist der 31.12.2025.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Reiner Neubert
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.